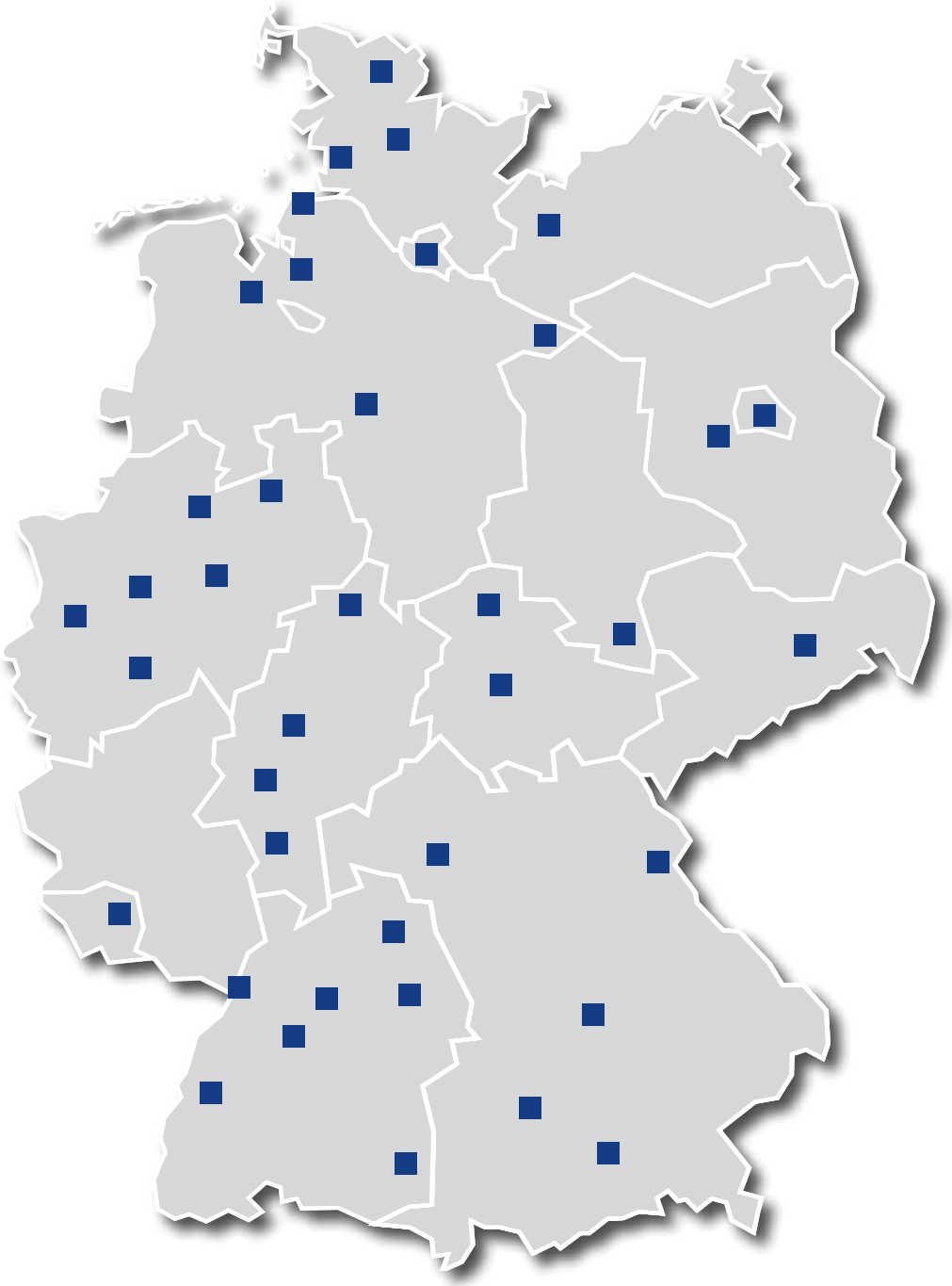
Heft 95 / 2018

GEGEN VERGESSEN FÜR DEMOKRATIE



Schwerpunkthema:

Regionale Arbeit

weitere Themen:
- **Der Allgemeine Jüdische Arbeiterbund**
- **Das vergessene Massaker von Maillé**

Informationen zur politischen Bildungsarbeit

Gegen Vergessen
Für Demokratie e.V.

Liebe Freundinnen und Freunde von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.!

Jede historische Konstellation ist eine besondere. Und doch lässt die Beschäftigung mit Geschichte in Hinblick auf die Gegenwart immer wieder Fragen entstehen, sie enthält gleichsam ein Anregungspotenzial. Gewiss haben wir keine Situation, die vergleichbar ist mit der im Jahre 1930 nach dem Ende der Großen Koalition. Dennoch haben die Monate, die seit der Bundestagswahl verstrichen sind, durchaus Schatten auf unser demokratisches System geworfen. Unübersehbar ist zum Beispiel, dass ein Vielparteiensystem, dessen Schwächen wir aus Kaiserreich und Weimarer Republik kennen, erhebliche Probleme bei der Regierungsbildung und im Hinblick auf die Handlungsfähigkeit des Landes bringen kann. Der Rückgang der Volksparteien hat einen hohen Preis, vor allem wenn die Parteien nur bedingt kompromissfähig sind. Zu den strukturellen Problemen der parlamentarischen Systeme der Zwischenweltkriegszeit gehörten instabile Regierungen; Antiparlamentarismus, Illiberalismus und Nationalismus kamen hinzu – in vielen Ländern Europas etablierten sich Diktaturen. Davon sind wir gewiss weit entfernt, doch wir werden durch die Betrachtung der Geschichte daran erinnert, dass Demokratie Partizipation und integrative Willensbildung ermöglichen muss. Demokratie muss sich immer wieder neu bewähren – es scheint, dass sie derzeit eine Bewährungsphase durchläuft.

Zu den beunruhigenden Nachrichten der vergangenen Monate ist auch der wieder zunehmende Antisemitismus zu rechnen, dem wir uns ebenso zu stellen haben wie den Demokratieproblemen. Offenbar hat dieser seine Basis nicht nur bei Einwanderern aus arabischen Ländern, die für unsere Demokratie zu gewinnen teilweise ein mühsamer Prozess sein mag. Im Antisemitismus scheint sich auch der neue Rechtspopulismus bemerkbar zu machen, dessen Verhältnis zu den Grundwerten unserer Gesellschaft zu Recht von einer kritischen Öffentlichkeit beobachtet wird.

Soll man vor diesem Hintergrund den Besuch in einer KZ-Gedenkstätte zur Pflicht erheben, wie es die Berliner Staatssekretärin Sawsan Chebli gefordert hat? Didaktiker raten davon ab, hier Mittel anzuwenden, die wie Zwang aussehen. Selbstverständlich bedürfen derartige Besuche der Vor- und Nachbereitung. Dennoch sollten möglichst viele junge Leute derartige Gedenkstätten besuchen, auch Einwanderer. Für viele ist der Besuch eine bedeutsame Erfahrung, doch kann man darin kein Allheilmittel sehen.

Im Hinblick auf die Weiterentwicklung der Erinnerungskultur enthält der Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD manche plausible Festlegung, etwa zu Erhaltungsinvestitionen in den Gedenkstätten und zur Förderung ihrer pädagogischen Arbeit. Andere Aussagen sind widersprüchlich, etwa zur Stasi-Unterlagen-Behörde; bisher war man von einer Verwaltung der Stasi-Unterlagen durch das Bundesarchiv und einer Neukonzeption der Zuordnung der anderen Funktionen der Behörde ausgegangen. Hinter den Erwartungen zurückgeblieben sind die Aussagen zu den Orten der Demokratiegeschichte, deren Förderung sich die Staatsministerin bei der Gründung des Netzwerkes Orte der Demokratiegeschichte zu eigen zu machen schien. Jetzt sollen die Koalitionsparteien zunächst ein Konzept dazu erarbeiten. Andererseits aber sollen Demokratie und Extremismusprävention weiter gefördert werden. Die geschichtspolitische Diskussion geht also weiter.

Dieses Heft ist unseren regionalen Arbeitsgruppen und ihren Arbeitsschwerpunkten gewidmet, von denen nur einige – gleichsam exemplarisch – betrachtet werden können. Das Bewusstmachen von vielfach schmerzlicher Geschichte mit Blick auf die Gegenwart bleibt der zentrale Ansatz vieler regionaler Arbeitsgruppen, den die Angebote der Geschäftsstelle ergänzen. Neben der projektbezogenen Arbeit nimmt die Arbeit mit Schülerinnen und Schülern zu. Sichtbar wird in diesem Heft auch, dass wir uns verstärkt der Arbeit mit europäischen Dimensionen stellen.

Vor dem Hintergrund bewegter Zeitläufte wünsche ich allen im Jahre 2018 erfolgreiche Arbeit für unsere Anliegen und zudem persönliches Wohlergehen.

Mit den besten Grüßen
Ihr/Euer

Die **diesjährige Mitgliederversammlung** von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. wird am **Samstag, dem 17. November 2018**, im Landtag von Schleswig-Holstein in Kiel stattfinden. Bitte merken Sie sich diesen Termin schon einmal vor.

Bei den regionalen Arbeitsgruppen hat sich einiges getan. Eine neue Gruppe hat sich in Ostwürttemberg gegründet. Außerdem konnten wir in der RAG Unterweser-Bremen, der RAG Münsterland und in der RAG Sachsen neue Ko-SprecherInnen gewinnen. Es lohnt sich also, in diesem Heft den Mittelteil mit den Adressen der regionalen Arbeitsgruppen besonders genau zu lesen.

IMPRESSUM
Herausgegeben von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., Stauffenbergstraße 13-14, 10785 Berlin
Telefon (0 30) 26 39 78-3, Telefax (0 30) 26 39 78-40, info@gegen-vergessen.de, www.gegen-vergessen.de
Bankkonto: Sparkasse KölnBonn, Konto-Nr. 85 51 707, BLZ 370 501 98

Titel: Atanassow-Grafikdesign, Dresden
Redaktion: Dr. Dennis Riffel, Julia Wolrab, Dr. Michael Parak (V.i.S.d.P.)
Gestaltung: Atanassow-Grafikdesign, Dresden
Druck: B&W MEDIA-SERVICE Werbe- und Verlagsgesellschaft mbH
Die Herausgabe dieser Zeitschrift wurde gefördert durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
ISSN 2364-0251

Inhaltsverzeichnis

Die Themen in dieser Ausgabe

THEMEN

Erinnerungsarbeit „vor Ort" 4
„Demokratie im Herzen tragen und nicht nur im Kopf" 5
Europäische Erinnerungsarbeit verstärken 7
Straßennamen: ein kommunales „Biotop" der Geschichtspolitik und Erinnerungskultur 11
Das vergessene KZ vor der Haustür 13
Regionale Arbeitsgruppen in Schulen 15
Bundesweite Angebote 17
Gedächtnis vergangener Generationen 19
Der Allgemeine Jüdische Arbeiterbund 21
Das vergessene NS-Massaker von Maillé in Frankreich am 25. August 1944 23

ANALYSE UND MEINUNG

Europäische Demokratiegeschichte als Desiderat 25
Was wäre eigentlich, wenn …? 27

AUS UNSERER ARBEIT

Mitgliederversammlung und Preisverleihungen in Hannover 2018 29
RAG Nordbaden: Zeichen der Erinnerung 31
RAG Schleswig-Holstein: Erich Mahrt – ein stiller Held aus Rendsburg 33
RAG Münsterland: Selbst die Klos nach Konfessionen getrennt 35
RAG Baden-Württemberg: Erfolgreiche Arbeit auf Landesebene ist möglich 37
RAG Hannover stellt sich vor 38

NAMEN UND NACHRICHTEN

„Nach der Flucht – Wie wir leben wollen." 40

REZENSIONEN

Ernst-Jürgen Walberg bespricht – eine Sammelrezension: 42
Bilder einer Stadt im Nationalsozialismus. Köln 1933 – 1945
Nazi-Terror gegen Jugendliche
Protestanten in Zeiten des Kalten Krieges.
Mauergeschichten von Flucht und Fluchthilfe.
Geist und Macht.

Ausgegrenzt auch im Nachkriegsdeutschland 45

IMPRESSUM 2
VORSTAND UND BEIRAT 47

Bernd Faulenbach

Erinnerungsarbeit „vor Ort“ – zur Arbeit der Regionalgruppen

Beschäftigung mit der Geschichte des Ortes, der Stadt, einer Region durch die Bürgerinnen und Bürger ist gewiss keine neue Sache – man denke an die Heimatvereine mit ihrer langen Tradition in Deutschland. Doch entwickelte sich seit den 1980er-Jahren eine neue Auseinandersetzung mit Fragen der Geschichte von Stadt, Gemeinde und Region. Neu war unter anderem, dass ihr Gegenstand die Zeitgeschichte „vor Ort“ war. Und dies hieß vor allem, es ging um die Geschichte der NS-Zeit, auch um die Geschichte der Nachkriegszeit, auch die der DDR. Getragen wurde diese Arbeit zum Teil durch Initiativen, „Geschichtswerkstätten“, das heißt von Bürgerinnen und Bürgern, nicht nur von Historikern.

Etwas von dieser breiten Geschichtsbewegung ist im Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. in den 1990er-Jahren aufgegriffen worden; insbesondere gilt dies für das Engagement von historisch-politisch-kulturell Interessierten, hier freilich verbunden mit dem Ziel, durch die Auseinandersetzung mit Geschichte unsere Demokratie zu stärken, was auch Bildungsarbeit zur Konsequenz hat.

Die regionalen Gruppen, die die Arbeit des Vereins Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. auf eine breitere Grundlage gestellt und in die Fläche ausgedehnt haben, engagieren sich vielfältig für die Aufarbeitung der Geschichte „vor Ort“ in der NS-Zeit. So wurden Spuren jüdischen Lebens gesichert, die Ereignisse der Reichspogromnacht dokumentiert, Lager von Zwangsarbeitern oder von KZ-Außenkommandos erforscht, das Schicksal jüdischer Menschen in der Stadt oder in der Region rekonstruiert, das Leben anderer Verfolgter untersucht, die Errichtung von Gedenkzeichen betrieben, Reisen zu den großen Gedenkstätten für Schülerinnen und Schüler organisiert, Ausstellungen und Vortragsveranstaltungen zu historisch-politischen Themen durchgeführt. Nur über einen Teil davon ist in der Vereinszeitung von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. berichtet worden.

Die Aufarbeitung der Geschichte der NS-Zeit vor Ort vermittelt die Einsicht, dass der NS-Terror keineswegs ausschließlich in Osteuropa außerhalb des Reichsgebiets stattfand, sondern in Deutschland seinen Ausgang hatte und eng mit der NS-Volksgemeinschafts- und Mobilisierungspolitik verbunden war. Es ist für viele Bürgerinnen und Bürger bedeutsam, dass an konkreten Orten, die sie kennen, ein Zwangsarbeiterlager war oder Bahnhöfe, von denen aus Menschen deportiert wurden, wo die Synagoge stand, wo Treffpunkte des Widerstandes und der Verfolgung lagen. Geschichte wird auf diese Weise konkreter, wird in gewisser Weise auch – wenn Spuren vorhanden sind – beglaubigt.

Die Beschäftigung mit Zeitgeschichte in Stadt und Region ist ungebrochen – die Berichte aus den Regionalgruppen zeigen dies. Die Beschäftigung mit der NS-Zeit hat dabei ihr Pendant in der Beschäftigung mit der Geschichte der DDR, der SED-Diktatur und der Menschen in Ostdeutschland, auch wenn hier manches von der NS-Zeit abweicht.

Neuerdings fällt der Blick dieser Beschäftigung der Bürgerinnen und Bürger mit Geschichte, der naturgemäß selektiv ist, auf die Geschichte der Demokratie und der Demokraten. Auch diese Geschichtsarbeit kann sich nicht nur mit dem Geschehen in den Hauptstädten befassen, sondern ebenso mit dem vor Ort, in den Regionen. Hier gilt es, an die Freiheits- und Demokratiebewegungen zu erinnern, an Vorkämpferinnen und Vorkämpfer dessen, was wir heute Demokratie nennen. Schlüsselereignisse sind wiederzuentdecken, in diesem Jahr 2018 insbesondere die Revolution 1918 und die Entstehung der Weimarer Republik. Diese Themen sind für Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. umso wichtiger, als die Geschichtsarbeit im weitesten Sinne auf Gegenwart und Zukunft der Demokratie als politischer Ordnung und gesellschaftlicher Lebensweise bezogen ist.

Selbstverständlich aber sind die verschiedenen Ebenen des historischen Prozesses ebenso wie die der Beschäftigung mit der Demokratie heute miteinander verschränkt zu denken. Die Geschehnis-

Lokale Erinnerung an Opfer des Nationalsozialismus, z.B. durch die öffentliche Lesung der Namen ermordeter Jüdinnen und Juden in München.

Foto: GVFD-Archiv

Quelle: Ernst Klein

Junge Menschen für die eigene Stadtgeschichte interessieren, z.B. mit einem Buch unseres RAG-Gesamtsprechers Ernst Klein.

se auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene weisen weitgehende Interdependenzen auf und Diktaturen mit totalitärem Anspruch zeigen zweifellos in besonderer Weise die Macht der „Zentrale", gegebenenfalls die des „Führers" und seines Umfeldes. Doch selbst in der NS-Diktatur haben viele diese Politik bereitwillig mitgetragen, haben versucht, im Sinne des Führers zu handeln. Keineswegs war – selbst in der Repressionspolitik – alles von oben befohlen, sondern viele haben selbstständig für den „Führer" gehandelt.

Die Beschäftigung mit Geschichte „vor Ort" hat deshalb die Zusammenhänge und Kontexte zu beachten, das heißt die im 20. Jahrhundert meist dominante nationale Ebene mitzusehen und doch auch nach besonderen Entwicklungen vor Ort und in der Region in ihrer Eigengewichtigkeit zu fragen.

Vor diesem Hintergrund ist die Rolle der

Foto: GVFD Archiv

Geschichtsaufarbeitung vor Ort, hier z. B. die Erinnerung an einen Todesmarsch von KZ-Häftlingen der Frankfurter Adler-Werke.

Erinnerungsarbeit der Regionalgruppen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. gut begründet. Dass sie die ständige Kommunikation über die konkrete Arbeit, doch auch über gemeinsame Fragen, Anliegen, Projekte und Kampagnen nötig macht, liegt auf der Hand. Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. realisiert Projekte von Bürgerinnen und Bürgern für Bürgerinnen und Bürger in einer demokratischen Zivilgesellschaft. ■

Prof. Dr. Bernd Faulenbach ist Vorsitzender von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Ernst Klein

„Demokratie im Herzen tragen und nicht nur im Kopf"

Mit dieser Kernaussage stimmte unser Ehrenvorsitzender Bundespräsident a. D. Joachim Gauck die zur Mitgliederversammlung im November 2017 aus allen Bundesländern angereisten Gäste in einer ebenso berührenden wie eindrucksvollen Rede darauf ein, den Einsatz für unsere Demokratie „aus der Stärke heraus unbeirrbar fortzusetzen und aus der Vergangenheit besonders auch das aufzunehmen, was die Demokratie vorangebracht hat".

Als Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppen und langjähriger Sprecher der RAG Nordhessen-Südniedersachsen nehme ich diesen Appell gern auf, um einen kurzen Rückblick über die Aktivitäten der RAGs und Sektionen zu geben, die sich bundesweit „Gegen Vergessen – Für Demokratie" einsetzen. Die von der Geschäftsstelle jährlich herausgegebenen Jahresberichte verweisen auf etwa 500 verschiedene Veranstaltungen pro Jahr. Der größte Teil davon wird von den 38 Regionalgruppen teils eigenständig, teils in Kooperation mit Partnerorganisationen geplant, organisiert und gestaltet.

Pro Woche wurden somit im Jahr 2017

Foto: RAG Südhessen

RAG-Gesamtsprecher Ernst Klein stellt auf der Mitgliederversammlung 2017 in Hannover die Arbeit der Regionalen Arbeitsgruppen vor.

durchschnittlich acht Veranstaltungen angeboten, und zwar bundesweit in über 100 verschiedenen Orten, vom Niederrhein bis nach Thüringen und Sachsen, von der Nord- und Ostseeküste bis in den Schwarzwald und nach Bayern. Beispielhaft für viele großartige Leistungen aus den Regionen möchte ich in der gebotenen Kürze nur einige wenige Aktivitäten nennen, die deutlich machen, dass einerseits mit öffentlich wirksamen „Events" vielfach neue Wege beschritten werden, aber selbstverständlich auch bewährte Formen der Erinnerungs- und Aufklärungsarbeit weitergeführt werden. Ein besonderes Ereignis 2017 war die Kampagne „Tauch nicht ab" vor der Bundestagswahl, »

Während der Aktion „Wa(h)l. Tauch nicht ab!“ in Darmstadt.

» die nach Vorbereitung durch eine Arbeitsgruppe im thüringischen Nordhausen, im oberschwäbischen Leutkirch, in Potsdam, Frankfurt und Darmstadt von den jeweiligen RAGs erfolgreich umgesetzt wurde. Mit weniger Aufwand und dennoch wirksam riefen andere RAGs dazu auf, zur Wahl zu gehen. Die Gruppe Rhein-Ruhr-West verteilte 15.000 eigens zu diesem Anlass gestaltete Bierdeckel und die Kolleginnen und Kollegen in Cuxhaven nutzten das Wa(h)lfisch-Symbol auf Postkarten mit dem Aufruf zur Wahl.

In Pforzheim hat sich das unter Mitwirkung von Birgit Kipfer und der RAG Baden-Württemberg aufgebaute DDR-Museum zu einem wichtigen außerschulischen Lernort etabliert, ebenso das Dokumentations- und Informationszentrum zur deutsch-jüdischen Regionalgeschichte im nordhessischen Volkmarsen. Im Dezember 2017 ist es dem langjährigen engen Kooperationspartner der RAG Nordhessen, dem „Arbeitskreis Rückblende – Gegen das Vergessen e.V.“ gelungen, in der Stadt Volkmarsen ein geschichtsträchtiges Haus mit einem über 500 Jahre alten jüdischen Ritualbad zu erwerben mit dem Ziel, hier einen besonderen Treffpunkt für Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft aufzubauen.

In Sachsen-Anhalt hat Lothar Tautz mit seinem Team 38 Schulprojekttage durchgeführt, viele weitere Beispiele sind in den Jahresberichten nachzulesen. Schon aus diesen kurzen Anmerkungen wird sichtbar, dass wir in der regionalen Arbeit nicht nur in Großstädten, sondern sehr stark auch in kleinen Städten und Gemeinden präsent sind.

Die ganze Bandbreite der Aktivitäten mit vielen unterschiedlichen Themenfeldern und Organisationsformen kann ich nur verkürzt in Stichworten aufzeigen:

- Vortragsabende, Filmvorführungen und Ausstellungen zu Themen wie DDR-Geschichte und Friedliche Revolution, Nationalsozialismus, Judenverfolgung, Holocaust, Widerstand, Zwangsarbeit, Euthanasie, Erster und Zweiter Weltkrieg, Demokratiegeschichte, Europa
- Studienreisen und Exkursionen zu Gedenkstätten, Seminare
- Schüler- und Jugendworkshops, Radtouren und Stadtrundgänge
- Lesungen und Buchvorstellungen, Konzerte, Theateraufführungen
- Gedenkveranstaltungen
- Lehrerfortbildungsveranstaltungen
- Publikationen zur Regionalgeschichte, Biografien, Zeitzeugenberichte
- Projekttage mit Schulen und Jugendgruppen
- Fachtagungen
- Baumpflanzaktionen
- Aufbau von Netzwerken, Zeitzeugengespräche
- Vorbereitung von Stolperstein-Verlegungen und anderen Formen der Erinnerungsarbeit
- Betreuung von Asylsuchenden und vieles andere mehr.

Die tragenden Säulen der regionalen Arbeit sind die Sprecherinnen und Sprecher mit ihren Teams. Frauen und Männer mit völlig verschiedenen Lebens- und Berufserfahrungen, mit unterschiedlichen Erinnerungen an die Kriegs- und Nachkriegszeiten und die Existenz zweier deutscher Staaten, Menschen mit unterschiedlichen Verbindungen zu politischen Parteien, aus allen Altersgruppen und aus Wohnorten in allen 16 Bundesländern. Einige stehen noch aktiv im Berufsleben, andere sind schon im Ruhestand, aber dennoch ausgesprochen aktiv, da wären zu nennen: Lehrerinnen und Lehrer, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Gedenkstätten oder in der Erwachsenenbildung, Frauen und Männer, die in der Kommunal-, Landes- oder Bundespolitik tätig sind oder waren, Juristen, Theologen, Wissenschaftler, Publizisten, aber auch Rundfunkredakteure, Forstbeamte, ehemalige Unternehmer und Offiziere der Bundeswehr.

Bürgerinnen und Bürger, die auf den ersten Blick nicht unterschiedlicher sein können, und dennoch verbindet sie alle in ganz bemerkenswerter Weise die gemeinsame ehrenamtliche, engagierte Arbeit gegen das Vergessen und für die Demokratie. Sie alle eint das Bestreben, im Rahmen ihrer regionalen Kapazitäten, Interessen und Bedürfnisse an Jugendliche und Erwachsene ihrer Region Wissen zu vermitteln, sie zum Nachdenken anzuregen und durch die Vermittlung historischen Wissens ihren Blick für die Gegenwart und die Zukunft zu schärfen.

Soweit die Sprecherinnen und Sprecher noch im Berufsleben stehen, spenden sie für diese Arbeit große Teile ihrer Freizeit. Diejenigen unter ihnen, die sich bereits im Ruhestand befinden, bringen ihre Lebenserfahrung, ihr Fachwissen und ihre Schaffenskraft mit großem Elan ehrenamtlich auf vielfältige Weise ein. Das unterscheidet diese Kolleginnen und Kollegen deutlich von manchen Mitmenschen aus Politik und Wirtschaft, die es trotz überdurchschnittlich hoher Ruhestandbezüge vorziehen, ihr Einkommen durch hochdotierte Posten in der Wirtschaft zusätzlich zu steigern.

Zusammenfassend kann ich feststellen, dass sich die regionalen Arbeitsgruppen durch Ideenreichtum, Kreativität und große Einsatzbereitschaft auszeichnen. Besondere, bedeutende Markenzeichen sind:

- Vielfalt der aufgegriffenen Themen
- die Fähigkeit, andere Kooperationspartner mit in diese gemeinnützige Arbeit einzubinden
- die Bereitschaft, sich ständig weiterzubilden und auch neue technische Möglichkeiten kreativ zu nutzen
- die Präsenz sowohl in den Großstädten als auch im ländlichen Raum

Vor allem ist unser gemeinsamer Einsatz „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ ein ständiger Einsatz. Er beschränkt sich nicht – wie bei manchen Organisationen – auf kurze Phasen emotionaler Erregung bei bestimmten Ereignissen.

Foto: RAG Südhessen

Alle aktiven Kolleginnen und Kollegen in den Regionalgruppen verstehen ihre Arbeit auch als ihre ganz persönliche Antwort auf Extremismus und jegliche Formen von Intoleranz. Die vielbeschworene „Gemeinsamkeit der Demokraten" wird in unserer Vereinigung nach wie vor auf vielfältige Weise durch praktische Arbeit mit Leben erfüllt.

Foto: GVFD

Während des RAG-Sprechertreffens in Frankfurt am Main 2014 entstand dieses Gruppenfoto.

Mindestens zweimal im Jahr treffen sich die Sprecherinnen und Sprecher an unterschiedlichen Orten zum intensiven Erfahrungsaustausch. Bei diesen Treffen werden unterschiedliche Standpunkte und Lösungsvorschläge offen und fair diskutiert. Wir suchen nach neuen Wegen zu einer öffentlichkeitswirksamen Erinnerungskultur, die uns und vor allem jungen Menschen in den heutigen Zeiten des Umbruchs eine Orientierungshilfe für Gegenwart und Zukunft sein können.

Trotz aller Bemühungen bleiben manche Fragen weiterhin *offene* Fragen, weil wir eben nicht diejenigen sind, die sich mit einfachen Antworten zufriedengeben. Ich freue mich darüber, dass ich mit Blick auf die regionalen Arbeitsgruppen eine durchgehend positive Bilanz ziehen konnte, und bin sicher, dass die RAGs auch in Zukunft in gleicher Weise ihren Beitrag zum Erfolg unserer Vereinigung leisten werden.
Ein entscheidendes Kriterium für die positive Entwicklung ist die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Damen und Herren des Vorstands unter der Leitung von Herrn Prof. Faulenbach und Herrn Dr. Parak mit dem gesamten Team der Geschäftsstelle. Hierfür danke ich herzlich. Mein Dank gilt auch allen Mitgliedern, die durch ihre Mitgliederbeiträge, Spenden und ganz persönliche Mitarbeit die Arbeit der RAGs maßgeblich unterstützt haben, und natürlich auch allen Sprecherinnen und Sprechern sowie meinem Stellvertreter Andreas Dickerboom für die geleistete Arbeit und die freundschaftliche Zusammenarbeit. ■

Ernst Klein ist Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppe Nordhessen-Südniedersachsen und gemeinsam mit Andreas Dickerboom Gesamtsprecher der regionalen Arbeitsgruppen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Klaus Müller

Europäische Erinnerungsarbeit verstärken

Verdun – Darmstadt – eine europäische Beziehung 1916–2016
Rückblick auf ein Projekt der RAG Südhessen im Jahr 2016

Anlässlich des 100. Jahrestages der Schlacht um Verdun im Jahr 2016 hat die RAG Südhessen in Darmstadt ein Projekt unter der Überschrift „Verdun-Darmstadt – eine europäische Beziehung 1916–2016" durchgeführt, das den Anspruch hatte, historische Erinnerungsarbeit in einem deutsch-französischen Zusammenhang zu betrachten. Im Folgenden soll dieses Projekt noch einmal unter dem Gesichtspunkt seiner Entstehung und der Schritte seiner praktischen Umsetzung beschrieben und bewertet werden. »

PLUS JAMAIS! – NIE WIEDER!: Ein Plakat im öffentlich zugänglichen Garten des Palais Episcopal in Verdun ruft trotz unterschiedlicher nationaler Narrative zur gemeinsamen europäischen Erinnerungsarbeit auf.

Foto: Klaus Müller

Teilnehmende der Fahrt nach Verdun im Sommer 2016 am Denkmal zu Ehren des Lieutenant Émile Driant. Driant und seine beiden Jägerbataillone mit 1 200 Mann hatten im Februar 1916 im Caureswald bei Verdun 30 Stunden lang einem massiven deutschen Artilleriebeschuss widerstanden – und dies letztendlich mit ihrem Leben bezahlt. Driant gilt heute als französischer Nationalheld.

» Als im Herbst 2015 die Überlegungen für die Schwerpunkte der historischen Erinnerungsarbeit in Darmstadt im Jahr 2016 diskutiert wurden, kam sehr schnell die Idee auf, der 100. Wiederkehr der Schlacht um Verdun im Jahr 2016 ein besonderes Projekt zu widmen. Dafür gab es mehrere Gründe und Motive:

- Darmstadt war im Jahre 1916 die Landeshauptstadt des Großherzogtums Hessen-Darmstadt und beherbergte sowohl Truppen, die im ganzen Jahr 1916 in Verdun eingesetzt waren, als auch – später – bis zu 20 000 Kriegsgefangene auf dem Truppenübungsplatz bei Griesheim. Unter anderem vor diesem Hintergrund plante das Stadtarchiv unter der Leitung von Dr. Peter Engels, die 2014 gezeigte Ausstellung „Residenz – Festung – Kurstadt 1914 – 1918 – Darmstadt, Mainz. Wiesbaden im Ersten Weltkrieg" im Jahr 2016 noch einmal zu zeigen.

- Das Hessische Staatsarchiv Darmstadt verfügt über eine Fülle von Unterlagen über den Ersten Weltkrieg: Archivale verschiedenster Art, Dokumente, biografische Unterlagen zu einzelnen Soldaten, speziell auch zu Personen, die besonders bekannt geworden sind wie z.B. die späteren Weltkriegsoffiziere und SS-Generäle Maximilian Herff und Karl Wolff. Aber es bewahrt auch Erinnerungen an Männer, die später im Widerstand waren wie zum Beispiel Carl-Heinrich von Stülpnagel. Das Archiv hat deutliches Interesse signalisiert, diese Unterlagen auch für eine interessierte Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

- Der Archivpädagoge am Staatsarchiv Darmstadt und Lehrer an der Georg-Christoph-Lichtenberg-Schule in Ober-Ramstadt, GVFD-Mitglied Harald Höflein, hatte in den Jahren zuvor jährlich Fahrten mit Schülergruppen nach Verdun unternommen und dabei erlebt, dass die Jugendlichen sehr beeindruckt waren. Er konnte sich daher vorstellen, die Ausstellung des Stadtarchivs über Darmstadt im Ersten Weltkrieg mit Schülerinnen und Schülern um ganz spezielle Exponate zu ergänzen und das Staatsarchiv insgesamt für Recherchen für interessierte Jugendgruppen zu öffnen.

- Die Museumspädagogin und an der Lichtenbergschule in Darmstadt tätige Lehrerin Margit Sachse (ebenfalls Mitglied vonGegen Vergessen – Für Demokratie e.V.), die seit mehreren Jahren die Erinnerungsarbeit der Stadt pädagogisch mitgestaltet, plante ein umfassendes Programm für die Europawoche 2016 an ihrer Schule. Wie bereits 2013 sollten dabei im Rahmen eines deutsch-französischen Geschichtsprojektes Schülerinnen und Schüler der Partnerschule Lycée Marie de Champagne in Troyes eingebunden werden. Die Lehrerin plädierte dafür, Jugendliche zu Guides auszubilden, die deutsche und französische Altersgenossen und Jugendgruppen durch die Ausstellung führen können.

So entstand die Idee zu einem gemeinsamen Projekt, bei dem ich selbst als Sprecher der RAG Südhessen eine Reihe inhaltlicher und organisatorischer Aufgaben übernahm. Leitender Gedanke aller weiteren Planung war, dass es sich um kein rein historisches Erinnerungsprojekt handeln sollte. Die konkreten Schlachtereignisse und -abläufe sollten nicht im Mittelpunkt stehen. Vielmehr sollten vor allem die un-

Länderübergreifende Erinnerungsarbeit ist ein wichtiges Thema aller Generationen: Die Teilnehmenden der Verdun-Fahrt am Befehlsstand im Caureswald.

Fotos: Klaus Müller

terschiedlichen Narrative erarbeitet werden, die über die Schlacht von Verdun in Deutschland und in Frankreich seit den 1920er-Jahren entstanden sind. Vor allem sollte in der Auseinandersetzung mit Originalquellen und Experten geklärt werden, welche Auswirkungen diese Narrative auf das politische Bewusstsein der Menschen in beiden Ländern und die Politik bis heute haben. Diese Multiperspektivität und Mehrdimensionalität war das eigentlich Spannende und Interessante an diesem Projekt.

Um möglichst viele Menschen zu erreichen, wurden verschiedene Veranstaltungsformate entwickelt. Es gab „klassische" Vorträge mit Diskussionen; die Erweiterung der Ausstellung im Staatsarchiv um weitere Archivale durch Schülerinnen und Schüler unter Anleitung; den Besuch von Denkmälern in Dortmund; die Möglichkeit des Aktenstudiums im Archiv und ein Konzert mit Liedern aus dem Ersten Weltkrieg. Außerdem wurden Schülerinnen und Schüler geschult, Gleichaltrige durch die Ausstellung zum Ersten Weltkrieg in Darmstadt zu führen. Als ganz spezieller Zugang wurde ein Vortrag mit Workshop zum Thema „Wie entsteht ein deutsch-französisches Comic zum Ersten Weltkrieg" geplant – verbunden mit der Möglichkeit für Jugendliche, selbst solche Comics zu entwickeln.

Ebenfalls für das Jahr 2016 wurde die Fahrt einer Schülergruppe der Lichtenbergschule Ober-Ramstadt nach Verdun geplant. Zeitgleich bereitete die RAG Südhessen für Juni 2016 eine dreitägige Busfahrt für interessierte Bürgerinnen und Bürger vor, mit einem umfangreichen und detaillierten Programm und vor Ort begleitet vom ehemaligen Bürgermeister des Landkreises Verdun und Lokalhistoriker Pierre Lenhard. Ein zentraler Bestandteil des gesamten Planungsprozesses war die Finanzierung des Projekts. Die Gesamtkosten, etwa für Honorare, Fahrten, Übernachtungen und Werbematerialien (ohne die Juni-Fahrt nach Verdun, die von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern nahezu selbst finanziert wurde), beliefen sich auf ca. 6.000 Euro. Für einige wenige Veranstaltungen konnte Eintrittsgeld genommen werden. Die am Workshop zur Comic-Erarbeitung beteiligten Schulen leisteten einen Beitrag pro Tag und Gruppe von je 200 Euro. Der Hauptteil der Kosten konnte aus Europaschulmitteln der Lichtenbergschule Darmstadt bestritten werden. Diese hatte von Pierre Jablon und Robert Liebenthal, Nachfahren von Darmstädter Shoa-Opfern, und Dr. Manfred Efinger, Kanzler der TU Darmstadt, eine sehr großzügige Spende erhalten. Damit sollte die Projektinitiative „Schüler Gegen Vergessen Für Demokratie" etabliert und als Pilotprojekt sichtbar gemacht werden. Weitere Mittel kamen vom Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie, der Georg-Christoph-Lichtenberg-Schule Ober-Ramstadt und dem Hessischen Staatsarchiv Darmstadt.

Anfang des Jahres 2016 stand das Projekt im Wesentlichen. Es wurde in den städtischen Flyer für das Gedenkjahr 2016 aufgenommen und so einem breiten Interessentenkreis in Darmstadt und Umgebung zugänglich gemacht.

Fazit: In der Darmstädter Presse und darüber hinaus hat das Projekt mehrfach, zum Teil ausführlich Resonanz erfahren. Ein Mitglied des Magistrats der Stadt Darmstadt eröffnete die Ausstellung im Staatsarchiv am 25. April 2016, um damit auch das städtische Interesse an dieser Art von Erinnerungsarbeit zu verdeutlichen. Das Projekt fand zeitgleich mit vielen Veröffentlichungen in den großen Medien über die heutige Bedeutung der Schlacht von Verdun statt. Deshalb hatte es den von uns gewünschten Effekt auf die öffentliche Wahrnehmung des Themas in Darmstadt.

Außerordentlich erfolgreich waren auch die vielfältigen Formen der Einbeziehung Jugendlicher in die Projektgestaltung und die Fahrten nach Verdun. Der über die Lichtenbergschule in Darmstadt organisierte län- »

Erinnerung und Gedenken in Frankreich: Eine Veranstaltung in der Innenstadt von Verdun am 19. Juni 2016 anlässlich der Eröffnung eines Denkmals, das an die Rolle der Frauen im Kampf um Verdun erinnert.

Foto: Klaus Müller

Gemeinsame Fortbildungsveranstaltung von Schülerinnen und Schülern und Lehrenden zum Projekt im Staatsarchiv Darmstadt – mit dem Verdun-Experten Prof. Dr. Gerd Krumeich.

» derübergreifende Teil des Projekts war ebenfalls sehr erfolgreich, weil die beteiligten Jugendlichen neue Erfahrungen machen konnten. Insgesamt zeigt das Projekt: Der Gedanke eines transnationalen, europäischen Erinnerns eröffnet neue Perspektiven für alle Beteiligten. Er ist gerade heute von grundsätzlicher politischer Bedeutung, da in vielen Ländern Europas nationalistische und rechtspopulistische Tendenzen einen Auftrieb erfahren. In diesem Sinne wird die RAG Südhessen auch 2018 internationale Jugendbegegnungen und Studienfahrten zu historisch-politischen Themen unterstützen und im September einen zweitägigen Besuch des Hauses der Europäischen Geschichte in Brüssel anbieten. ■

Klaus Müller ist Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppe Südhessen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Anzeige

„Kommunistische Diktaturerfahrungen – Das unsichtbare Gepäck.
Ein Aspekt der Migrationsgeschichte und seine Wirkung bis heute."

Die neue Publikation
von Gegen Vergessen –
Für Demokratie e.V.

kann kostenfrei in der Berliner Geschäftsstelle bestellt werden oder online unter:
www.gegen-vergessen.de/unsere-angebote/kommunistische-diktaturerfahrungen

Bernhard Schoßig

Straßennamen: ein kommunales „Biotop“ der Geschichtspolitik und Erinnerungskultur

Die Vergabe von Straßennamen in Gemeinden gehört zum Bereich der kommunalen Selbstverwaltung, die damit auf der örtlichen Ebene geschichtspolitische und erinnerungskulturelle Akzente setzen kann. Dabei gelten Benennungen von Straßen nach Personen in aller Regel als besondere Form der Ehrung. Namensgebungen wurden und werden aber auch immer wieder zum Gegenstand kommunalpolitischer Auseinandersetzungen. Vielfach dreht sich der Streit dabei heute um Personen und Ereignisse der neueren und neuesten Geschichte, vornehmlich aus der Zeit des Nationalsozialismus. Zwar wurden bereits nach der Befreiung die meisten nationalsozialistisch konnotierten Straßennamen auf Veranlassung der alliierten Siegermächte getilgt. Dennoch blieben manche Straßennamen erhalten, wenn die politische Belastung des Namenspatrons damals übersehen oder nicht erkannt wurde. Auch in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik wurde gelegentlich bei Straßenbenennungen die Rolle des Namenspatrons während des Nationalsozialismus gar nicht oder nur oberflächlich geprüft.

Foto: WIKImaniac, Wikimedia Commons

Die Umbenennung eines Platzes ist eine Möglichkeit des Umgangs mit belasteten Straßen- und Platznamen.

Ein besonders prägnantes Beispiel dieser Art wurde in den vergangenen Jahren vom „Institut für zukunftsweisende Geschichte“ – einer seit 1987 bestehenden Münchner Geschichtswerkstatt – ausführlich dokumentiert. Der Jurist Dr. Alois Wunder (1878–1974) stand seit 1907 drei Jahrzehnte lang im Dienst der Stadt Pasing, davon 24 Jahre, in vier politischen Systemen als Bürgermeister. Unmittelbar vor der Eingemeindung Pasings nach München 1938 beschloss der nationalsozialistische Stadtrat, die Planegger Straße in Oberbürgermeister-Wunder-Straße »

Der Münsteraner Schlossplatz, ehemals Hindenburgplatz.

Foto: Rüdiger Wölk, Wikimedia Commons

Foto: Adrian Greiter Photodesign

In Bad Tölz entschied man sich mit dem Konzept „Informationsweg" für einen anderen Umgang mit dem belasteten Straßennamen

» umzubenennen. 1946 machte die Stadt München diese Benennung aufgrund der Nähe Wunders zum Nationalsozialismus rückgängig. Nach 1945 wurde Alois Wunders Tätigkeit in der Zeit der Diktatur überwiegend verschwiegen oder verklärt. Es konnte daher zu einer Legendenbildung kommen, die 1978 erneut zur Benennung einer Straße nach ihm führte. Zwar hatte die Stadtverwaltung im Vorfeld eine Anfrage hinsichtlich einer Mitgliedschaft in der NSDAP und weiteren NS-Organisationen an das seinerzeit von den Vereinigten Staaten verwaltete Berlin Document Center gerichtet. Dieses schickte Kopien von Unterlagen, aus denen hervorging, dass Wunder seit 1933 verschiedenen NS-Organisationen angehört hatte und seit dem 1. Mai 1937 auch Mitglied der NSDAP gewesen war. Dennoch befand die für die Straßenbenennungen zuständige Stelle, dass die politische Integrität gewährleistet sei. Der Grund für die Entnennung im Jahr 1946 war offensichtlich 32 Jahre später der Stadtverwaltung nicht mehr bekannt. Aufgrund der neuen, umfangreich belegten Erkenntnisse über die Tätigkeit Wunders während der NS-Zeit lösten forderte die Bürgerschaft eine Überprüfung dieser Namensgebung und eine Umbenennung. Dies lehnte der Ältestenrat des Münchner Stadtrates bislang ab, ohne dass die Gründe dafür bekannt gegeben wurden. Derzeit liegt die Angelegenheit auf Eis, denn der Münchner Stadtrat hat ein umfangreiches Projekt „Historisch belastete Straßennamen überprüfen und einen Vorschlag für den Umgang damit erarbeiten" beschlossen. Seit Oktober 2016 werden nun alle seit Beginn des 20. Jahrhunderts vergebenen Straßennamen überprüft, für den künftigen Umgang mit problematischen Straßennamen sollen Strategien entwickelt werden. Ergebnisse liegen noch nicht vor.

Auch neue Erkenntnisse der Geschichtswissenschaft und damit verbundene Neubewertungen der Bedeutung einzelner historischer Persönlichkeiten stellen Namenspatronate infrage. Dem früheren Generalfeldmarschall und Reichspräsidenten Paul von Hindenburg zum Beispiel sind in Deutschland in annähernd 400 Orten Straßen und Plätze gewidmet. Lange Zeit wurde er als Kriegsheld und demokratisch gewählter Reichspräsident verehrt. Inzwischen aber wird auf seine verhängnisvolle Rolle während des Ersten Weltkrieges und in der Weimarer Republik verwiesen, die in der Machteinsetzung Hitlers am 30. Januar 1933 kulminierte und deshalb heute gegen eine Ehrung seines Andenkens in Form einer Straßenbenennung spricht. Diese Neubewertung hatte zwischenzeitlich in verschiedenen Orten Konsequenzen, so in Münster und Bad Tölz. In Münster bildeten 2010 der Oberbürgermeister, Vertreter aller Ratsfraktionen und zwei wissenschaftliche Fachvertreter eine Kommission „Straßennamen", die nach eingehender Beschäftigung mit dem Thema eine Umbenennung des Hindenburgplatzes vorschlug. Der Rat der Stadt beschloss daraufhin am 21. März 2012 die Umbenennung des Hindenburgplatzes in Schlossplatz. Ein im September gegen diesen Beschluss gerichtetes Bürgerentscheid blieb erfolglos.

In Bad Tölz wollte man es auf eine solche Konfrontation nicht ankommen lassen und entschied sich für einen bemerkenswerten anderen Weg. Auch hier wurde zunächst eine Projektgruppe aus lokalen und auswärtigen Fachleuten eingesetzt, die das Konzept eines „Informationsweges Hindenburgstraße" entwickelten. Danach sollte der Straßenname beibehalten, aber zugleich deutlich gemacht werden, dass er ausdrücklich keine Ehrung mehr darstellt. Zudem wurden kurze, prägnante Texte zur historischen Rolle Hindenburgs für eine Tafel und neun Stelen erarbeitet, die entlang der Hindenburgstraße aufgestellt wurden. Die Gestaltung der Tafel und der Stelen wurde einer Designerin übertragen.

Der von der Stadt Bad Tölz eingeschlagene Weg zeigt, dass es bei historisch belasteten Straßennamen auch Lösungen gibt, die zwischen einer Umbenennung, die lediglich die Vergangenheit „entsorgt", und einer kommentarlosen Beibehaltung des Namens liegen. So können Straßenzusatzschilder bestimmte Sachverhalte erläutern. Denkbar sind aber auch – wie in Münster und Bad Tölz – ausführliche Dokumentationen im Internet. Insgesamt bleibt das Thema historisch belasteter Straßennamen aktuell. Obwohl es heute eher um lokale NS-Größen geht, ist es nicht darauf beschränkt, Stichwort: deutscher Kolonialismus. Für eine kritische Heimatforschung gibt es auf diesem Feld durchaus noch viel zu tun. ■

Hinweise:

- https://www.muenster.de/stadt/strassennamen/hindenburg.html
- http://infoweg-hindenburgstrasse.de/
- Bernhard Koch, Bernhard Schoßig, Bernd-Michael Schülke: … *nur ein Mitläufer? Der Pasinger Bürgermeister Dr. Alois Wunder während der Zeit des Nationalsozialismus.* Pro Business, Berlin 2017 ISBN 978-3-864-60688-5

Dr. Bernhard Schoßig war erster pädagogischer Leiter des heutigen Max-Mannheimer-Studienzentrums in Dachau und ist Vorsitzender des Instituts für zukunftsweisende Geschichte e.V.

Birgit Kipfer, Harald Roth, Volker Mall

Das vergessene KZ vor der Haustür

Anfangs – 2001 – waren wir zu dritt, drei Mitglieder der Sektion Böblingen-Herrenberg-Tübingen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., die vor Ort etwas bewegen wollten. Und da gab es – fast vor unserer Haustür südwestlich von Stuttgart – ein beinahe vergessenes Konzentrationslager auf einem Nachtjägerflugplatz der Wehrmacht zwischen den Dörfern Hailfingen und Tailfingen. Die Start- und Landebahn versteckt sich noch heute unter Gebüsch und Bäumen. Die Geschichte dieses Lagers und dieses Platzes wollten wir untersuchen. Was wir wussten, hatten wir einem Beitrag von Monika Walther-Becker in dem 1978 von Herwart Vorländer herausgegebenen Buch „Nationalsozialistische Konzentrationslager im Dienst der totalen Kriegsführung" entnommen.

Unter der Leitung von Professor Utz Jeggle von der Universität Tübingen hatte ein Förderverein zur Errichtung eines Mahnmals 1987 eine Erinnerungstafel am Beginn der Startbahn aufgestellt. Aber Genaueres wusste man nicht. Nie hatten die deutschen Behörden nach dem Krieg den Besatzungsmächten von dem Außenlager des KZ Natzweiler-Struthof berichtet. Auch die Gemeindeverwaltung hatte versucht, das Geschehene zu verharmlosen. Man munkelte von einem „Arbeitslager" und Gewalt, die die Häftlinge einander zugefügt hätten.

Die Erinnerung der Bevölkerung konzentrierte sich auf eine Begebenheit, bei der zwei Dorfbewohner Opfer gewesen waren. Ein ehemaliger Häftling hatte Ende Mai 1945 die französischen Besatzer auf das Massengrab auf dem Flugplatzgelände aufmerksam gemacht. Französische Soldaten befahlen am 2. Juni 1945 den Einwohnern der umliegenden Dörfer die Exhumierung der Leichen. In der Folge starben zwei Dorfbewohner. Über Jahrzehnte war der Bevölkerung dieses traumatische Erlebnis in Erinnerung geblieben. Dagegen war das Wissen um das Lager und die geschundenen Menschen, die auf dem Weg in die Steinbrüche durch die Dörfer getrieben worden waren, völlig verblasst. Und wir, die wir uns anschickten, die Geschichte auszugraben, wurden argwöhnisch beäugt. Das war die Ausgangslage unserer Arbeit.

Wir luden 2001 Utz Jeggle zu einem Vortrag mit dem Titel „Alles halb so schlimm?" in Tailfingen ein. Statt der erwarteten 30 Besucher kam das halbe Dorf zusammen. Offensichtlich war das Thema präsent.

Bei seiner Suche in etlichen Archiven fand Harald Roth 2005 im Archiv der Zentralen

Foto: Harald Roth

Das Mahnmal des Künstlers Rudolf Kurz erinnert an die insgesamt 601 Häftlinge, die im November 1944 von Auschwitz in das KZ-Außenlager gebracht worden waren.

Stelle Ludwigsburg das Nummernbuch, das penibel alle Namen und die Herkunft der 601 jüdischen Häftlinge im KZ-Außenlager Hailfingen-Tailfingen auflistete. Diese Namen wurden unter anderem mit der Erinnerungsstätte Yad Vashem, Jerusalem abgeglichen. So gelang es, einige noch lebende Zeitzeugen zu identifizieren.

Einer von ihnen war Mordechai Ciechanower, ein ehemals polnischer Jude. Er kam, kaum hatten wir ihn kontaktiert, aus Israel geflogen. Zu der bewegenden Veranstaltung mit ihm im November 2005 in der Bürgerhalle von Tailfingen waren 500 Menschen gekommen. Sie war endlich auch das Startsignal für die Gemeinde Gäufelden, zu der das Dorf Tailfingen gehört, sich um ein würdiges Erinnern zu kümmern.

Die Gemeinde beauftragte gegen manche Bedenken im Gemeinderat auf Basis der Recherchen von Volker Mall und Harald Roth einen professionellen Ausstellungsmacher damit, im Alten Rathaus Tailfingen einen Gedenkraum einzurichten. Wir erhielten zwölf Video-Interviews von überlebenden Häftlingen von der Shoah Foundation in Los Angeles. Teile dieser Videos fanden Eingang in die Ausstellung der Gedenkstätte. Mit hohem ehrenamtlichen Einsatz bei der inhaltlichen Gestaltung gelang es, diese im Juni 2010 in Anwesenheit zahlreicher Überlebender oder Nachkommen der Häftlinge und unter großer Anteilnahme der Bevölkerung zu eröffnen.

Zum gleichen Zeitpunkt konnte durch die Stadt Rottenburg am Neckar mit ihrem Teilort Hailfingen auf dem Gelände des Flugplatzes ein vom Künstler Rudolf Kurz gestaltetes Mahnmal der Öffentlichkeit übergeben werden. Dieses Mahnmal enthält die Namen aller 601 Häftlinge, die im November 1944 von Auschwitz über das KZ Stutthof bei Danzig nach Tailfingen transportiert worden waren – nicht nur die Namen der 189 Männer, die nachweislich in den drei Monaten der Existenz des Lagers ums Leben kamen.

In Teilen der Bevölkerung stieß unsere Arbeit auf Wohlwollen, sodass 2010 nicht nur ein Trägerverein für die Gedenkstätte gegründet werden konnte, sondern sich auch engagierte Menschen für den ehrenamtlichen Einsatz bei deren Betrieb einfanden. Auch schloss sich uns mit Johannes Kuhn ein junger Filmemacher an, der zwei Filme drehte und seither auch alle Geschehnisse filmisch festhält.

Die Einrichtung eines Seminarraumes für die Arbeit mit Schulklassen und für Veranstaltungen war uns überlassen worden. Mit Sponsorengeldern, die wir unter anderem mit einer durch uns organisierten »

» Benefizveranstaltung mit Iris Berben einwarben, konnten wir wenig später den Raum im ersten Stock des Alten Rathauses mit der notwendigen technischen Ausstattung in Betrieb nehmen. Dazu wurden junge Leute, überwiegend Studierende der Uni Tübingen, zu Jugendguides ausgebildet. Sie entwickelten Module zum historischen Lernen, um Jugendlichen „auf Augenhöhe" das Geschehene zu vermitteln. Auch unsere monatliche Sonntagnachmittagsveranstaltung wird von der Öffentlichkeit sehr gut angenommen.

Fotos: Harald Roth

Das Ergebnis künstlerischer Auseinandersetzung mit der Vergangenheit – ein Kreativworkshop ermöglicht in Hailfingen-Tailfingen lebendige Erinnerung auch in der Gegenwart.

Ein Gedenkpfad auf dem weitläufigen Gelände des ehemaligen Flugplatzes weist auf die Unterkunft der Häftlinge, deren Arbeit in Steinbrüchen und auf das Massengrab hin. Erst kürzlich wurden die verschiedenen Stationen mit neuen Informationstafeln versehen. Die darauf enthaltenen QR-Codes machen die Stimmen der überlebenden Zeitzeugen auf einem Smartphone hörbar.

Im Verlauf der Jahre wurde uns klar, dass unser Motiv zu kurz greift, ein Geschehen aus der NS-Zeit „vor der Haustür" – und nicht nur weit weg im Osten Europas – dem Vergessen entreißen zu wollen. Bis in die jüngste Zeit gelang es, Nachkommen der Häftlinge in vielen Ländern der Welt ausfindig zu machen. Manche von ihnen erfuhren erst durch unsere Recherchen von dem Verbleib ihrer Väter und Großväter.

Etliche von ihnen sind unserer Einladung inzwischen gefolgt. So ist in vielen Tausend Stunden ehrenamtlicher Tätigkeit mit der Gedenkstätte auch ein Ort der Trauer für die Familienangehörigen der Ermordeten entstanden.

Es ist uns ein großes Anliegen, die Gedenkstätte als lebendigen Ort der Erinnerung in der Gegenwart zu gestalten. Bereits zum dritten Mal fand im Sommer dieses Jahres unter der Anleitung von drei bildenden Künstlern ein Workcamp zur kreativen Auseinandersetzung mit dem Geschehen statt – in diesem Jahr mit internationaler Besetzung in Zusammenarbeit mit der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste. So wird es weitergehen. ■

Der Überlebende Mordechai Ciechanower deutet am Mahnmal auf seinen Namen.

Veröffentlichungen:

2007: Dorothee Wein, Volker Mall, Harald Roth: Spuren von Auschwitz ins Gäu: Das KZ-Außenlager Hailfingen-Tailfingen. Markstein Verlag, Filderstadt. Zur Vorstellung des Buches sprach Joachim Gauck in Rottenburg am Neckar vor 300 Menschen. Mit diesem Buch fuhren wir über die Dörfer, um über das Geschehen aufzuklären.

2006 / 2007: Übersetzung der Autobiografie von Mordechai Ciechanower vom Hebräischen ins Deutsche – erschienen unter dem Titel „Der Dachdecker von Auschwitz-Birkenau" im Metropol-Verlag, Berlin.

2008: Übersetzung der Autobiografie von Marga Griesbach, Tochter des ersten Häftlings, der in Hailfingen-Tailfingen ums Leben kam, aus dem Englischen ins Deutsche – erschienen unter dem Titel „… ich kann immer noch das Elend spüren … Ein jüdisches Kind in Deutschland 1927–1945", Schriftenreihe der Mahn- und Gedenkstätte Ahlem, Hannover.

2009: Volker Mall, Harald Roth: Jeder Mensch hat einen Namen. Gedenkbuch für die 600 jüdischen Häftlinge des KZ-Außenlagers Hailfingen-Tailfingen, Metropol Verlag, Berlin.
Mit Film auf DVD von Bernhard Koch.

2011: Übersetzung der Kindheitsgeschichte eines Häftlings in Hailfingen-Tailfingen, erschienen unter David A. Adler: Froim – Der Junge aus dem Warschauer Ghetto. Metropol Verlag, Berlin.

2014: Volker Mall: Die Häftlinge des KZ-Außenlagers Hailfingen-Tailfingen – Daten und Portraits aller Häftlinge. Herrenberg.

Filme:

2006: Johannes Kuhn: Geschützter Grünbestand – Ein Film gegen das Vergessen.

2010: Johannes Kuhn: Jugendguides in der KZ-Gedenkstätte Hailfingen-Tailfingen.

2014: Johannes Kuhn: Der Dachdecker von Auschwitz-Birkenau.

Birgit Kipfer ist Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft Baden-Württemberg von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.; **Harald Roth** ist Sprecher der RAG Böblingen-Herrenberg-Tübingen; **Volker Mall** ist Mitglied der RAG Böblingen-Herrenberg-Tübingen von Gegen Vergessen – für Demokratie e.V.

Regionale Arbeitsgruppen in Schulen

Viele Regionale Arbeitsgruppen engagieren sich in der Jugendbildung und an Schulen. Eine Gruppe, deren Schwerpunkt auf der Projektarbeit mit Schülerinnen und Schülern liegt, ist die Regionale Arbeitsgruppe Westküste in Heide in Schleswig-Holstein. Die verschiedenen Projekte und Aktionen der Sektion können als Anregung für die eigene Arbeit dienen und geben Aufschluss über die Besonderheiten, aber auch die vielfältigen Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit Schulen als Kooperationspartnern. Wir fragten Berndt Steincke und Dr. Matthias Duncker, die beiden Koordinatoren in Heide.

Welche Projekte habt ihr in der letzten Zeit durchgeführt?

Jüdische Musik in Konzentrations- und Vernichtungslagern
Anfang 2017 begann der Unterricht mit einer 11. Klasse des Profilkurses Geschichte des Gymnasiums Heide-Ost mit einer Studienfahrt nach Prag und Theresienstadt. Die Besichtigung des ehemaligen KZs Theresienstadt, eine Stadtbesichtigung und der Besuch des dortigen Museums mit anschließendem Workshop vor Ort brachten eindrucksvolle Erkenntnisse. Kleine Inszenierungen über das Leben im Konzentrationslager wurden vor Ort entwickelt und gezeigt. Nach Rückkehr in Heide fanden zwei von Lehrkräften und Schülern entwickelte Theateraufführungen vor Schulklassen und Eltern statt. Überdies erstellten eine dritte Lehrkraft sowie Schülerinnen und Schüler im Geschichtsunterricht ein Programmheft sowie einen DVD-Videofilm. Die Presse berichtete darüber.

Anne-Frank-Projekt
Im Juni 2017 wurde in der Heider St.-Jürgen-Kirche in Kooperation mit dem Anne-Frank-Zentrum Berlin eine Anne-Frank-Ausstellung gezeigt. Schüler der 8. Klasse wurden von Dozenten aus Berlin an zwei Seminartagen für Führungen von Schulklassen und Besuchergruppen ausgebildet. Zum Beiprogramm gehörte der öffentliche Vortrag eines Opfers des Möllner Brandanschlages von 1992 (Ibrahim Arslan) am 6. Juni 2017. Der Heider Filmclub zeigte im Kino den Film „Das Tagebuch der Anne Frank".

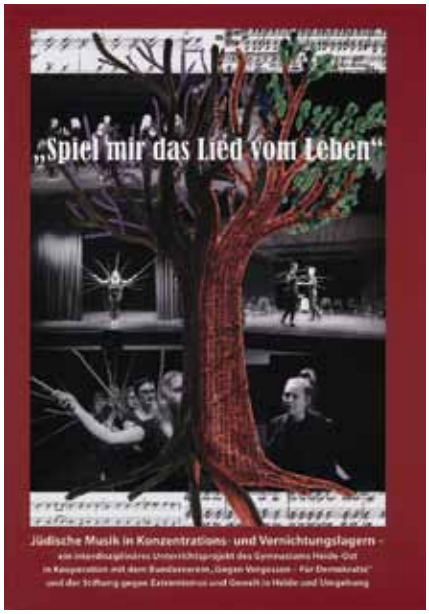


Foto: Berndt Steincke

Programmheft der Theateraufführung im Gymnasium Heide-Ost zum Thema Holocaust und jüdische Musik in Konzentrations- und Vernichtungslagern.

Im Jüdischen Museum Rendsburg fand in der ehemaligen Synagoge ein eintägiger Workshop statt. Kirche, Stadt Heide und die Raiffeisenbank stellten Räume für Workshops und für die vierwöchige Ausstellung zur Verfügung. Die hohe Zahl von Besuchern, vor allem von Schülern aus Heide und Nachbarorten, haben uns sehr gefreut. Presse und Rundfunk berichteten.

Putzen der Stolpersteine in der Stadt Heide
Am 9. November 2017 wurden wie in jedem Jahr die sieben Stolpersteine im Heider Stadtgebiet geputzt. Diese Aktion wurde bisher mit Politikern, kirchlichen Jugendorganisationen, einer muslimischen Gemeinde, Heider Vereinen, Firmenvertretern sowie Schülerinnen und Schülern durchgeführt. Über eine App und nach Vorarbeit einer Schulklasse des Werner-Heisenberg-Gymnasiums sowie der sprachlichen Umsetzung der Texte durch Mitarbeiter des Heider NDR-Studios können die Geschichten der Opfer jederzeit per Handy abgerufen werden.

Fritz-Bauer-Projekt
Das Jahresprojekt zeigt das mutige Engagement von Fritz Bauer, seine Tätigkeiten, seine Probleme bei der Verfolgung von NS-Verbrechen und seine hohen Verdienste für die Glaubwürdigkeit unserer jungen deutschen Demokratie. Es war Fritz Bauers Verdienst, dass die deutsche Justiz NS-Verbrecher im Lagerkomplex Auschwitz zur Rechenschaft zog. Auch seine Tätigkeit zur Auffindung und Verurteilung des Massenmörders Eichmann gehört zu seinen Verdiensten.

Für die jetzige 12. Klasse des Gymnasiums fanden zwei Informationsreisen statt. Im Mai 2017 nach Krakau und Auschwitz, um vor allem im Archiv (im ehemaligen Stammlager) zu recherchieren, und im Herbst nach Frankfurt am Main, um das Zustandekommen des ersten Frankfurter Auschwitz-Prozesses (1963–1965) und dessen juristische Schwierigkeiten besser »

Im Zuge des Fritz-Bauer-Projektes reisten die Schülerinnen und Schüler unter anderem nach Auschwitz, um vor Ort eigene Recherchen zu betreiben.

Foto: Wolfgang Cezanne

Foto: Berndt Steincke

Schülerinnen und Schüler wurden in der Anne-Frank-Ausstellung für Gruppenführungen ausgebildet.

» zu verstehen. In Frankfurt wurden an der Universität im Fritz-Bauer-Archiv Erkenntnisse über die NS-Geschichte, die damaligen Verbrechen und das deutsche Rechtssystem erarbeitet.

Ein Buch über dieses Unterrichtsprojekt wird im Februar 2018 erscheinen (kostenloser Download unter www.stiftung-geug-heide.de. Dieses Projekt hat die Schüler und uns alle so begeistert, dass wir den Antrag auf Umbenennung des jetzigen Gymnasiums Heide-Ost in Fritz-Bauer-Gymnasium gestartet haben.

Wie kommt ihr zu neuen Projektideen und wie beginnt ihr die Arbeit?

Zum einen entstehen Projekte aus Problemstellungen vor Ort. So haben wir etwa in Heide die Umbenennung der Carl-Diem-Turnhalle und die Umbenennung der Straßennamen von Gustav Frenßen in den Städten Heide, Meldorf, Marne und Brunsbüttel initiiert. In letzter Zeit sind auch Vorhaben durch Gespräche auf Vernetzungs- und Jahrestreffen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. entstanden. Wir gehen einfach in die Schulen und sprechen mit Schulleitungen und Lehrkräften über unsere Ideen oder die Schulen melden sich bei uns und wünschen eine Zusammenarbeit.

Mit wem arbeitet ihr zusammen?

Wichtigste Zielgruppe sind für uns die jungen Menschen, also Schülerinnen und Schüler. Sie sind besonders aufgeschlossen für Projekte, bei denen ihre Arbeitsergebnisse auch über Bücher, Interviews, durch Zusammenarbeit mit Zeitungen, dem NDR, dem Offenen Kanal Westküste und dem Landesbeauftragten für politische Bildung über den Unterricht hinaus gewürdigt werden. Tore werden uns für unsere Projekte, besonders wenn es um Studienfahrten mit Schülerinnen und Schülern ins Ausland geht, von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. geöffnet. Dazu hilft ebenfalls vorbildlich der Landesbeauftragte Schleswig-Holsteins für politische Bildung, mit dem wir über Sitzungen in Kiel und über Kontakt mit unseren Freunden auf Landesebene verbunden sind. Auch diese Zusammenarbeit bringt neue Ideen hervor. Letztlich hat sich die Symbiose mit der Heider Stiftung gegen Extremismus und Gewalt enorm bewährt. Durch organisatorische Hilfen vor Ort, durch Spendenbeschaffungen für Bücher, Aufführungen sowie durch beste Kontakte zu den örtlichen Medien wird den Schulen viel Arbeit abgenommen. Auch Schulleiter, die örtliche Verwaltung, ehrenamtliche Helferinnen und Helfer sowie großzügige Banken und Sparkassen haben ein offenes Ohr für uns. Wir bemühen uns im Gegenzug, durch gute Ergebnisse Vertrauen zu festigen. Letztlich sind engagierte Lehrkräfte mit ihren Schülerinnen und Schülern der Garant für vorzeigbare Ergebnisse und für bleibendes Wissen.

Was ist eure Motivation?

Wir wollen aus Dankbarkeit für Frieden und Freiheit in unserer Demokratie über ehrenamtliche Arbeit etwas zurückgeben. Wir glauben, dass die Demokratie nur funktioniert, wenn Bürgerinnen und Bürger bereit sind, für sie auch tatkräftig einzutreten.

Wir haben Freude daran, wenn wir junge Menschen mit unseren Projekten ein Stück immun gemacht haben gegen Populismus, rechten und linken Radikalismus und religiösen Fanatismus. Wir freuen uns über die Freiheit, in der wir heute in Deutschland leben dürfen, und darüber, mit welcher Begeisterung und mit welchem Stolz junge Menschen auf ihre Arbeitsergebnisse zurückblicken und dafür Anerkennung finden. Wir wissen, wie verletzlich die Demokratie trotz aller verfassungsmäßigen und politischen Sicherungen ist, wenn nicht Menschen bereit sind, unsere Freiheit auch zu verteidigen. ■

v.l.n.r.: Dr. Matthias Duncker, stellvertretender Koordinator der RAG Westküste, Günter Neugebauer, Sprecher der RAG Schleswig-Holstein und Berndt Steincke, Koordinator der Sektion Westküste von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Foto: GVFD

Bundesweite Angebote

der Geschäftsstelle von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. für die Regionale Arbeit

Politische Bildung ist ein wichtiger Mosaikstein, wenn es darum geht, die Demokratie in Deutschland zu stärken. Und der Bedarf ist in den letzten Jahren nicht weniger geworden. Glücklicherweise hat die Bundespolitik diesem Bedarf Rechnung getragen und entsprechende Förderprogramme ausgebaut. Je nach den konkreten Förderrichtlinien wir dabei auch ein Augenmerk auf die regionale Verbreitung der Angebote in der gesamten Bundesrepublik gelegt. Und hier hat Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. mit der bundesweiten Struktur der Regionalen Arbeitsgruppen eine ausgezeichnete Verteilerplattform zu bieten.

Derzeit gibt es folgende Angebote, die für die Arbeit in den Regionen gewinnbringend eingesetzt werden können:

1. VERANSTALTUNGEN
„Komplettpakete", die von Regionalen Arbeitsgruppen oder regionalen Trägern umgesetzt werden können

DDR-Geschichte im Westen
Die Vermittlung von DDR-Geschichte darf nicht auf die ostdeutschen Bundesländer beschränkt sein. Deshalb werden 2018 und 2019 jeweils zehn Veranstaltungen in Westdeutschland durchgeführt.

Die Geschäftsstelle hat einen Angebotskatalog zusammengestellt, aus dem die Regionalen Arbeitsgruppen ihren Bedürfnissen entsprechend ein Veranstaltungsformat zur DDR-Geschichte auswählen (zum Beispiel Workshops, Lesungen, Zeitzeugengespräche). Für Honorare sowie Fahrt- und Übernachtungskosten stehen Mittel zur Verfügung.

Gefördert aus Mitteln der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Foto: Dennis Riffel

Einige der bundesweiten Angebote der Geschäftsstelle

Demokratie ist wichtig. Punkt!
2018 und 2019 werden im gesamten Bundesgebiet ca. 50 Workshops, Seminare und Zeitzeugengespräche durchgeführt, die sich mit der Stärkung demokratischer Kultur und die Prävention von menschen- und demokratiefeindlichen Einstellungen beschäftigen. Die Schwerpunktthemen sind: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Diktatur und Demokratie, Muskeln für die Demokratie, Gesellschaft in Vielfalt.

Für dieses Projekt stellt die Geschäftsstelle von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. in Kooperation mit anderen Bildungsträgern praxisorientierte und alltagsnahe Veranstaltungsformate zur Verfügung, die von Interessierten kostenfrei gebucht werden können. Im Projekt kann auf einen Referentenpool zurückgegriffen. Die Mitarbeiterinnen der Geschäftsstelle bieten Hilfestellung bei der Konzeption und Durchführung der Veranstaltungen. Die Umsetzung erfolgt in enger Zusammenarbeit mit den Regionalen Arbeitsgruppen.

Gefördert durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

2. MATERIALIEN

Plakatausstellungen „Voll der Osten. Leben in der DDR"
Die von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur konzipierten Plakatausstellungen sind ein erprobtes und zielführendes Medium, um an öffentlichen Orten – etwa in den Foyers von Rathäusern, in Volkshochschulen, Stadtbibliotheken, Schulen oder Kirchen – zur Auseinandersetzung mit der Geschichte von Diktatur und Demokratie im Europa des 20. Jahrhunderts einzuladen.

Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. stellt den Regionalen Arbeitsgruppen die aktuelle Plakatausstellung zur Verfügung, die zu einer Bilderreise in die Zeit der Teilung einlädt. Gezeigt wird eine ungeschminkte DDR-Realität, an die sich heute selbst Zeitzeugen kaum mehr erinnern.

In Zusammenarbeit mit der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

»

» **Handreichung zur lokalen Spurensuche im Themenfeld Demokratiegeschichte**
Die Geschäftsstelle entwickelt eine Handreichung zur lokalen Spurensuche, die lokale Akteure und Initiativen anregt, sich mit der Geschichte der Demokratie auseinanderzusetzen. Die bei anderen Themen (NS-Diktatur) praktizierte lokale Spurensuche wird auf ein bislang noch wenig bearbeitetes Gebiet übertragen: die Demokratiegeschichte. Ausgangspunkt der Überlegungen ist, dass die Beschäftigung mit der Geschichte der Demokratie vielfältige Anknüpfungspunkte für heutiges Engagement bietet.

Zielgruppe sind lokale Akteure und Initiativen wie z. B. Geschichtsvereine, Bündnisse, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren, Volkshochschulkurse, Ortsvereine der Parteien und Jugendgruppen. Die Handreichung wird im Frühsommer 2018 veröffentlicht.

Gefördert durch die Bundeszentrale für politische Bildung

3. BILDUNGSARBEIT FÜR SPEZIELLE ZIELGRUPPEN IN DEN REGIONEN

Unterstützung lokaler Akteure in der Geschichtsarbeit
Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. und das Anne Frank Zentrum führen seit 2015 einmal jährlich ein Vernetzungstreffen zu einem Thema der historisch-politischen Bildungsarbeit durch. Im September 2017 fand dieses Treffen im NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln zum Thema „Jugendbeteiligung in der historisch-politischen Bildung" statt. Mit dabei waren viele engagierte Mitglieder des Vereins, aber auch Ausstellungspartner des Anne Frank Zentrums und Mitarbeitende der Partnerschaften für Demokratie.

Das nächste Vernetzungstreffen findet vom 13. bis 15. September 2018 in Jena statt. Gefördert werden die Vernetzungstreffen durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!" des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Modulare Weiterbildung für die Partnerschaften für Demokratie im Bundesprogramm „Demokratie leben!"
Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. unterstützt Kommunen bei der Arbeit gegen Rechtsextremismus. Zielgruppe sind die über 300 Koordinierungs- und Fachstellen, die im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!" Handlungskonzepte zur Stärkung von Demokratie und Vielfalt entwickeln und umsetzen. Das Bundesministerium für Familie, Soziales, Frauen und Jugend und die Bundeszentrale für politische Bildung haben Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. beauftragt, ein Qualifizierungsprogramm für die Akteure vor Ort anzubieten. Die Weiterbildung umfasst vier Module mit inhaltlich und didaktisch aneinander anknüpfenden dreitägigen Seminaren. Sie schließt mit einem Zertifikat ab. Seit September 2015 konnten bereits sechs Durchgänge der modularen Weiterbildung angeboten werden. Dabei wurden Teilnehmende aus über 100 Kommunen fortgebildet.

Daher ist die Chance groß, dass die Mitarbeitenden in den Partnerschaften für Demokratie bereits Kontakt mit Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. geknüpft haben. Ein guter Einstieg, um eine Zusammenarbeit vor Ort zu beginnen.

Überblick über bestehende Partnerschaften für Demokratie:
http://www.demokratie-leben.de/programmpartner/partnerschaften-fuer-demokratie.html

Gefördert durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!" des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Kommunikations- und Argumentationstraining gegen rechte Parolen
Der Schwerpunkt des Argumentationstrainings liegt darin, eine eigene Haltung zu entwickeln und diese so zum Ausdruck zu bringen, dass einerseits die eigene Grenze deutlich wird und gleichzeitig dem Gegenüber ein Gesprächsangebot gemacht wird. Bundesweit werden 2018 ca. 50 Trainings durchgeführt.

Das Konzept richtet sich zum einen an Schulen und ist für alle Schulformen geeignet. Für Schülerinnen und Schüler ist das Angebot als Peer-Education-Ansatz konzipiert. In einem ersten Schritt nehmen Jugendliche ab 14 Jahren an Trainings, durchgeführt von Coaches von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. teil. Im zweiten Schritt haben die Jugendlichen die Möglichkeit, sich zu sogenannten Peercoaches ausbilden lassen, um in einem dritten Schritt ihrerseits selbst weitere Jugendliche zu trainieren

Gefördert durch die Bundeszentrale für politische Bildung.

Zum anderen werden die Vereine und Verbände unterstützt, die durch das Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe" gefördert werden. Zu diesen Vereinen und Verbänden gehören zum Beispiel die Caritas, das THW, die Landessportbünde oder die Freiwillige Feuerwehr. Dazu werden unterschiedliche Trainings- und Qualifizierungsformate angeboten und teilweise explizit auf die Bedarfe der Verbände zugeschnitten.

Neben Angeboten, die vor Ort stattfinden, arbeitet die Geschäftsstelle gemeinsam mit der Caritas Münster derzeit modellhaft an der Entwicklung eines Blended-Learning Angebotes. Dieses beinhaltet sogenannte Präsenzseminartage und vertiefende Onlineelemente zu den Themen Demokratieentwicklung und Antidiskriminierung. Das Angebot soll nach einer Testphase allen Interessierten Verbänden zur Verfügung gestellt werden.

Gefördert durch das Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe" des Bundesministeriums des Innern und der Bundeszentrale für politische Bildung.

Bei weiteren Fragen zu den Angeboten wenden sie sich bitte an:
info@gegen-vergessen.de
Telefon: 030 263978-3

Miriam Bistrovic

Gedächtnis vergangener Generationen

Das Leo Baeck Institut New York | Berlin und sein weitreichender Nutzen für regionale Initiativen

Dicht an dicht reihen sich die sorgsam verwahrten Dokumente der Jacob Jacobson Sammlung aneinander, von denen einige bis 1671 zurückreichen. Auf knapp fünf laufenden Metern erstreckt sich ein wahrer Schatz für Genealogen, Historiker und Hobbyforscher. Schutzbriefe, Geburts- und Sterberegister, Heiratsurkunden, Mohelbücher, Protokolle und Finanzübersichten aus verschiedensten Regionen Deutschlands sind darin ebenso zu finden wie persönliche Briefe, Familienunterlagen, Notizen und Gedichte. Die im Leo Baeck Institut New York | Berlin konservierte Sammlung basiert auf den ehemaligen Beständen des Gesamtarchivs der Deutschen Juden, das Jacob Jacobson bis 1939 leitete, und bietet detaillierte Informationen zu regionalen jüdischen Gemeinden. Weitere Bestandteile des Gesamtarchivs der deutschen Juden lagern heute in den Central Archives for the History of the Jewish People in Jerusalem und im Centrum Judaicum in Berlin. Selbst unter der Kontrolle der Reichsstelle für Sippenforschung bemühte sich Jacob Jacobson um den Erhalt der einzigartigen Dokumente in seiner Sammlung. Einige davon begleiteten ihn 1943 sogar bei seiner Deportation nach Theresienstadt. Jacob Jacobson überlebte und folgte seiner Familie 1945 nach England. Im Leo Baeck Institut fand er eine intellektuelle Heimstätte und 1972, vier Jahre nach seinem Tod, wurde seine Sammlung dauerhaft dem Leo Baeck Institut New York | Berlin vermacht.

Zeitungen geben Einblick in das kulturelle Vermächtnis des nahezu vollständig zerstörten deutschsprachigen Judentums – bis in die kleinsten lokalen Gemeinden.

Das Leo Baeck Institut in New York entwickelte sich zum bedeutendsten Archiv für deutsch-jüdische Geschichte.

Fotos: Leo Baeck Institut

Die Jacob Jacobson Sammlung ist nur ein Beispiel für den einzigartigen Reichtum historisch bedeutsamer Sammlungen, die im Leo Baeck Institut New York | Berlin lagern. Die Institutsbibliothek beherbergt über 80 000 Bücher, die sich ausschließlich der deutsch-jüdischen Geschichte widmen. Vor der allgegenwärtigen Internetnutzung waren die hier gebündelten antiquarischen Bücher und moderne Sekundärliteratur zentrale Ressourcen zur Erforschung des deutschsprachigen Judentums. Und auch heute noch sind sie eine für Wissenschaftler unschätzbare Quelle zur Ermittlung des aktuellen Forschungsstandes. Hinzu kommen Hunderte seltener Zeitungen und Zeitschriften, stetig erweiterte Oral History Interviews, unveröffentlichte Tagebücher, Memoiren und Manuskripte, mehrere Tausend Kunstwerke, religiöse Objekte und Alltagsgegenstände sowie mehr als anderthalb Kilometer an Dokumenten und Zehntausende Fotos. Sie zeigen Personen, Orte und Begebenheiten, die anderweitig lediglich in der Erinnerung ihrer Zeitgenossen existieren würden und im Archiv nunmehr bereits Generationen überdauern.

Die vielschichtige Ausrichtung des Archivs, das in unvergleichlichem Umfang die Geschichte und Kultur des deutschsprachigen Judentums bis in die kleinsten lokalen Gemeinden hinein erfasst, begründet sich maßgeblich durch seine Sammlungsgeschichte.

Im Sommer 1955 beschloss eine Gruppe deutsch-jüdischer Intellektueller, das kulturelle Vermächtnis des nahezu vollständig zerstörten deutschsprachigen Judentums zu bewahren und ihm ein Denkmal zu setzen. Unter ihnen befanden sich namhafte Persönlichkeiten wie Martin Buber, Ernst Simon, Hannah Arendt, Robert Weltsch und Gershom Scholem. Das Institut entstand zeitgleich in den drei Zentren der Emigration, Jerusalem, London und New York, und wurde nach dem letzten großen »

» Vertreter des deutschsprachigen Judentums, dem Rabbiner Leo Baeck, benannt, der bis zu seinem Tod als dessen Präsident fungierte. In den nachfolgenden Jahrzehnten übernahmen die drei Niederlassungen des Leo Baeck Instituts trotz ihrer gemeinsamen Wurzeln äußerst unterschiedliche Aufgaben: In London entsteht inmitten eines akademischen Umfeldes seit 1956 das bescheiden als Jahrbuch bezeichnete Standardwerk zur deutsch-jüdischen Geschichte, das „Leo Baeck Institute Yearbook". Bis heute dienen die Räumlichkeiten in Jerusalem Forschenden als Orte des wissenschaftlichen Austausches, während sich die Institutsmitarbeiter als Mittler und Übersetzer zwischen deutsch-jüdischer Geschichte und israelischer Öffentlichkeit engagieren. Das ursprünglich kleinste Institut befand sich in New York und begann der Überlieferung nach in einer Schublade in Leonard Bernsteins Wohnung. Als diese rasch nicht mehr ausreichte, um die eintreffenden Archivalien zu beherbergen, wurde ein Anwesen in der 73ten Straße zur Verfügung gestellt, wo sich das Leo Baeck Institut New York | Berlin über die Jahre zum zentralen Ort der deutschsprachigen Diaspora und bedeutendsten Archiv für deutsch-jüdische Geschichte entwickelte. Dennoch drohte es alsbald aus allen Nähten zu platzen. Zur Jahrtausendwende wurde das Leo Baeck Institut New York | Berlin daher einer der Gründungspartner des Center for Jewish History. Bis heute ist die Sammlungstätigkeit des Archivs nicht abgeschlossen, denn weiterhin erreichen das Institut Anfragen von Kindern, Enkeln und Urenkeln, die die Nachlässe ihrer Vorfahren entdecken und das familiäre Erbe für die Nachwelt erhalten wollen.

Bis vor fünf Jahren standen die Bestände ausschließlich vor Ort zur Verfügung, entweder als Originale in New York oder auf Mikrofilm in der Archiv-Dependance im Jüdischen Museum Berlin, die anlässlich der Museumsgründung 2001 dort eingerichtet wurde. Um den Zugang zu den Archivalien zu erleichtern und zugleich die empfindlichen Originale zu schützen, wurden in einem für diese Archivgröße wohl einmaligen Kraftakt inzwischen über 3,5 Millionen Seiten aus den Beständen digitalisiert. Seit 2012 stehen sie der Öffentlichkeit weltweit in DigiBaeck zur Verfügung (www.lbi.org/digibaeck/). Im Rahmen einer Kooperation mit der Judaika-Abteilung der Universitätsbibliothek Frankfurt wurden mithilfe von DFG-Fördermitteln über 1.000 Monografien aus dem Sammelgebiet Wissenschaft des Judentums des Leo Baeck Instituts New York | Berlin in den Freimann-Katalog eingespeist und sind dort abrufbar. Momentan wird daran gearbeitet, digitalisierte Zeitschriften in beiden Häusern ebenfalls in einer gemeinsamen Plattform anzubieten und die Digitalisierung fortzusetzen. Im April 2017 folgte die Einrichtung des Edythe Griffinger Art Catalogue (www.lbi.org/artcatalog). Der Art Catalogue erfasst viele der bis dahin mit den gegebenen technischen Mitteln kaum darstellbaren Kunstwerke und dreidimensionalen Objekte der Sammlungen und erschließt diese bis dahin nahezu versteckten Schätze somit endlich einer breiteren Öffentlichkeit. Neben diesen vielfältigen und kostenfreien Recherchemöglichkeiten im Internet ist es natürlich weiterhin möglich, Anfragen direkt an die Archivare, Bibliothekare oder Genealogen am Leo Baeck Institut New York | Berlin zu richten, die den Forschenden gerne mit Rat und Tat unterstützend zur Seite stehen. ■

Fotos: Leo Baeck Institut

Das Leo Baeck Institut bewahrt mehr als 10.000 Fotos auf und hält so die Erinnerung an Personen, Orte und Begebenheiten wach.

Die Bestände des Instituts stehen der Öffentlichkeit seit 2012 im DigiBaeck auch online zur Verfügung.

Dr. Miriam Bistrovic ist Berlin Representative des Leo Baeck Instituts New York | Berlin.

Stefan Braun

Der Allgemeine Jüdische Arbeiterbund

Im Herbst 2017 haben Öffentlichkeit und Wissenschaft dem 100. Jahrestag der russischen Oktoberrevolution gedacht. Zwanzig Jahre vor der Revolution – noch ein Jahr vor der Konstituierung der russischen Sozialdemokratie als Partei (RSDAP) –, im Oktober 1897, wurde der Allgemeine jüdische Arbeiterbund von Litauen, Polen und Russland, oft auch nur kurz Bund genannt, gegründet. Er verstand sich explizit als Vertreter des jiddischsprachigen Proletariats und als säkulare, marxistische Partei im zaristischen Russland. Die Geschichte des Bundes war immer von diesem doppelten Vertretungsanspruch geprägt: Partei diskriminierter jüdischer Arbeiter zu sein.

Gerade in den Anfangsjahren war der Bund eine wichtige Stütze der russischen Sozialdemokratie. Der Bund organisierte den Gründungsparteitag der russischen sozialdemokratischen Partei im Jahre 1898 und im Jahr der Russischen Revolution von 1905, zählte der Bund 34.000, während die gesamte RDSAP nur 8.400 Mitglieder auf sich vereinigte. Jedoch sank die Mitgliederzahl der jüdischen Partei in der Phase der staatlichen Repression gegen die Arbeiterbewegung nach der Niederschlagung der Revolution auf nur 2.000.

Nach dieser Phase starker Unterdrückung erholte sich der Bund wieder. Während der Februarrevolution 1917 spielte er eine wichtige Rolle, wurde aber in den Jahren nach der Oktoberrevolution verboten. Das Zentrum bundistischer Aktivitäten verschob sich nun ins unabhängige Zwischenkriegspolen, wo der Bund eine der zentralen jüdischen Parteien war.

Anhand von fünf Feldern sollen zentrale Wegmarken der Geschichte des Bundes im Folgenden diskutiert werden.

Doikeyt und Antisemitismus

Neben dem erwähnten Kampf für Arbeiterrechte und soziale Gerechtigkeit, stritten die Bundisten gegen den grassierenden Antisemitismus und Antijudaismus. Eine Reihe von Pogromen führten 1903 zur Gründung einer bewaffneten Organisation zur Selbstverteidigung jüdischer Bürger. Kämpferischer Widerstand prägte die weitere Geschichte des Bundes. Auch im unabhängigen Polen führte der Bund Kampagnen gegen den wachsenden Antisemitismus seit Anfang der 1930er Jahre durch. Vor allem durch die Zusammenarbeit mit polnischen Sozialisten versuchte man diesem zu begegnen.

Foto: Wikimedia Commons

Ein Wahlposter der Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes aus Kiev von 1918. Die Überschrift lautet: „Wo wir leben, da ist unser Land!“ und gefordert wird „Eine demokratische Republik! Gleiche nationale und politische Rechte für Juden!“

Eng an die Frage des Antisemitismus, war die Frage nach der Zukunft des Judentums in Europa gekoppelt. In den ersten Jahren seines Bestehens entwickelte die Bewegung eine Antwort auf diese Frage, die dem zur gleichen Zeit konstituierenden modernen Zionismus gänzlich widersprach. Nicht auf eine Auswanderung setzte man seine Hoffnung, sondern betonte das Recht auf ein gleichberechtigtes Leben in den Siedlungsgebieten Europas, was die Bundisten später als *Doikeyt* (Hier-sein) bezeichneten. Die Forderung nach national-kultureller Autonomie war seit 1905 Bestandteil des Parteiprogramms. Ein jüdischer Antizionismus, den man nicht mit dem gegenwärtigen – häufig antisemitisch argumentierenden – Antizionismus vergleichen sollte, prägte die Ideologie des Bundes.

Interessanterweise verlor der Bund in den letzten Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg unter den polnischen Juden nicht an Unterstützung, sondern etablierte sich als die stärkste jüdische Partei. In den letzten Stadtparlamentswahlen konnte der Bund 1938/39 absolute Mehrheiten jüdischer Abgeordneter in Warschau, Lodz und weiteren Städten gewinnen. Scheinbar beantwortete ein gewichtiger Teil des polnischen Judentums den wachsenden Antisemitismus damit, die Partei der *Doikeyt* zu unterstützten.

Demokratie und Sozialismus

Der Allgemeine jüdische Arbeiterbund verstand sich als eine marxistische Partei und wollte eine neue Gesellschaftsordnung durchsetzen. Im Vergleich zur SPD war er, wohl auch aufgrund der anderen Bedingungen im Russischen Reich, radikaler. Wie die SPD befand sich der Bund in einem Spannungsfeld zwischen Unterstützung einer parlamentarischen Demokratie und einer sozialistischen Gesellschaftstransformation. Während der liberalen Februarrevolution war der Bund einer ihrer zentralen Pfeiler und arbeitete mit Liberalen zusammen an einer friedlichen Neukonstituierung Russlands. Die Oktoberrevolution spaltete den Bund. Für kurze Zeit existierte ein probolschewistischer Kombund, der schließlich in der kommunistischen Partei aufging. Der sozialdemokratische Bund wurde 1922 im kommunistischen Russland verboten. Auch im polnischen Bund gab es starke Sympathien für die Sowjetunion und die Partei schloss sich zunächst nicht der sozialdemokratischen Sozialistischen Internationalen an, aber ebenso wenig der Kommunistischen Internationalen. Im Gegensatz zum zaristischen Russland konnte der Bund im Zwischenkriegspolen erstmals an einem parlamentarischen »

Foto: Wikimedia Commons

Eine Demonstration von Bundisten, ca. 1917.

» System teilhaben. Trotz aller Hoffnung auf die sozialistische Revolution lässt sich diese Phase als eine Zeit der Integration des Bundes in parlamentarische Verfahrensweisen interpretieren. Auch stand der Bund, wie alle anderen damaligen sozialdemokratischen Parteien, im Zweifel auf der Seite der „bürgerlichen" Demokratie und versuchte diese gegen die autoritären Tendenzen in Polen zu verteidigen. Zum Beispiel boykottierten die Bundisten zusammen mit den polnischen Sozialisten die Sejm-Wahlen 1935, da die Opposition unter massiven Repressalien zu leiden hatte.

Mehr als eine Partei

Der Bund war mehr als nur eine politische Partei, sondern immer auch eine Bewegung. Eng verzahnt mit der politischen Partei waren von Beginn an die Gewerkschaften. Im zaristischen Russland, in dem der Bund keine umfassende Tätigkeit entfalten konnte, war der Streik ein wichtiges politisches Mittel. Vor allem im unabhängigen Polen konnte nun eine Vielzahl offen agierender Milieuorganisationen entstehen. Der *Sotsyalistisher Kinder Farband* und die *Tsukunft* organisierten Kinder und Jugendliche (1939: 12.000 Mitglieder). Frauen organisierten sich in der *Yidishe Arbeter-froyen Organizatsye*. Daneben wurde 1926 die Sportorganisation *Morgnshtern* gegründet (1939: 5.000 Mitglieder). Auch mit dem säkularen Schulsystem *Tsentrale Yidishe Shul Organizatsye*, deren 219 Schulen und Kindergärten von 24.000 Schülern besucht wurden, war der Bund war verbunden. Schließlich waren auch im unabhängigen Polen die Gewerkschaften der zentrale Rückhalt der Partei. Vor Beginn des Zweiten Weltkriegs gehörten ihnen 100.000 Mitglieder an. Im Vergleich dazu zählte die Partei im engeren Sinne 1939 wohl 20.000 Mitglieder.

Der Bund als internationale Bewegung

Ursprünglich wurde der Allgemeine jüdische Arbeiterbund als Partei der jüdischen Arbeiter im Zarenreich gegründet. Die Auswanderung zehntausender Juden aus Mittelosteuropa führten zu einer Transnationalisierung des Bundes. Bundistische Organisationen entstanden seit der Jahrhundertwende in Australien, Nord- und Lateinamerika und Westeuropa, darunter auch in Deutschland und in Rumänien sowie in Litauen bestanden eigenständige bundistische Parteien. Häufig existierten bundistische Organisationen für Jahrzehnte in diesen Ländern. In den USA spielten Bundisten in der *Socialist Party of America* eine wichtige Rolle. Verbunden war der Bund auch mit dem in New York verlegten jiddischsprachigen *Forverts*, dessen Auflage zwischen den Weltkriegen bei bis zu 275.000 Exemplaren lag. Während des Nationalsozialismus unterstützten diese Bundisten in den USA deutsche Sozialdemokraten bei der Emigration und ihren Aktivitäten im Exil.

Widerstand

Während des Zweiten Weltkriegs organisierte der Bund Widerstand gegen die deutschen Vernichtungspläne: Zunächst indem man versuchte ein illegales Parteileben aufrecht zu erhalten und später indem man am bewaffneten Widerstand teilnahm. Zum Beispiel waren einige bundistische Gruppen, angeführt von Marek Edelman, am Aufstand des Warschauer Ghettos im April/Mai 1943 beteiligt. Auch in vielen anderen Ghettos oder als Partisanen kämpften Bundisten gegen das Deutsche Reich. Ein Ausdruck der Hilflosigkeit und ein Appell an die Welt war der Selbstmord des Vertreters des Bundes im polnischen Exil, Arthur Zygielbojm, kurz nach der Niederschlagung des Aufstandes in Warschau im Mai 1943.

Die Ermordung des jüdischen Volkes und die Zerstörung der jiddischen Kultur in Europa raubte dem Bund die Existenzgrundlage. Einige Überlebende versuchten an die Vorkriegstradition anzuschließen, doch war im nun kommunistischen Polen kein Platz mehr für sie. In den 1940er Jahren wurde ein Weltkoordinierungskomitee für die nun auf der gesamten Welt verstreut lebenden Bundisten gegründet. Auch zählten Bundisten zu den ersten, die sich für die Rehabilitierung deutscher Sozialdemokraten auf internationaler sozialdemokratischer Bühne einsetzen. Lange Zeit existierten in vielen Ländern der jüdischen Diaspora, aber auch in Israel, bundistische Organisationen. Eine generationelle Verjüngung gelang aber nach der Vernichtung der jiddischen Kultur in Europa weitestgehend nicht und in vielen Ländern gingen die bundistische Organisationen ein. Andererseits leben im amerikanischen Arbeiterring, dem französischen *Centre Medem* oder dem australischen *Jewish Bund* ihre Tradition noch heute fort.

Die Geschichte des Allgemeinen jüdischen Arbeiterbundes drückt die gesamte Hoffnung auf eine bessere Zukunft und all die Tragik der Geschichte der europäischen Juden im 20. Jahrhundert aus. Zum 120. Jubiläum des Bundes im Herbst 2017 gilt es dieser Hoffnung und seinen Erfolgen als Streiter für Arbeiter, Demokratie und Gleichberechtigung der Juden zu erinnern. Aber ebenso an seine jähe Vernichtung als Teil der Ermordung des europäischen Judentums. ■

Stefan Braun hat Geschichte und Ev. Theologie an der Ruhr-Universität Bochum studiert und ist Mitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Friedhelm Boll

Das vergessene NS-Massaker von Maillé in Frankreich am 25. August 1944

Versöhnungsarbeit von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. in Frankreich

In der französischen Gemeinde Maillé bei Tours (Mittelfrankreich) fand am 25. August 1944 ein schreckliches Massaker statt. Anlass war eine Schießerei zwischen französischen Widerstandskämpfern und der deutschen Wehrmacht im Wald von Maillé. Das Dorf war völlig unbeteiligt an diesem Konflikt. Man weiß nicht einmal, ob und wer dabei zu Schaden kam. Dennoch nahm eine Division der Waffen-SS blutige Rache. Während die Wehrmacht alle Zugänge nach Maillé absperrte, kämmte eine Einheit der Waffen-SS sukzessive die Häuser des Dorfes durch, brachte Menschen und Tiere auf grausame Weise um und steckte die Häuser in Brand. Danach wurde das Dorf mit 80 Mörsergranaten bombardiert, sodass nur acht von 60 Häusern unversehrt blieben.

Foto: Friedhelm Boll

Nur 150 km vom bekannten Oradour-sur-Glane entfernt, wohnen die Gesandtschaften aus den beiden Dörfern sowie weiterer Opferverbände der Gedenkveranstaltung in Maillé bei.

Warum traf es gerade das 627-Seelen-Dorf Maillé, in dem es weder kriegswichtige Einrichtungen noch einen aktiven Widerstand gab? Das Dorf am südlichen Rand der Touraine in Mittelfrankreich liegt unmittelbar an der für die deutschen Truppen zentralen Achse von Paris nach Bordeaux. Sowohl die damalige Route Nationale N10 wie auch die entsprechende Eisenbahn führten durch das Dorfgebiet. Heute sind dies die berühmte TGV-Strecke Paris–Bordeaux sowie die Autobahn A10. Diese zentrale Nord-Süd-Verbindung war auch der Grund, weshalb Maillé seit 1940 zum von der Wehrmacht besetzten Gebiet Frankreichs gehörte. Die Bevölkerung hatte sich, wie Zeitzeugen betonen, an die ständige Anwesenheit der deutschen Soldaten gewöhnt, wobei die Offiziere in Bauernhöfen einquartiert waren, während die Soldaten Baracken errichteten. Die Wehrmacht hatte hier die Aufgabe, die Grenzen zum freien Frankreich (zone libre) der Vichy-Regierung zu überwachen und die beiden Verbindungsadern (Straße und Eisenbahn) zu sichern. Im August 1944 hatten die Aktivitäten des französischen Widerstands stark zugenommen. Die deutsche wie die französische Seite wussten, dass sich die Wehrmacht mit den erfolgreichen Landungen der Alliierten in der Normandie (6. Juni 1944) und an der Côte d'Azur (15. August 1944) in Richtung des Reichsgebiets zurückziehen musste, wobei die Achse Bordeaux–Paris zur wichtigsten Rückzugsachse wurde. Diese nutzten der französische Widerstand wie auch die alliierten Bomber zu ständigen Angriffen auf die zurückflutenden Wehrmachtseinheiten. Das Massaker reiht sich dabei in eine lange Reihe von Vergeltungsmaßnahmen in Frankreich ein, mit denen sich die SS (nicht selten mit Unterstützung der Wehrmacht) im letzten Kriegsjahr an den Franzosen rächte.

Bis heute ist nicht eindeutig geklärt, welche Einheit das Massaker verübte. Laut dem Militärhistoriker Peter Lieb deutet jedoch vieles darauf hin, dass es sich um das Feldersatz-Bataillon der 17. SS-Panzergrenadier-Division Götz von Berlichingen handelte. Die Einheit bestand zu einem sehr großen Teil aus blutjungen Rekruten (ab 16 Jahre alt) und veranstaltete eine regelrechte Menschenjagd.

Manche Einwohner überlebten, weil sie sich rechtzeitig verstecken oder in die Felder flüchten konnten. Aber alle erlebten schreckliche Szenen der Ermordung. Meist wurden die Opfer (nicht selten vor den Augen der Kinder) erschossen, andere mit Handgranaten aus ihren Verstecken getrieben, mit Flammenwerfern verbrannt, wieder anderen wurde die Kehle durchgeschnitten. Kleinen Kindern wurde manchmal die gesamte Schädeldecke weggesprengt, während Leichen mit Phosphor überschüttet und verbrannt wurden, sodass sie nicht wiedererkannt werden konnten. Insgesamt 124 zivile Bewohner (42 Frauen, 44 Kinder und 38 Männer) im Alter von drei Monaten bis 89 Jahren wurden umgebracht. Die Überlebenden wurden jahrelang von grausamsten Erinnerungen geplagt.

Das Massaker von Maillé wurde später fast völlig vergessen. Zwar verurteilte 1952 ein französisches Gericht den mutmaßlichen Anführer, Leutnant Gustav Schlüter, zum Tode, doch danach fanden zunächst keine weiteren Nachforschungen mehr statt. Nachdem französische Historiker und Medien Recherchen über das Massaker an- »

» gestellt hatten, wurde der Fall durch die Dortmunder Staatsanwaltschaft 2005 wieder eröffnet. Auch nach Ansicht des ermittelnden Staatsanwalts Ulrich Maaß gehörten die Täter mit größter Wahrscheinlichkeit der 17. SS-Panzergrenadier-Division an. Maaß konnte die Namen von drei potenziellen Verantwortlichen ermitteln. Zwei davon waren bereits verstorben, das Schicksal des Dritten ist bis heute ungeklärt. Am 16. Januar 2017 stellte die Dortmunder Staatsanwaltschaft die Ermittlungen ein.

Vier Jahrzehnte lang fanden weder überregionale Gedenkfeiern noch eine genaue historische Aufarbeitung des Geschehens statt. Im Gegensatz zu dem bekannten Ort Oradour-sur-Glane, wo die Ruinen des vernichteten Dorfes bis heute als Mahnmal stehen blieben, brach die SS die Aktion in Maillé mittags ab, sodass ein Teil des Dorfes verschont blieb. Die Überlebenden wie auch die Departementverwaltung beschlossen, das Dorf rasch wieder aufzubauen. Auch diese Maßnahme trug zum Vergessen der Mordtaten bei.

Das kollektive Vergessen gründet jedoch auch darin, dass der Tag des Massakers mit dem Tag der Befreiung von Paris zusammenfiel, wo der 25. August 1944 bis heute als Freudentag gilt. Im nationalen Gedächtnis Frankreichs gab es somit keinen Platz für die Trauer, die sich jahrzehntelang über Maillé legte. Heute gilt Maillé als das zweitgrößte Naziverbrechen gegen Zivilpersonen in Frankreich.

Maillé hat bisher praktisch keinen offiziellen Besuch von deutscher Seite erhalten. Zwar reisten Ermittler aus Dortmund 2008 für die Befragung von Zeugen nach Maillé. Im gleichen Jahr gehörte auch der deutsche Botschafter zur Begleitung des französischen Staatspräsidenten, als dieser in Maillé ein kleines Gedenkmuseum eröffnete. Aber die Kranzniederlegung eines deutschen Diplomaten ist zu wenig. Der gesamte Ort, besonders jedoch die betroffenen Überlebenden warten noch immer auf eine Geste des Bedauerns, des Schuldeingeständnisses oder der Scham von deutscher Seite. Eine Rede, wie sie Bundespräsident Gauck 2013 in Oradour hielt, täte hier sehr gut. Gerade hierin vergleicht sich Maillé häufig mit Oradour, das nur 150 Kilometer weiter südlich liegt. Bei den Gedenkfeiern besuchen alle betroffenen Ortschaften ebenso wie die Opferverbände einander, so dass Maillé stets darüber informiert war, was in anderen Orten getan wurde.

Den Besuch Joachim Gaucks in Oradour, der auch in den deutschen Medien große Beachtung fand, erlebten Bürgermeister Eliaume und seine Delegation aus Maillé unmittelbar mit. Die Fürsorge, mit der Gauck die letzten Überlebenden von Oradour behandelte, sowie seine Rede haben die Vertreter von Maillé tief bewegt. Sie recherchierten Gaucks Biografie und stießen darauf, dass er vor seiner Wahl zum Bundespräsidenten neun Jahre lang Vorsitzender der Vereinigung Gegen Vergessen – Für Demokratie war. Daher luden sie den Vorstand unseres Vereins ein, an der diesjährigen Gedenkfeier in Maillé teilzunehmen und sich am Gespräch mit den Überlebenden zu beteiligen. Als Vorstandsmitglied und langjähriges Mitglied der Internationalen Katholischen Friedensbewegung Pax Christi übernahm ich diese Aufgabe gern. So kam es, dass am 25. August 2017 erstmals zwei Blumengebinde von deutschen zivilgesellschaftlichen Vereinigungen in Maillé niedergelegt werden konnten.

Der Bürgermeister von Oradour brachte mir gegenüber den Besuch Joachim Gaucks in etwa auf die Formel: „Jetzt haben wir es geschafft, wir sind in der Seele des deutschen Volkes angekommen." Eine vergleichbare Geste gegenüber Maillé wäre für die deren Opfergemeinschaft von großer Bedeutung.

Vorsitzender dieser Gemeinschaft und Zeitzeuge des Massakers ist Serge Martin, der als zehnjähriger Junge überlebte, weil er mit seinem Großvater im Nachbardorf Feldarbeit leistete. Drei Geschwister und seine Eltern wurden Opfer der Deutschen. Seit 2002, als Martin Vorsitzender der Opfergemeinschaft wurde, unternimmt er mit großem Engagement Zeitzeugenarbeit sowohl in Schulen, im Radio als auch in der Gedenkstätte seines Dorfes. Besonders am Herzen liegt ihm die deutsch-französische Aussöhnung. Daher wirkt er intensiv an Begegnungsprogrammen seines Dorfes mit. Besonders zu erwähnen ist ein Projekt, bei dem seit vielen Jahren gefährdete oder straffällig gewordenen junge Erwachsene aus Deutschland und Frankreich miteinander Aufbauprojekte in Maillé durchführen. Die hervorragende Versöhnungsarbeit von Serge Martin, des Bürgermeisters Bernard Eliaume und des kleinen Teams des Gedenkmuseums im Maison du Souvenir sollte breite Unterstützung in Deutschland finden. Ich wurde am 25. August 2017 überaus herzlich empfangen und wie ein Ehrengast behandelt. Die Friedrich-Ebert-Stiftung und Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. haben den Zeitzeugen Serge Martin Ende Januar 2018 nach Deutschland eingeladen und zwei Veranstaltungen mit ihm in Bonn und Berlin durchgeführt. Zu hoffen ist, dass er nun häufiger nach Deutschland eingeladen wird und auf diese Weise seine Versöhnungsarbeit weiterführen kann. ■

Prof. Dr. Friedhelm Boll ist Vorstandsmitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Weiterführende Literatur und Informationen zum Thema:

Abbé André Payon:
Maillé. Martyrium eines Dorfes.
Maison du Souvenir, Maillé 2008,15 €

Peter Lieb:
Konventioneller Krieg oder NS-Weltanschauungskrieg? Kriegführung und Partisanenbekämpfung in Frankreich 1943/44.
Oldenbourg Verlag, München 2007
ISBN 978-3-486-57992-5, 54,95 €

Jean-Louis Chedozeau:
Mira: es wird schön … morgen
Verlag an der Lethe, 2009
ISBN 978-3-9814139-7-7, 9,50 €

Peter Lieb:
„Die Ausführung der Maßnahme hielt sich anscheinend nicht im Rahmen der gegebenen Weisung". Die Suche nach Hergang, Tätern und Motiven des Massakers von Maillé am 25. August 1944.
In: Militärgeschichtliche Zeitschrift 68 (2009), S. 345–378.

Zudem wurde ein Dokumentarfilm in französischer Sprache über Maillé produziert, der konstenlos verfügbar ist:
Maillé, un crime sans assassin,
online unter:
www.dailymotion.com/video/xji3h8

Bernd Faulenbach

Europäische Demokratiegeschichte als Desiderat

I.

Während die politische Entwicklung Europas in den vergangenen Jahren Rückschläge erlitten hat, ist das wissenschaftliche Interesse an der europäischen Geschichte – nimmt man die Publikationen als Maßstab – ungebrochen. Dies lässt die Frage entstehen, inwieweit sich dabei ein europäisches Narrativ abzeichnet, das Bild einer gemeinsamen Geschichte.

Die ausgesprochen vielfältige, durchweg ungleichzeitige europäische Geschichte ist nur sehr schwer in ein einheitliches europäisches Narrativ zu pressen, das übernationale Zustimmung finden könnte. Immer noch ist eine Geschichtssicht verbreitet, die Europa als Addition von Nationalgeschichten betrachtet, was jedoch unbefriedigend ist. Neben den Nationalstaaten gab es – auch in der Neuzeit – andere Akteure, und neben nationalen Besonderheiten sind vielfältige Gemeinsamkeiten und Parallelen – wenn auch teilweise zeitlich gegeneinander verschoben – unübersehbar. Einige Historiker versuchen den Blick für die Epochen, das Besondere und das Gemeinsame zu verbinden. Ein genialer, noch heute lesenswerter Versuch dieser Art ist Eugen Rosenstock-Huessys Buch „Die europäischen Revolutionen", das in der ersten Auflage 1930 erschien. Es ist zweifellos schon viel erreicht, wenn bezogen auf wichtige Fragen Europa in den Blick kommt. Eine bedeutsame Frage ist dabei die nach der Herausbildung und Entwicklung der Demokratie in Europa. Gerade die gegenwärtige Konstellation lässt diese Frage dringlich erscheinen. Welchen Werten die Demokratie verpflichtet ist, scheint keineswegs nur zwischen den Ländern, sondern auch in den Gesellschaften strittig zu sein.

II.

Demokratiegeschichte wird eher selten im europäischen Zusammenhang gesehen. Selbst in dem sehenswerten, freilich in mancher Hinsicht auch kritikbedürftigen Haus der europäischen Geschichte im Europaviertel in Brüssel bildet die Demokratiegeschichte keine durchgängige Perspektive – vielleicht auch, weil sie nur schwer museal präsentierbar ist (was selbst für die Dokumentation durch Fotos gilt).

Sicherlich zu Recht bilden die totalitären Systeme in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts einen der Schwerpunkte des Hauses, wenn auch – en passant gesagt – die Parallelisierung von NS-System und stalinistischer Herrschaft zu weit geht, der Holocaust als europäisches Geschehen zu wenig in den Blick kommt und selbst der Archipel Gulag unterbelichtet bleibt. Doch als Folie für die Begründung von Demokratie können die Diktaturen verschiedener Provenienz selbstverständlich dienen.

Zwar kommt der ökonomisch-soziale Wandel teilweise in den Blick, doch werden die politischen Bewegungen, die auf Partizipation und Demokratie zielten, ebenso wenig ins Zentrum gerückt wie der Prozess der Verfassungsgeschichte oder der wachsende Einfluss der Parlamente. Zwar werden die Veränderungen Anfang der 1830er-Jahre im Anschluss an die Julirevolution in verschiedenen europäischen Staaten genannt, doch wird merkwürdigerweise etwa die Revolution von 1848/49 – zweifellos ein europäisches Geschehen – trotz der national unterschiedlichen Problemlagen nicht wirklich aufgegriffen. Keine Frage aber, dass es einen übernationalen Zusammenhang gab. Ähnliches lässt sich im Hinblick auf die europäische »

Eindruck aus der Ausstellung im Haus der europäischen Geschichte in Brüssel.

Fotos: Europäisches Parlament/Dominique Hommel

Fotos: Europäisches Parlament/Dominique Hommel

Eindruck aus der Ausstellung im Haus der europäischen Geschichte in Brüssel.

» Arbeiterbewegung und andere demokratiegeschichtlich bedeutsame Phänomene sagen.

III.

Von den drei Schüben des Vordringens von Demokratie in Europa im 20. Jahrhundert wird in Brüssel – teilweise revolutionäre – Durchsetzung von Demokratie und Parlamentarismus nach dem Ersten Weltkrieg eindrucksvoll dokumentiert, weniger der zweite Schub nach dem Zweiten Weltkrieg, der kaum auf Massenhandeln basierte, wohl aber der von 1989, bei dem die Gleichzeitigkeit der Umwälzungen gezeigt wird.

Dagegen bleibt weitgehend ausgeblendet, warum die nach dem Ersten Weltkrieg etablierten parlamentarischen Demokratien schon sehr bald in die Krise gerieten und zu Beginn des Zweiten Weltkriegs nur noch ganz wenige Demokratien übrig geblieben waren. Strukturelle Mängel (schwache, instabile Regierungen, Vielparteiensysteme und anderes), Nationalismus, Antiparlamentarismus, Illiberalismus und antidemokratische Bewegungen wären hier anzuführen. Nach dem Zweiten Weltkrieg verliefen die Demokratieentwicklungen, insgesamt gesehen, ungleich positiver, was auf verschiedene Faktoren – auch auf die ökonomisch-gesellschaftliche Entwicklung – zurückzuführen ist und in Brüssel nur unzureichend mit der demokratischen Entwicklung in Beziehung gesetzt wird. Ob dabei auf strukturelle Probleme und Krisen hinreichend eingegangen wird, wäre zu diskutieren.

1989–91 schien sich Demokratie global durchzusetzen, doch war Anfang der 1990er-Jahre nicht das Ende der Geschichte erreicht. Demokratiegeschichtlich bildet 1989 für Europa – so müssen wir heute feststellen – nur eine Etappe, sodass die Geschichte auch in dieser Hinsicht als offen erscheint, worüber in Europa – auch aufgrund der Anstöße des französischen Präsidenten Macron – erneut zu reden ist.

Viele Fragen europäischer Demokratiegeschichte sind noch zu beantworten. Eine über den einzelnen Nationalstaat hinausreichende Perspektive erscheint ebenso sinnvoll wie binationale „dialogische" Projekte, die Entwicklungen in zwei Ländern in den Blick nehmen. Möglich sind diese nicht nur auf der Ebene der Wissenschaftler, sondern auch auf der der Zivilgesellschaften.

IV.

Gegenwärtige Krisenerscheinungen in Europa machen deutlich, dass, anders als meist angenommen, der europäische Wertekonsens keineswegs unstrittig ist, wie auch Heinrich August Winklers jüngstes Buch „Zerbricht der Westen?" erkennen lässt. Über das, was wir als Demokratie bezeichnen, müssen wir in Europa Diskurse führen. Bedeutsam ist etwa die Frage, in welchem Verhältnis diese Demokratien zu Europa stehen sollen. Sollen die Nationalstaaten der eigentliche Souverän bleiben? Dabei geht es nicht nur um den Grad der anzustrebenden Integration, sondern auch um die Ermöglichung von Demokratie.

Es stellt sich die Frage: Wie kann in Europa – das ein riesiger Staatenverbund ist – Demokratie verwirklicht werden, die nicht als Fremdbestimmung empfunden wird und Machtkontrolle sowie Rechts- und Sozialstaatlichkeit ermöglicht? Dass die USA dafür kein Modell abgeben, ist offensichtlich. Vermutlich bleibt die Europäische Union ein Staatenverbund besonderer Art. Will dieser sich politisch weiterentwickeln, braucht er nicht zuletzt eine realistische Diskussion darüber, auf welche Weise „mehr Demokratie" gewagt werden kann.

Einerseits ist dabei der politischen kulturellen Vielfalt, die Ergebnis einer langen Geschichte ist, Rechnung zu tragen, andererseits doch eine Vereinheitlichung anzustreben, die z.B. jedem Wähler das gleiche Gewicht beimisst. Vor dem Hintergrund weltpolitischer Veränderungen werden die Europäer mehr Sinn für Gemeinsamkeiten entwickeln müssen, was zunächst einmal eine Kommunikationsaufgabe ist. ■

Prof. Dr. Bernd Faulenbach ist Vorsitzender von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

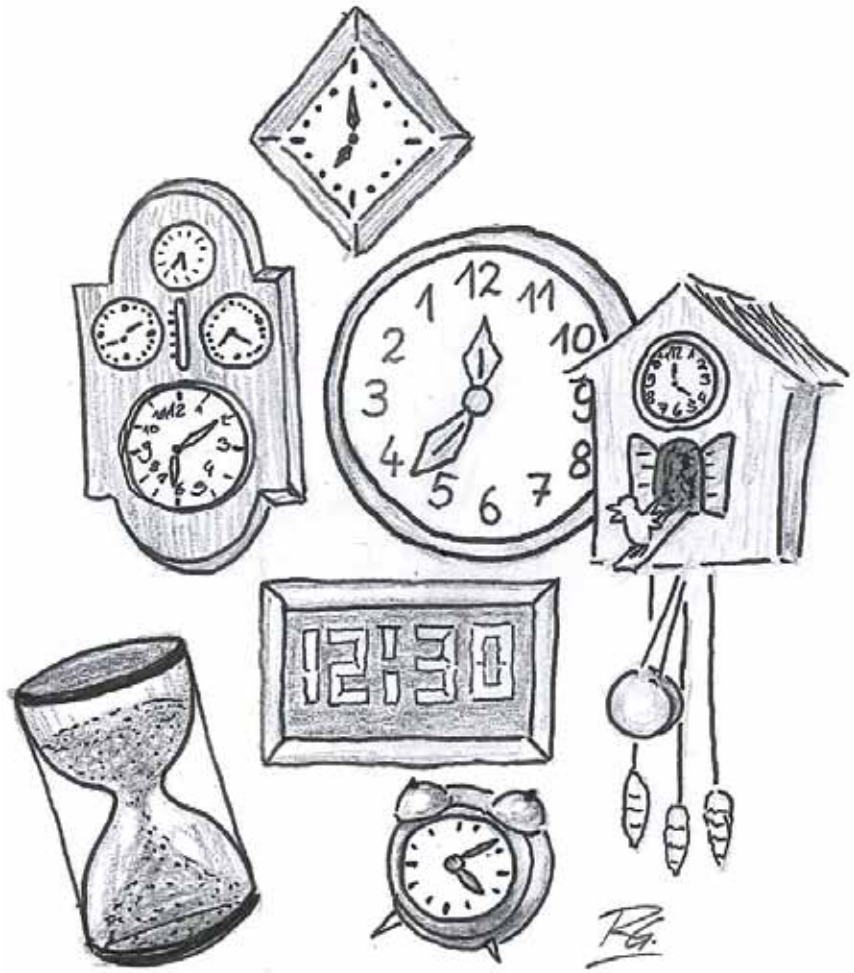
Ramzi Ghandour

Was wäre eigentlich, wenn …?

Ein Essay über Wahrsager, Zeitreisende und Präventionisten

Was halten Sie eigentlich von Zeitreisen? Denken Sie, dass Menschen in näherer oder fernerer Zukunft mittels Zeitmaschinen durch die Epochen werden reisen können? Falls ja, wohin – oder besser – nach wann würden Sie reisen? Hätten Sie beispielsweise Lust, Sokrates und Platon bei einem Spaziergang zum Marktplatz von Athen zu begleiten, oder wäre Ihnen eher danach, an der Seite Marco Polos die Seidenstraße zu erkunden? Vielleicht sind Sie aber auch eher jemand, der mit seiner Zeitmaschine im Berlin der 1920er Jahre landen würde (wohin Sie übrigens, laut einer spontan durchgeführten Umfrage in der Geschäftsstelle, mindestens fünf meiner Kollegen gern begleiten würden)? Natürlich könnte man auch in die Zukunft reisen, um mal nachzuschauen, ob sich die Welt nach der Präsidentschaft Donald Trumps weiterdrehen oder der Klimawandel München oder Stuttgart zu tropischen Hafenstädten machen wird.

Aber im Ernst: Als Menschen treffen wir permanent Entscheidungen, die in ihrer Wirkung auf eine Zukunft ausgerichtet sind, von der wir noch gar nicht wissen, ob sie so eintreten wird, wie wir uns das vorstellen. Ob wir den nächsten Sommerurlaub planen oder einen Bausparvertrag abschließen: Ständig gehen wir mit dem Schicksal Wetten ein. Wir wetten ebenso auf gutes Wetter wie auf den Fortbestand unseres Arbeitsverhältnisses, unserer Freundschaften und natürlich unseres irdischen Lebens. Doch was, wenn wir in unseren Erwartungen einmal falsch liegen? Was, wenn nicht eintritt, womit wir doch so felsenfest gerechnet hatten, oder wir verlieren, was wir für selbstverständlich hielten? Bezogen auf das Beispiel vom Sommerurlaub wären die Folgen überschaubar. Allerdings sieht die Sache anders aus, wenn man von einem Tag auf den anderen den Job oder einen Freund verliert – vom plötzlichen Lebensende mal ganz abgesehen.



Zeichnung: Ramzi Ghandour

Was haben diese theoretischen Gedanken nun aber mit unserer praktischen Arbeit bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. zu tun? Wahrscheinlich mehr, als man im ersten Moment annehmen würde. Sicher wissen Sie bereits, worauf ich hinaus will. Mir geht es um den Begriff der „Prävention". Laut der bekanntesten Online-Enzyklopädie bezeichnet dieses Wort „Maßnahmen zur Abwendung von unerwünschten Ereignissen oder Zuständen, die mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit eintreffen könnten, wenn nichts getan würde" und kann in so gut wie jedem Zusammenhang verwendet werden. Ob als Karies- oder Krebsprävention, Burnout-, Drogen-, Extremismus- oder Gewaltprävention. Überall wird „Gefahrenabwehr" betrieben und „verhütet" (zwei interessante Alternativbegriffe, die einem die bereits genannte Internetseite anbietet). Bei uns wird der Begriff vor allem im Zusammenhang mit den beiden Themen „Rechtsextremismus" und „islamisch begründeter Extremismus" verwendet. Doch was heißt es, wenn Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Projekte zur Prävention dieser beiden Extremismusformen umsetzt? Welchen Zustand wollen wir verhindern? Und wie stellen wir dies konkret an? »

» Keine Sorge. Ich habe nicht vor, die gesamte Präventionsstrategie unseres Vereins in den wenigen verbleibenden Zeilen darzustellen. Stattdessen geht es mir darum, Sie auf ein Grundproblem unserer Arbeit aufmerksam zu machen. Prävention ist im Grunde immer pessimistisch. Sie wird nicht betrieben, um einen wünschenswerten Zustand herzustellen, sondern um einen negativen zu vermeiden. Wir sollen vor Radikalisierung und Extremismus schützen, statt für Demokratie und Offenheit zu werben. Wahrscheinlich möchten Sie mir jetzt entgegnen, dass dies doch zwei Seiten einer Medaille sind. Und ich würde Ihnen nicht einmal widersprechen. Natürlich wirkt Demokratiebildung (zumindest sollte sie es) gegenüber menschen- und demokratiefeindlichen Ideologien präventiv. Wer fest auf dem Boden des Grundgesetzes steht, schließt sich von heute auf morgen keiner extremistischen Vereinigung an, deren Ziel es ist, die Bundesrepublik abzuschaffen. Und doch würde ich zu bedenken geben, dass es in der praktischen Arbeit einen Unterschied macht, ob man sein Gegenüber als potenziellen Terroristen oder potenziellen Demokraten betrachtet. Vielmehr sogar noch, wenn wir es mit „noch nicht" – man beachte die pessimistische Perspektive – radikalisierten Personen oder deren Familien und Freunden zu tun haben. Die Sorge vor weiteren „Ansteckungen" schwingt bei vielen professionellen Präventionisten mit. Und all das genau deshalb, weil wir eben nicht zeitreisen und daher nie sicher vorhersagen können, wie sich ein Mensch entwickeln wird.

Doch was bedeutet diese Einsicht für die ganz praktische Arbeit gegen menschen- und demokratiefeindliche Einstellungen? Zunächst einmal ist es fundamental wichtig, genau zu definieren, welchen Zustand man verhindern will. Daran schließt direkt die Frage an, wie wahrscheinlich es ist, dass die prognostizierte Entwicklung tatsächlich eintritt. Mit anderen Worten: Als Erstes muss es immer darum gehen, sein Ziel möglichst präzise zu bestimmen. Als Zweites darum, die konkrete Lage vor Ort ebenso sorgfältig zu analysieren. Dabei müssen wir versuchen, genau zu verstehen, welchen positiven wie negativen Einflüssen die jeweilige Person oder Personengruppe ausgesetzt ist. Nur durch diesen relativ aufwendigen Prozess der „Diagnose" (wenn man bei diesem medizinischen Vokabular bleiben will) wird es möglich sein, zum eigentlichen Problem vorzustoßen statt sich in ideologischen Debatten und groben Verallgemeinerungen zu verfangen. Erst danach lassen sich die richtigen, also zum Einzelfall passenden Maßnahmen bestimmen. Eine zu massive oder falsch geleitete Intervention kann im Extremfall zu ebenso unerwünschten „Nebenwirkungen" führen oder gar den befürchteten Prozess erst in Gang setzen.

Dass dieser Erkenntnisprozess – auch unter relativen „Neulingen" in der Präventionslandschaft – allmählich Früchte zu tragen beginnt, bewies am 24. Oktober 2017 eine Tagung, die sich unter dem Titel „Extremismusprävention & was sie für Muslime bedeutet" damit beschäftigte, welchen Beitrag muslimische Organisationen in der Auseinandersetzung mit islamisch begründetem Extremismus leisten könnten. Dieser Veranstaltung wurde vom „Präventionsnetzwerk gegen religiös begründeten Extremismus" (ein Kooperationsprojekt der „Türkischen Gemeinde in Deutschland", Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. und vier muslimischen Dachverbänden) organisiert und ausgerichtet. Die Teilnehmenden diskutierten ausführlich über die Potenziale, aber auch die Risiken und Probleme, die mit einer staatlich geförderten Präventionsförderung für muslimische Träger einhergehen. Da es mir hier an Platz fehlt, auf all diese spannenden Punkte einzugehen, verweise ich an dieser Stelle auf die bald erscheinende Tagungsdokumentation, in der die einzelnen Fragestellungen in aller Ausführlichkeit behandeln werden.

Oh, da ist es schon wieder passiert: Zwei Aussagen über die Zukunft, und das in einem einzigen Satz. Na ja, lassen Sie die Zeitmaschine besser trotzdem in der Garage. Die Dokumentation kommt bestimmt. Das heißt, wenn Sie gerade auf dem Sprung sein sollten, wie wär's, wenn Sie mir die nächsten Lottozahlen mitbringen? ■

Ramzi Ghandour ist Wissenschaftlicher Referent bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. und einer der Koordinatoren des „Präventionsnetzwerks gegen religiös begründeten Extremismus". Informationen zu diesem Projekt, der Fachtagung „Extremismusprävention & was sie für Muslime bedeutet" sowie zu den Aktivitäten der Projektpartner finden Sie unter www.praeventionsnetzwerk.org.

Anzeige

Julia Wolrab

Mitgliederversammlung und Preisverleihungen in Hannover 2018

Am 25. November 2017 fand die Mitgliederversammlung von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. im Regionshaus der Region Hannover statt. Michael Dette, stellvertretender Regionspräsident der Region Hannover, begrüßte die Mitglieder und bedankte sich für das herausragende Engagement des Vereins. Die Erinnerungsarbeit stelle auch für die Region Hannover eine wichtige Aufgabe dar. Die Gedenkstätte Ahlem, die am Sonntag von den Mitgliedern besucht werden konnte, sei dafür nur ein Beispiel.

Prof. Dr. Bernd Faulenbach hob im Bericht des Vorsitzenden die großen Herausforderungen hervor, die auf Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. vor dem Hintergrund des erstarkenden militanten Nationalismus und Populismus noch zukommen würden. Mit 480 Veranstaltungen im Jahr, zahlreichen Projekten und vielen engagierten Mitgliedern habe sich die Vereinigung auch in diesem Jahr Strömungen entgegengestellt, die demokratische Grundsätze ablehnen.

Einen Höhepunkt der Mitgliederversammlung in Hannover bildete der Besuch des Ehrenvorsitzenden und Bundespräsidenten a. D. Joachim Gauck. Er warb für ein stolzes und selbstbewusstes Eintreten für demokratische Werte und betonte, dass die Fähigkeit zum Guten die Fähigkeit zum Bösen in dieser gefestigten Demokratie überwinden würde. Gegen Vergessen heiße deshalb auch, nicht zu vergessen, wie aus tiefstem Unrecht eine überaus stabile, rechtsstaatlich geformte Demokratie erwachsen sei und was diese der Gesellschaft ermögliche. Um in Zukunft noch mehr Menschen eine Alternative zu nationalen und rechtspopulistischen Antworten geben zu können, bedürfe es schließlich der Bereitschaft, sich neue Formen von Sprache und Kommunikation anzueignen, im Sinne einer „erhellenden Vereinfachung".

Am Nachmittag folgte mit einem inhaltlichen Impuls durch Prof. Dr. Dierk Borstel von der Fachhochschule Dortmund eine Diskussion über die Frage, welchen Beitrag die Vereinigung zur Stärkung der Demokratie leisten könne und müsse. Borstel plädierte dafür, unbewusste Hürden der Bürgerlichkeit abzubauen, die es bestimmten Menschen erschwere, an Themen und Diskussionen in der Gesellschaft teilzuhaben. Darüber hinaus sieht Borstel eine Stärke darin, aus einer neuen, aufsuchenden und wertschätzenden Haltung heraus den Menschen zuzuhören und sie in ihren Fragen und Belangen ernst zu nehmen. Dazu gehöre auch, sich immer wieder selbstkritisch zu hinterfragen und statische Denkmuster von „Wir sind die Guten – die anderen die Bösen" aufzubrechen.

Prof. Dr. Dierk Borstel sprach über den Beitrag der Vereinigung zur Stärkung der Demokratie.

Fotos: Harry Soremski

Der Ehrenvorsitzende Joachim Gauck warb für ein selbstbewusstes Eintreten für demokratische Werte.

Im Rahmen der Sitzung der Sprecherinnen und Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppen am Vorabend der Mitgliederversammlung wurden Ernst Klein und Andreas Dickerboom für ein weiteres Jahr im Amt der RAG-Gesamtsprecher bestätigt.

Preisverleihung Waltraud-Netzer-Jugendpreis

Das Projekt „überLAGERt" des Landesjugendrings Brandenburg e.V. wurde in Hannover mit dem Waltraud-Netzer-Jugendpreis ausgezeichnet. Damit würdigt der Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie das besondere Engagement von etwa 40 Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die nach einem Aufruf der Beratungsstelle Zeitwerk des Landesjugendrings Brandenburg e.V. seit Anfang 2017 selbstbestimmt die Geschichte von vier KZ-Außenlagern in Brandenburg erforschen. »

Das Projekt „übeLAGERt“ wurde mit dem diesjährigen Waltraud-Netzer-Jugendpreis ausgezeichnet.

Neele Dreißig vom Projekt „überLAGERt“ im Gespräch mit Moderator Christoph Heubner, Vorstandsmitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Fotos: Harry Soremski

» Bei einer Gesprächsrunde zu Ehren der Preisträger verdeutlichten die Jugendlichen, wie wenig vor Ort von den Verbrechen, die in der unmittelbaren Nachbarschaft stattgefunden haben, heute noch bekannt ist. Dies wollten die Jugendlichen mit ihrem Projekt ändern und stellten ihre ganz eigenen Fragen an die Geschichte.

Uta Leichsenring, Vorstandsmitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., betonte im Rahmen der Preisverleihung, dass die Jugendlichen, indem sie ihre Ergebnisse anderen Menschen in ihrer Region auf kreative Weise nahebringen, Selbstwirksamkeit erfahren und Verantwortung übernehmen würden. „Sie graben Geschichte und Geschichten aus und setzen sich dadurch für Freiheit und Demokratie ein – heute und hoffentlich auch, wenn sie älter sind“, so Leichsenring weiter.

Professionell begleitet recherchierten die Jugendlichen in Archiven und im Internet, befragten Wissenschaftler und Zeitzeugen. Dabei stießen sie auf bisher unerzählte Geschichten und erschlossen sich Zusammenhänge, die so kein Geschichtsbuch erklären kann. Das Projekt „überLAGERt“ zeigt, dass eine zeitgemäße lokale Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus nach wie vor wichtig ist.

Weitere Informationen zum Projekt finden Sie unter: www.ueberlagert.de

Der von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. vergebene Waltraud-Netzer-Jugendpreis ist mit 1.500 Euro dotiert und zeichnet seit 2010 Jugendprojekte aus, die sich aktiv mit der Vergangenheit auseinandersetzen und/oder die Entwicklung einer lebendigen Demokratie befördern.

ZDF-„logo!“-Redakteurin und Preisträgerin Romy Geiger betonte die Wichtigkeit einer Sendung, die Kindern die Welt erklärt.

Preis Gegen Vergessen – Für Demokratie

Die Kindernachrichtensendung des ZDF „logo!“ ist 2017 mit dem Preis „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ ausgezeichnet worden. Stellvertretend für die gesamte Redaktion nahmen Redaktionsleiter Markus Mörchen und Schlussredakteurin Romy Geiger den Preis entgegen. Mit dem Preis wurde „logo!“ dafür ausgezeichnet, bei Kindern, aber auch bei einem erwachsenen Publikum Interesse für Politik und gesellschaftliche Zusammenhänge zu wecken. Die Redaktion schaffe es, so die Jury, mit ihrer lockeren Ansprache den Nerv der Kinder zu treffen und dennoch ernsthaft wichtige historisch-politische Grundlagen zu vermitteln.

Bei der Preisverleihung am Abend des 25. November 2017 im Haus der Region Hannover sagte Eberhard Diepgen, stellvertretender Vorsitzender von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.: „Einiges in der Darstellung der Themen bei ‚logo!‘ ist so viel präziser und so viel sorgfältiger recherchiert als in anderen Medien. Es ist da nur sinnvoll, dass Erwachsene diese Sendung auch sehen, um komplexe Sachverhalte besser verstehen und einordnen zu können.“

In einer Gesprächsrunde zu Ehren der Preisträger betonte Romy Geiger, Kinder schätzten es, wenn es eine Sendung gebe, die ihnen die Welt erkläre und sie am Weltgeschehen teilnehmen lasse. Neue gesellschaftliche Herausforderungen, etwa der Zusammenhalt in Europa, seien auch eine große Herausforderung und Verantwortung für „logo!“, sagte Markus Mörchen. „Themen wie Europa sind nicht einfach zu erklären. Aber indem die Kinder uns mit ihren eigenen Fragen und Ideen immer wieder auf den Boden der Tatsachen zurückholen, helfen sie uns, Dinge besser verstehen und erklären zu können.“

Der Preis „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ wird seit 2005 jährlich vergeben. Das Preisgeld von 7 500 Euro stellt die Frauke-Weber-und-Rainer-Braam-Stiftung zur Verfügung. ■

Redaktionsleiter Markus Mörchen nahm stellvertretend für die gesamte Redaktion den Preis „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ entgegen.

Julia Wolrab ist wissenschaftliche Referentin von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. und koordiniert das Projekt „Fachkräfteentwicklung“.

RAG Baden-Württemberg, Sektion Nordbaden

Ulrike Lucas

Zeichen der Erinnerung

„Kein Heil durch Krieg – Friede, nach dir verlangen wir“ (Vergil)

Schon kurz nach Beginn des 19. Jahrhunderts wurden Kasernen in der rheinnahen Stadt Karlsruhe gebaut; Garnisonen ausgehoben. Kriege gegen Frankreich und Europa folgen. Heute ist das anders. Karlsruher Bürgerinnen und Bürger wirken in vielerlei konstruktiven Kooperationen und positivem Austausch über Stadt- und Staatsgrenzen hinaus. Dies nicht nur in den deutsch-französischen Beziehungen. Auch machen sich seit Jahren Karlsruherinnen und Karlsruher stark für verlässlichen Frieden in Europa und der Welt.

Wie aber steht es heute um Kriegs- und Kriegerdenkmäler, wie um Denkmäler mit Friedenssymbolik, die den Krieg in Frage stellen? Die geografische Lage hat die Stadt Karlsruhe als einen aktiven und attraktiven Brückenkopf zum Nachbarland Frankreich werden lassen; erst recht nach mehr als 70 Jahren gelebtem Frieden. Wird – und wenn ja wie – wird diese gewandelte Einstellung sichtbar in oder an Karlsruher Denkmälern?

Der Historiker J. Schuhladen-Krämer vor dem Gefallenendenkmal der Stadt Karlsruhe auf Hauptfriedhof.

Historiker Jürgen Schuhladen-Krämer führte bei einer äußerst vielseitigen Stadtführung Interessierten den noch immer bestehenden Spannungsbogen vor Augen. Die Kooperationsveranstaltung von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Sektion Nordbaden und der Initiative für ein Friedensdenkmal in Karlsruhe stieß auf sehr reges Interesse.

Auf dem Hauptfriedhof beginnend, erläuterte der Historiker verschiedene klassische Typen von Mahnmalen, Denkmalen für einzelne Opfergruppen und Kriegsopfermahnmalen, Ehrenmalen, künstlerisch-gestaltete Zeichen der Erinnerung oder auch Trauer. Noch heute werden die auf dem Areal des Hauptfriedhofs errichteten „Gedächtnisstützen“ an Ereignisse und Opfer angenommen. Dies ist deutlich sichtbar auch an Blumengebinden etwa vor dem Sandstein-Denkmal **„Mutter und Kind“** von 1955 oder dem Bronze-**„Gefallenendenkmal der Stadt Karlsruhe“** von 1930.

Auf anderes Echo treffen im Stadtbild Karlsruhes dominante und gewaltige Denkmäler. **Kriegs- und Kriegerdenkmäler** fügen sich wie selbstverständlich in das Ortsbild von Dörfern und Städten; sie stellen die größte Gruppe unter den Monumenten im öffentlichen Raum – zehntausende Kriegerdenkmäler allein in Deutschland. Um 1800 aufgekommen, haben insbesondere die beiden großen Weltkriege zahllose Kriegerdenkmäler hinterlassen. Sie stehen im Spannungsfeld von Nationalismus, gewonnenen Schlachten, dem Streben nach Revanche, Verherrlichung siegreicher Heerführer, Gewaltdarstellungen - und Grauen, Leid, millionenfacher Trauer und Schmerz. Entwürfe mit Friedenssymbolik oder solche die den Krieg infrage stellen, wurden selten realisiert.

1945 waren Kriegerdenkmäler angesichts des von Deutschlands ausgegangenen Terrors und der totalen Niederlage undenkbar. In Mahnmalen für Soldaten, Luftkriegstoten oder Vertriebenen wurden die Toten unterschiedslos zu „Opfern von Krieg und Gewalt“ stilisiert. Im gemeinsamen Opferdiskurs wurde in der Bundesrepublik Deutschland über Jahrzehnte die aktive Verantwortung für Terror und Krieg bewusst verschwiegen, beschwiegen.

Auf einen wichtigen Widerspruch wies Jürgen Schuhladen-Krämer hin: Die „Kontrollratsdirektive Nr. 30“ von Mai 1946 fordert die „Beseitigung deutscher Denkmäler und Museen militärischen und nationalsozialistischen Charakters“, mit Ausnahme „von Gegenständen von wesentlichem Nutzen für die Allgemeinheit oder von großem architektonischen Wert, bei welchen der Zwecks dieser Direktive dadurch erreicht werden kann, dass durch Entfernung der zu beanstandenden Teile oder durch anderweitige Maßnahmen der Charakter einer Gedenkstätte wirksam ausgemerzt“ wird. Die Umsetzung der Direktive erfolgte durch die Alliierten recht lasch oder unterblieb – auch dort, wo Antifaschisten oder wie im Fall des Karlsruher Stadtteils Grötzingen ein Kommunist Bürgermeister war.

„Beseitigen!?!“. „Geschichte beseitigen“ untersagt das Gesetz zum Schutz der Kulturdenkmale (Denkmalschutzgesetz – DSchG), darauf verweist der Historiker. Vielmehr sei es wichtig, öffentlich anzuregen „zum Auseinandersetzen mit den in ihnen ausgedrückten Wertvorstellungen und Meinungen“.

So etwa steht heute eher unbeachtet im Rathaus Karlsruhe ein **Gefallenen-Mal** »

» von 1933 für „die als Soldaten gefallenen städtischen Mitarbeiter"; eine mit NS-Pomp eingeweihte, 1,5fach vergrößerte „wehrhaft-maskuline" Soldatenfigur mit Stahlhelm und Fahne. Die Stadtverwaltung plant diese – auch nach einem Brand des Rathauses – unzerstörte Figur entsprechend des **„Leitfadens zur Erinnerungskultur im öffentlichen Raum in Karlsruhe"** von 2016 zu kommentieren. So werden problematische Denkmal-Aussagen den Betrachtenden erklärt und kommentiert – eine wichtige Erweiterung des Denkmals, zumal in Zeiten, in denen nicht nur in Karlsruhe das allgemeine Geschichtsbewusstsein abnimmt.

Unter den Denkmälern der fünf Karlsruher Regimenter fällt besonders das **Leibdragoner-Denkmal** am Mühlburger Tor nahe der Christuskirche auf. Das 1929 in sehr prominenter Lage eingeweihte Standbild zeigt einen Lanzenreiter mit Stahlhelm, der Wehrbereitschaft und Unbesiegbarkeit demonstriert, ergänzt mit völkischem Sockel-Sinnspruch: „Du stirbst - Besitz stirbt. Die Sippen sterben. Einzig lebt – wir wissen es – der Toten Tatenruhm". Auch dieses Denkmal wird kommentiert werden.
In der Kritik steht dagegen das geplante Wiedererrichten des 22 m hohen **Leib-Grenadier-Regiments-Denkmal** von 1924 nach dem Umbau des Europa-Platzes – ohne Kommentierung. In der Initiative für ein Friedensdenkmal in Karlsruhe wird die Idee eines „Umbau zum Friedensdenkmal" diskutiert. Vermag dies schon eine sprachliche Umdeutung?

Fotos: Privat

Die interessierte Gruppe vor dem Mutter-Kind-Denkmal von 1955.

Das Deserteursdenkmal in Karlsruhe.

Wohl nicht zurück zieht dann der **„Europa-"** oder **„Phönix-Brunnen"** aus dem Jahr der ersten Direktwahl für das Europäische Parlament: Leicht verspottet wegen seines Aussehen („Fette Henne" statt „Phönix aus der Asche") und andererseits wegen seiner etwas pathetischen Inschrift von „Europa als Friedensmacht". Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Stadtführung wurden jedoch darauf hingewiesen, dass europäische Staaten sich auch heute an Kriegen beteiligen, mit zivilen Opfern als „Kollateralschäden". Entwertet also gar die Inschrift die Aussage des Denkmals?

Haben die Trauer-Mahnmale auf dem Friedhof sich nicht klar gegen Kriege und Gewalt als Mittel der Konfliktbearbeitung positioniert, so tut dies das **„Deserteurs-Denkmal"**. Die Stadt Karlsruhe war 1990 nicht bereit, das von Aktiven der Friedensbewegung geschaffene Denkmal auf städtischem Gelände aufzustellen. Der Gewerbehof in der Steinstraße 23 ermöglichte die Aufstellung auf privatem Grund, wo es aber eine breite Öffentlichkeit nicht wahrnehmen kann. Explizit ist hier eine friedensstiftende Aussage - mit zerbrochenem Gewehrkolben, Helm mit Blumen sowie dem berühmten Zitat „hier lebte ein Mann, der sich geweigert hat, auf seine Mitmenschen zu schießen. Ehre seinem Andenken. Kurt Tucholsky, für die Deserteure".

Einfach war es auch im Jahre 2002 (noch) nicht, als Wehrmachtsdeserteure durch die rot-grüne Bundesregierung samt PDS-Fraktion gesetzlich rehabilitiert wurden, gegen die Stimmen von CDU, CSU und FDP. Zur Diskussion regt bis heute die Bewertung von Desertion in einem von Deutschland verursachten verbrecherischen Angriffskrieg an und in diesem Zusammenhang auch die Legitimität aktueller Kriege bzw. Rolle und Verantwortung des/der Einzelnen darin. Die thematische Stadtführung hat das Fehlen eines „eindeutigen und zufriedenstellenden Friedensdenkmals" in Karlsruhe gezeigt. „Vermutlich wie in den meisten anderen Städten Deutschlands", resümiert der Historiker und bleibt skeptisch in Bezug auf Wirkung und Funktion eines Denkmals. ■

Ulrike Lucas ist Koordinatorin der Sektion Nordbaden innerhalb der RAG Baden-Württemberg von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

RAG Schleswig-Holstein

Frauke Dettmer

Erich Mahrt – ein stiller Held aus Rendsburg

Im September 2016 erhielt das Jüdische Museum Rendsburg die Nachricht aus Yad Vashem, dass der Rendsburger Erich Mahrt postum die höchste Auszeichnung erhalte, die vom Staat Israel an Nichtjuden vergeben wird: „Gerechter unter den Völkern". Erich Mahrt hatte unter hohem persönlichen Risiko das Leben seiner jüdischen Verlobten gerettet. Nun ist er der erste Schleswig-Holsteiner, der als „Gerechter" geehrt wird.

2006 hatte das Museum in Yad Vashem den Antrag dafür gestellt. Da das Museum schon seit vielen Jahren über zahlreiche Quellen zu Erich Mahrt und zu seiner Frau Wally Mahrt, geborene Gortatowski, verfügt, lag es nahe, auf der Grundlage des Materials an die Gedenkstätte heranzutreten.

Erich Mahrt hat wenig über seine Kindheit und Jugend gesprochen. Er wurde 1910 in Rendsburg geboren und wuchs in sehr bescheidenen Verhältnissen bei den Großeltern auf, mit denen er sich gut verstand. Mahrt machte eine Lehre als Elektriker und wurde Mitglied der Kommunistischen Partei. Hier war er zeitweise Agitpropleiter. Auch nach 1933 betätigte er sich noch illegal in der Partei und wurde in Schutzhaft genommen. Erich Mahrt arbeitete zunächst in Kiel, dann in Hamburg bei der Südamerika-Schifffahrtslinie als Elektriker.

Seine spätere Frau Wally Aurelia Gortatowski, ebenfalls 1910 in Rendsburg geboren, kam aus einem völlig anderen Milieu. Ihre Familie besaß im Zentrum der Stadt ein Wohn- und Geschäftshaus. Das bis 1933 erfolgreiche Textilgeschäft ermöglichte der verwitweten Kauffrau Johanna Gortatowski und ihren drei Kindern einen gutbürgerlichen, ja großzügigen Lebensstil. Wally wuchs behütet als Nesthäkchen auf. Der ältere Bruder Walter (Jahrgang 1897), freiwilliger Teilnehmer des Ersten Weltkriegs, übernahm 1925 die Geschäftsführung. Der mittlere Bruder Herbert (Jahrgang 1905) hatte zu dieser Zeit schon seine Fühler nach Südamerika ausgestreckt; 1937 wanderte er mit seiner Frau Friedel nach Argentinien aus.
Die Familie Gortatowski kannte keine Berührungsängste. Wallys beste Freundin aus Kindheitstagen kam aus dem benachbarten „Wiener Café" mit schillerndem Varieté-Programm. Walter bewegte sich zwanglos in jüdischen wie nichtjüdischen Kreisen. Beim Sport, besonders beim Fußball, trafen sich alle Schichten. Und so lernten Erich und Wally einander bei dem jüdischen Kaufmann und Fußballtrainer Harry Kader und seiner Frau Regina kennen. Mit ihnen waren sowohl Erich als auch Walter befreundet.

Erich und Wally Mahrt um 1947.

Fotos: Jüdisches Museum Rendsburg

Ab 1933 zeigten sich die beiden heimlich Verlobten in der Stadt nur mit aller Vorsicht gemeinsam. Seit den Nürnberger Gesetzen von 1935 galt ihre Beziehung als „Rassenschande" und Straftat. Sie suchten sich aber ihre kleinen Fluchten, zum Beispiel beim Zelten in Niendorf an der Ostsee.
Nach dem Niedergang des Geschäftes, dem Tod von Johanna Gortatowski 1935, der Verpachtung, später dem Verkauf des Wohn- und Geschäftshauses zog Wally im Oktober 1938 zunächst nach Itzehoe, wo ihre Tante Erna Gortatowski mit Tochter Ilse lebte. Zu dritt verließen sie im September 1939 Itzehoe und gingen nach Berlin, wohin Walter schon vor November 1938 gezogen war. Dort lebten weitere Mitglieder der Familie. Besonders ein Cousin, genannt Jak, sollte wichtig werden. Er war Mitarbeiter bei der zwangsweise eingerichteten Reichsvereinigung der Juden in Deutschland und verfügte damit über mehr Informationen als andere Verfolgte.

Etwa Anfang 1940 zog Erich Mahrt ebenfalls nach Berlin, wo er als Elektrotechniker bei Siemens eine Stelle fand. Er sollte zur Wehrmacht eingezogen werden. Aus gesundheitlichen Gründen wurde er freigestellt, wobei er vor der Musterung mit dem Verzehr von Seife nachgeholfen hatte. Immer wieder hatte Herbert Gortatowski aus Buenos Aires angerufen und die Geschwister beschworen, nach Argentinien zu kommen. Er war in der Lage, die Bürgschaft für beide zu übernehmen, und hätte ihnen zudem mit seinen Sprach- und Landeskenntnissen den Weg geebnet. Der Versuch, für Wally nun doch noch ein Visum für Argentinien zu beschaffen, schlug fehl.

Ab Mai 1940 wurde Wally zur Zwangs- »

» arbeit bei Siemens und Halske am Charlottenburger Ufer 17 herangezogen. Ob es sich dabei um denselben Betrieb handelte, in dem Erich arbeitete, konnte bisher nicht geklärt werden. Schwer zu verkraften war der Tod des Bruders Walter, der bei der Zwangsarbeit für die Reichsbahn am 12. März 1941 ums Leben kam.

Erich Mahrt plante inzwischen eine mögliche illegale Existenz von Wally – er mietete vorsorglich am 24. Juni 1942 eine Gartenlaube mit einem als Erdbunker zu nutzenden Obstkeller in der Laubenkolonie „Gemütlicher Hase" in Hohenschönhausen. Die Vermieterin wusste Bescheid, sie hatte Bedenken, verriet die beiden aber nicht.
Sicherlich hatte Erich Mahrt Kenntnis von den Deportationen, mit denen seit Herbst 1941 systematisch jüdische Männer, Frauen und Kinder in die Konzentrationslager verschleppt wurden. Allein von Berlin aus waren es zwischen Oktober 1941 und dem Tag des Mietvertrages für die Gartenlaube 21 Deportationen. Im Juni 1942 verließ fast an jeden zweiten Tag ein Deportationszug Berlin. Vielleicht hatte er auch erfahren, dass am 6. Dezember 1941 eine erste große Deportation aus Schleswig-Holstein nach Riga stattgefunden hatte. Der Kontakt zu seinen politischen Rendsburger Freunden bestand ja nach wie vor.

Das Versteck war also vorhanden, aber Wallys Untertauchen wurde erst im letzten Moment in die Tat umgesetzt. Cousin Jak konnte sie rechtzeitig am 1. Dezember 1942 vor der Deportation warnen. Denn ab Herbst 1942 wurden Juden in Berlin in der Regel nicht mehr offiziell benachrichtigt, damit sie sich nicht durch Untertauchen oder Suizid entziehen konnten. Man nahm sie direkt in ihren Wohnungen oder auf der Straße fest. Noch in der Nacht zum 2. Dezember 1942 brachte Erich seine Verlobte in die Laube. Damit gehörte Wally zu den über 6 000 Juden, die anfänglich in Berlin untertauchten. Die Deportation nach Auschwitz fand dann am 9. Dezember statt; zu den Opfern gehörte auch eine nahe Verwandte, die 62-jährige Tante Theodora Gortatowski.

Erich Mahrt versteckte und versorgte Wally in der Laube genau 880 Tage. Sie hat sie gezählt. Die Ernährung war neben den ab 1943 zunehmend schweren Luftangriffen und der Angst vor Razzien und Denunziation eine der Hauptschwierigkeiten. Wie Mahrt das im Einzelnen schaffte, können wir nur ahnen. Hilfe bekam er von alten Rendsburger Freunden, die mit Lebensmittelmarken aushalfen. Außerdem musste er gesund bleiben, aber nicht zu gesund, damit er nicht doch noch zur Wehrmacht eingezogen wurde. Er musste auch sonst geschickt sein – wie besorgte er zum Beispiel die Bücher, mit denen Wally sich wenigstens einen Teil des endlosen Alleinseins vertrieb? Noch wichtiger oder genauso wichtig: Wally hatte in ihm einen Menschen, auf den sie sich verlassen konnte, soweit es von ihm abhing. Er gab ihr Mut. Er war die moralische und emotionale Stütze. Außerdem kamen mit ihm Nachrichten von außen zu ihr, so unschön diese Nachrichten auch lange Zeit waren. Ihre Isolation wurde dadurch wenigstens teilweise durchbrochen.

Wally hielt sich am Tage oft in dem Erdbunker auf. Sie hatte zwei Pistolen, die sie gegen sich gerichtet hätte, wenn sie bei einer Razzia gefunden worden wäre. An die Luft konnte sie nur nachts gehen, wenn Erich da war. Tagsüber wäre es viel zu gefährlich gewesen, zumal in der Nachbarschaft Nazis wohnten. Zuletzt, bei den Kämpfen in Berlin 1945, flüchteten beide in einen großen öffentlichen Bunker, wo es keine Kontrollen gab. Wally überlebte als einzige ihrer in Berlin lebenden Angehörigen.

Nach Kriegsende wurden beide als Opfer des Faschismus anerkannt. Als unmittelbar sichtbare gesundheitliche Schäden wurden bei Wally festgestellt: Unterernährung, Verlust von sieben Zähnen. Seit 1936/37 hatte Wally in ständiger Angst gelebt, eine Angst, die sich durch die Jahre in Berlin und dann besonders in der Illegalität erheblich verstärkt hatte. Diese Traumatisierung durch die Verfolgung wurde nie als Gesundheitsschaden anerkannt.
Noch im Juli 1945 wurde die Heirat nachgeholt, Ende 1946 der einzige Sohn geboren. Erste wirtschaftliche Schritte unternahm das Ehepaar in Berlin-Hohenschönhausen mit einem Elektroladen. Nach unguten Erlebnissen mit den sowjetischen Besatzern zog die Familie in den Westen der Stadt nach Halensee. Irgendwann entschlossen sie sich, Deutschland zu verlassen. Im August 1949 emigrierten sie mithilfe einer jüdischen Organisation nach Buenos Aires, wo sich Erich eine stabile Existenz aufbauen konnte. Er bekam eine gute Stelle als Elektriker bei der Schokoladenfirma Suchard.

Nach allen Berichten von nahestehenden Rendsburgern, die mit den Mahrts weiterhin engen Kontakt pflegten, gab es glückliche Phasen für Wally in Argentinien. Sie erlebten eine kleine Familie, die humorvoll und liebevoll miteinander umging. Wally konnte lachen und fröhlich sein. Sicher, sie brauchte immer wieder Gelegenheit zum Rückzug. Erst nachdem die Mahrts im Rentenalter 1976 nach Rendsburg zurückgekehrt waren, beobachteten alte Bekannte, dass Wally Mahrt sich stark verändert hatte. Still war sie geworden, sichtbar depressiv. Was dazu geführt hat, dass die depressive und traumatisierte Seite in ihrem Leben zuletzt die Oberhand gewann – genau wissen können wir es nicht.

In Rendsburg traf sich das Ehepaar regelmäßig mit alten Freunden, mit denen sie schon vor 1933 verbunden gewesen waren. Auch mit ihrer Freundin aus Kindertagen verbrachte Wally viel Zeit. In Wallys Gegenwart wurde das Thema des Überlebens in Berlin sorgsam gemieden. Man spielte zusammen Karten oder plauderte über Unverfängliches.

Am 17. Oktober 1979 nahm Wally Mahrt sich das Leben. Sie war 69 Jahre alt. Was immer an diesem Tag an unglücklichen Umständen zusammengekommen war – sie dankte ihrem Mann in ihrem Abschiedsbrief für alles, was er für sie getan hatte. Aber weiterleben konnte sie nicht. Erich Mahrt starb neun Jahre nach Wally im Alter von 78 Jahren.

Die Geschichte von Erich und Wally Mahrt ist die Geschichte einer „unerschütterlichen Liebe", wie eine Journalistin schrieb. Und zugleich ist es eine Geschichte vom Widerstand eines kleinen Mannes, eines stillen Helden gegen das NS-Regime. Still in dem Sinne, dass Mahrt sich nie mit der Geschichte gebrüstet, kaum darüber gesprochen hat. „Rettungswiderstand" nannte der Historiker Arno Lustiger, selbst Überlebender des Holocaust, solche mutigen Handlungsweisen wie die von Erich Mahrt. ■

Dr. Frauke Dettmer ist die ehemalige Leiterin des Jüdischen Museums Rendsburg und Mitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

RAG Münsterland

Gundula Caspary, Bärbel Dahlhaus

Selbst die Klos nach Konfessionen getrennt

„Ankommen nach 1945: als Protestantinnen in fremder katholischer Nachbarschaft". Ein „Erzählcafé" der Regionalen Arbeitsgruppe Münsterland zwischen verschiedenen Generationen.

„Wir sollten viel öfter miteinander ins Gespräch kommen." Darin waren sich die jungen und die älteren Teilnehmer des Erzählcafés einig, das auf Betreiben der Regionalen Arbeitsgruppe Münsterland von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. im Geschichtsort Villa ten Hompel stattfand. 13 Schülerinnen und Schüler der Klasse 9a des Annette-von-Droste-Hülshoff-Gymnasiums Münster trafen dort auf sieben Damen zwischen 77 und 92 Jahren sowie einen 78-jährigen Herrn, die als protestantische Flüchtlingskinder und Jugendliche in den Jahren 1945/46 ins überwiegend katholische Münsterland gekommen waren.

Foto: Kirsten Schwarz-Weßeler

Schülerinnen und Schüler interviewten die Angehörigen der älteren Generation, die von ihren Erlebnissen als protestantische Flüchtlinge im Münsterland berichteten. Beide Seiten freuten sich über das gegenseitige Interesse und den aufschlussreichen Austausch.

Nach einem gemeinsamen Auftakt befragten die Schülerinnen und Schüler jeweils zu zweit oder zu dritt ihre Gesprächspartner zu ihren Erfahrungen und Erlebnissen nach der Ankunft im Münsterland. Dabei wurden sie von jeweils zwei Mitgliedern aus der Regionalen Arbeitsgruppe Münsterland im Gespräch unterstützt.

Im Geschichtsunterricht hatten die Schülerinnen und Schüler zuvor gemeinsam Fragen an ihre Interviewpartner vorbereitet: Haben sich ihre Gesprächspartner in der katholischen Umgebung zunächst unwohl gefühlt? Durfte man mit katholischen Mitschülern spielen oder lud man sich gegenseitig zu Geburtstagen ein? Wie reagierten Eltern auf Kontakte zwischen katholischen und evangelischen Kindern? Was passierte, wenn man sich als protestantischer Jugendlicher in ein katholisches Mädchen oder als evangelisches Mädchen in einen katholischen Jungen verliebte? Wohnten die evangelischen Flüchtlinge damals in einem Haus mit katholischen Nachbarn und kam es dabei vielleicht zu Konflikten, beispielsweise an bestimmten Feiertagen wie am Karfreitag oder am Reformationstag? Gab es materielle Unterstützung für die evangelischen Flüchtlinge von katholischen Mitbürgern, zum Beispiel in Form von Nahrungsmitteln oder Sachspenden? Wie sah der Alltag in der Schule zwischen katholischen und protestantischen Schülern aus?

Die Schwestern Irmgard Abend und Annelies Karbach-Nickel, geboren 1934 und 1936 in Wolfskirch (Wilczkowice) bei Breslau (Wrocław), berichteten Julius und Linus beispielsweise, dass es in der Schule in Lüdinghausen, wohin sie nach ihrer Flucht aus Niederschlesien gekommen waren, separate Toilettentrakte für katholische und evangelische Schüler gegeben habe. Die evangelischen Kinder mussten durch den katholischen Trakt zu ihren Toiletten laufen. Dabei gingen sie in Zweiergruppen und wurden meist von ein oder zwei Lehrern begleitet, da sie auf dem Weg oft mit Steinen beworfen wurden. Eine der beiden Schwestern wurde sogar einmal von einem Stein am Kopf getroffen und erlitt eine Gehirnerschütterung.

Gänzlich andere Erfahrungen machten sie außerhalb der Schule, zum Beispiel in ihren Sportvereinen. Dort hätten sie auch viele katholische Freunde gehabt und seien gut integriert gewesen. Halt fanden die beiden Schwestern zudem in der evangelischen Kirchengemeinde, zu der sie jeden Sonntag fünf Kilometer laufen mussten. Der Kirchgang war ihnen sehr wichtig, ebenso die Bewahrung von Traditionen, weil beides eine Rückkehr zur Normalität bedeutete.

Marianne Schmidt, geboren 1937 im niederschlesischen Weißenstein (Biały Kamień), »

Foto: Stefan Querl

Ein intensiver Austausch zu Erfahrungen mit Fremdheit, Frömmigkeit, Willkommenskultur in der Villa ten Hompel. Weitere Gespräche drehten sich um das deutsch-polnische Verhältnis nach Kriegsende.

» kam als Zehnjährige im Münsterland an. Auf die Frage von Lea und Pina, an welchen Moment nach ihrer Ankunft sie sich am besten erinnern könne, entgegnete sie: „Besonders war für mich der Moment, als ich auf den [katholischen] Bauernhof kam. Dort hatte ich zum ersten Mal wieder das Gefühl, ein Zuhause zu haben und angekommen zu sein. Ich musste zwar viel und auch schwer arbeiten, aber ich gehörte dann einfach mit zur Familie. [...] Der Bauer hat mir auch später unter anderem mein Konfirmationskleid bezahlt." Gerade im zwischenmenschlichen Bereich gab es immer wieder positive Erlebnisse zwischen katholischen Nachbarn und protestantischen Flüchtlingen. So erzählte auch Helge Flint (geb. 1937), die 1945 mit ihrer Mutter und ihrem Bruder von Hohensalza (Inowrocław) in Pommern über Rügen und Melle nach Münster geflohen war, ihren Gesprächspartnerinnen Julia, Sophia und Varumilla, dass die katholischen und evangelischen Kinder zwar zusammen gespielt hätten, aber immer wieder beleidigende Reime über die jeweils andere Konfession gemacht hätten – dies sei jedoch nicht unbedingt ernst gemeint gewesen. Vielmehr habe sie den Eindruck gehabt, dass hier Vorurteile der Erwachsenen unter den Kindern weitergegeben wurden.

In den vielen Gesprächen wurde immer wieder deutlich, dass die protestantischen Flüchtlinge im katholischen Münsterland sowohl Ablehnung und Ausgrenzung als auch gemeinsames Miteinander und gelebte Ökumene erfahren haben. Der Dialog zwischen den Generationen in der Villa ten Hompel war für alle Beteiligten sehr interessant, aufschlussreich und bewegend. Gerade in der heutigen Zeit, in der die Gesellschaft erneut vor der Herausforderung steht, eine große Anzahl von Flüchtlingen zu integrieren, hat sich gezeigt, dass es sich lohnt, aus den Erfahrungen und Erzählungen der älteren Generation für unsere Gegenwart zu lernen. Sowohl die Zeitzeugen als auch die Schülerinnen und Schüler freuten sich sehr über das Interesse und die Wertschätzung der jeweils anderen Generation.

Am Erzählcafé nahmen aus der Klasse 9a des Annette-von-Droste-Hülshoff-Gymnasiums teil: Julius Domagk, Hendrik Garmann, Pina Gerding, Lea Kamphuis, Nils Lammers, Fee und Sophia Lepsien, Linus Knickenberg, Julia Pago, Luca Steingaß, Paul Troschel, Varumilla Varatharajan und Charlotte Weßling. Ihre Gesprächspartner waren: Irmgard Abend (geb. 1934), Annelies Karbach-Nickel (geb. 1936), Helge Flint (geb. 1937), Martin Hübner (geb. 1939), Edeltraud Klyszcz (geb. 1925), Renate Meyer (geb. 1940), Marianne Schmidt (geb. 1937) und Verena Walter (geb. 1934). Die Idee zu diesem Projekttag hatten Bärbel Dahlhaus (Evangelische Frauenhilfe der Epiphanias-Gemeinde Münster, bis 2012 stellvertretende Schulleiterin des Annette-von-Droste-Hülshoff Gymnasiums), Dr. Gundula Caspary (Fachlehrerin am Annette-von-Droste-Hülshoff Gymnasium) und Stefan Querl, stellvertretender Leiter des Geschichtsortes Villa ten Hompel, sowie Horst Wiechers, Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppe Münsterland. ■

Bärbel Dahlhaus und Dr. Gundula Caspary sind Kooperationspartnerinnen und seit Jahren Impulsgeberinnen für westfälische Zeitgeschichtsprojekte der Regionalen Arbeitsgruppe Münsterland. Das Erzählcafé wurde durch Spenden finanziert und stand als herbstlicher Höhepunkt im Programm des Reformationsjubiläumsjahres mit der Evangelischen Frauenhilfe in Münster.

RAG Baden-Württemberg

Birgit Kipfer

Erfolgreiche Arbeit auf Landesebene ist möglich

Demnächst werden wir in Baden-Württemberg eine weitere Sektion gründen – die Sektion Ost-Württemberg. Einige Gruppen in diesem Teil Baden-Württembergs, die auf unterschiedliche Weise gute Erinnerungsarbeit leisten, wollen ihre Arbeit besser vernetzen und wirkungsvoller gestalten, ohne den mühseligen Weg einer eigenen Vereinsgründung zu beschreiten. Der Kontakt zur Regionalen Arbeitsgruppe Baden-Württemberg führte dazu, dass diese Gruppen sich nun unter das Dach von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. begeben.

Historisch hatte sich zunächst die RAG Baden-Württemberg als regionale Arbeitsgruppe auf Landesebene entwickelt. Sie entfaltete ihre Arbeit zunächst im Raum Stuttgart und unterstützte dazu auch Mitglieder in Süd- und Nordbaden, jeweils eine Sektion zu gründen, um die Arbeit vor Ort, namentlich in Freiburg im Breisgau, in Karlsruhe und im Raum Böblingen-Herrenberg-Tübingen zu ermöglichen. In den vergangenen Jahren erkannten weitere freie Gruppen von sich aus, dass eine Zusammenarbeit unter dem Dach unserer Vereinigung organisatorische, inhaltliche und auch finanzielle Vorteile haben kann, und suchten den Kontakt zu uns als für das ganze Bundesland tätige Arbeitsgruppe. So entstanden vor einigen Jahren auch die Sektionen in Allgäu/Oberschwaben und Hohenlohe/Franken.

Unsere Erfahrung in Baden-Württemberg zeigt, dass es empfehlenswert ist, auf Landesebene einen „Anker" von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. zu etablieren. Dies fördert eine konstruktive Vernetzung mit anderen gesellschaftlichen Gruppierungen und ermöglicht kurze Wege in der Kommunikation. Auch für Sponsoren, die nicht immer jedes einzelne Projekt unserer Vereinigung im Land im Blick haben wollen, ist es leichter, die Förderung der Erinnerungsarbeit über die landesweite Ansprechgruppe zu unterstützen. Soweit möglich, geben wir diese Mittel an die Projekte der Sektionen weiter. Nicht zuletzt sorgen unsere halbjährlichen Rundbriefe für einen guten Überblick über die Aktivitäten im ganzen Land und tragen so zu einer engeren Bindung der Mitglieder an unsere Vereinigung bei.

Weil unsere Sektionen wertvolle Erinnerungsarbeit in ihren Regionen leisten, werden sie künftig – wie im gesamten Bundesgebiet üblich – als „Regionale Arbeitsgruppe" firmieren. Für Fragen auf der Landesebene wird die „Landesarbeitsgemeinschaft" – vormals Regionale Arbeitsgruppe – Baden-Württemberg als Ansprechpartner bereitstehen. ■

Birgit Kipfer ist Sprecherin der RAG Baden-Württemberg.

RAG Hannover stellt sich vor

Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. ist dort stark, wo sich engagierte Bürgerinnen und Bürger zusammenfinden, um vor Ort gemeinsam für die Demokratie einzutreten. Derzeit bestehen bundesweit 38 regionale Arbeitsgruppen und Sektionen, die wir an dieser Stelle vorstellen möchten – mit den Gesichtern, die dahinter stehen. In dieser Ausgabe geben Sprecher Prof. Dr. Joachim Perels, Albrecht Pohle und Wilfried Wiedemann Auskunft über die RAG Hannover.

Wilfried Wiedemann (links), Albrecht Pohle (rechts)

Foto: Privat

Name: **Geburtsdatum:** **Beruf:**	**Joachim Perels** 30. März 1942 Prof. em. für Politikwissenschaft an der Leibniz Universität Hannover (langfristig erkrankt)
Name: **Geburtsdatum:** **Beruf:**	**Albrecht Pohle** 22. März 1942 Leitender Ministerialrat a.D.
Name: **Geburtsdatum:** **Beruf:**	**Wilfried Wiedemann** 1. Oktober 1940 Leitender Regierungsdirektor a.D., Gründungsgeschäftsführer der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten
Motto unserer Initiative:	Das Leiden der Opfer der Staatsverbrechen verpflichtet uns zuallererst zur Erinnerung an sie. Diese Erinnerung bedeutet für uns zugleich Verpflichtung für die Gegenwart und die Zukunft.
So bin ich bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. gelandet:	**Albrecht Pohle:** 1986 kam ich als Referatsleiter für die Lehrpläne der allgemeinbildenden Schulen, für Fragen der politischen Bildung usw. in das Niedersächsische Kultusministerium. Eine meiner ersten Aufgaben war die Mitarbeit in einer Kommission zum Ausbau der Gedenkstätte Bergen-Belsen. Nach der Bereisung verschiedener Gedenkstätten verfassten Wilfried Wiedemann und ich das vom Landtag geforderte Gutachten, das die Grundlage für den Ausbau von Bergen-Belsen bis 1990 bildete. Der Kontakt zu Wilfried Wiedemann blieb bestehen und vertiefte sich. Auf Vorschlag von Wilfried Wiedemann trat ich nach meiner Pensionierung zum Jahresende 2007 in unseren Verein ein und übernahm die Funktion eines Sprechers. **Wilfried Wiedemann:** Um die Geschichte von Widerstand und Verfolgung während der NS-Zeit wachzuhalten, arbeitete ich seit den frühen achtziger Jahren im Bezirksverband der SPD bei der „Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten" mit. Mit zahlreichen anderen Mitarbeitern der Arbeitsgemeinschaft beschloss ich 1993, meine diesbezügliche Tätigkeit in die neugegründete überparteiliche Organisation „Gegen Vergessen – Für Demokratie" zu verlegen.
Daraus ziehe ich Motivation für meine ehrenamtliche Arbeit:	**Albrecht Pohle:** Bei den großen Gedenkveranstaltungen alle fünf Jahre in Bergen-Belsen seit 1990 habe ich sehr viele Überlebende kennengelernt und mich mit einigen angefreundet, sie in Israel und den USA besucht und sie bei Aufenthalten in Deutschland begleitet. Mein politischer Impuls: Was soll aus Deutschland werden, wenn es die Lehren aus dieser schändlichen Vergangenheit vergisst? **Wilfried Wiedemann:** Ich frage mich immer wieder, ob das, was ich über die Vergangenheit weiß, in der Gegenwart einen entsprechenden Ausdruck gefunden hat. Da ich dabei stets auf Lücken stoße, denke ich über Projekte nach, um diese Lücken zu schließen.
Diese Themen interessieren mich besonders:	**Albrecht Pohle:** Deutsche Geschichte seit der Französischen Revolution, speziell die Ansätze zur Demokratisierung, die Kollaboration bzw. der Widerstand in den von der Wehrmacht besetzten Staaten Europas, das Schicksal der überlebenden Juden, der Rechtsextremismus und neu aufflammende Nationalismus in Europa.

	Wilfried Wiedemann: Mich interessiert besonders der Umgang mit der Geschichte und den Folgen des Nationalsozialismus in der Bundesrepublik Deutschland. Daraus resultiert auch mein Interesse an „vergessenen" Opfern wie den Sinti und Roma oder den Widerstandskämpfern aus Deutschland und den besetzten Ländern. In den letzten Jahren habe ich zur Geschichte der jüdischen Friedhöfe nach 1945 recherchiert. Wissenslücken über die Münchner jüdische Geschichte zu schließen, Recherchieren über und Gedenken an andere NS-Opfer (Opfer der Krankenmorde, Zwangsarbeiter, verfolgte Kommunisten und Sozialdemokraten), Erinnerungspolitik allgemein und vor allem: dem neuen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus etwas entgegenzusetzen.
Hier bin ich außerdem aktiv:	**Albrecht Pohle:** Im Beirat für Gedenkkultur der Stadt Hannover seit 2012; im Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge seit 1990, seit zehn Jahren im Landesvorstand, im Stiftungsrat der Gedenkstätte Esterwegen. Folgende Aktivitäten haben Wilfried Wiedemann, Prof. Joachim Perels (bis 2015) und ich gemeinsam unternommen: Publikationen: Ausstellungen im Foyer des Niedersächsischen Landtages: Aktuell in Vorbereitung: „100 Jahre Polizeigeschichte in Deutschland", Eröffnung am 09. November 2018 im Landtag (in Kooperation mit der Polizeiakademie Niedersachsen) Darüber hinaus Tagungen und einzelne Vorträge zur NS-Geschichte und Nachkriegsgeschichte **Wilfried Wiedemann:** Ich bin Mitglied in der Fachkommission für die Entwicklung der Gedenkstätte Esterwegen. Als Mitglied des Instituts „Zentrum der Gartenkunst und der Landschaftsarchitektur der Leibniz Universität Hannover" arbeite ich in Projekten zur Erforschung von Zusammenhängen von Landschaftsgestaltung und Geschichte. Zurzeit arbeite ich in einem Gemeinschaftsprojekt der Universität Haifa und der Leibniz Universität Hannover zur Hachscharah (Vorbereitung der Juden auf die Auswanderung nach Palästina) mit.
Die Regionale Arbeitsgruppe München ist …	in Hannover gut vernetzt mit der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten, der Stiftung Gedenkstätte Esterwegen, der Gedenkstätte Lager Sandbostel, dem Geschichts- und dem Politiklehrerverband, mit der Universität, dem Volksbund, der Politik in der Region und im Land.
Für die Arbeit in der RAG wünsche ich mir, …	neue Mitglieder, die bereit sind, Aufgaben zu übernehmen und neue Ideen einzubringen.
Und zu guter Letzt:	Die Zeitzeugen Anita Lasker-Wallfisch, Prof. Jehuda Blum, Shmuel Huppert, Hilde Zimche, Martin Schmitz, Prof. Henry Friedlander, die wir bei ihren Vorträgen begleitet haben, zeigten, dass vor allem unsere Jugend in allen Altersstufen mit Interesse, Aufmerksamkeit und Empathie auf die Lebensberichte reagiert und zum Nachdenken über die Konsequenzen für ihr eigenes Leben angeregt werden kann. Das sollte uns ermutigen, nach neuen Formen der Vermittlung ohne Zeitzeugen zu suchen. Und wir sollten uns speziell den Jugendlichen aus zugewanderten Familien zuwenden, denn wer in Deutschland leben will, sogar Deutscher werden will, muss unsere Geschichte kennen.

Anzeige

Besuchen Sie das neu gestaltete Internetformular, um bequem auch online Mitglied zu werden.

Henrik Bispinck

„Nach der Flucht – Wie wir leben wollen."

Eine Sonderausstellung in der Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde in Berlin

Fotos: Stiftung Berliner Mauer (SBM), Gesa Simons

Blick in einen Ausstellungsraum.

Seit nunmehr über zwei Jahren beherrscht der Themenkomplex Flüchtlingskrise – Zuwanderung – Migration die öffentliche Diskussion und die politische Agenda in Deutschland wie kein zweiter. Auch kulturelle und wissenschaftliche Einrichtungen haben sich dieses Themas daher in jüngster Zeit angenommen. Zahlreiche Theaterstücke, Filme, Bücher, Ausstellungen und wissenschaftliche Konferenzen befassen sich in unterschiedlicher Weise mit dem Thema Migration. Im Bereich der Geschichtswissenschaft und der historisch-politischen Bildungsarbeit wird dabei nicht selten der Versuch unternommen, Analogien zwischen Vergangenheit und Gegenwart zu ziehen, wobei solche Aktualisierungsversuche historischer Themen nicht immer unproblematisch sind. Die Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde in Berlin thematisiert im Kern die deutsch-deutsche Fluchtbewegung aus der Zeit der deutschen Teilung und ist für die Verbindung historischer mit aktuellen Themen geradezu prädestiniert: Sie befindet sich auf dem Gelände der Unterkunft, die bis 1990 überwiegend zur Unterbringung von DDR-Flüchtlingen diente, aber über die Wiedervereinigung hinaus in Betrieb blieb. Nach 1990 kamen hier unter anderem Spätaussiedler aus Russland und aus Ostmitteleuropa, jüdische Kontingentflüchtlinge sowie Asylsuchende unter. Heute leben hier Flüchtlinge und Asylsuchende aus unterschiedlichen Kriegs- und Krisengebieten. Betreiber des „Übergangswohnheims" ist der Internationale Bund (IB).

Begegnungen mit denjenigen, die heute auf dem Gelände des früheren Notaufnahmelagers wohnen, sind für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Erinnerungsstätte Alltag. Deshalb entstand schon früh die Idee, die Bewohnerinnen und Bewohner in die Arbeit des Gedenkortes einzubeziehen. So wurde im Herbst 2012 in Kooperation mit dem IB die Ausstellung „Nach der Flucht. Leben im Übergangswohnheim Marienfelder Allee" eröffnet. Darin wurden die Geschichten von vier Flüchtlingen bzw. Flüchtlingsfamilien aus Tschetschenien, Syrien, Afghanistan und dem Iran dokumentiert. Die Geflüchteten hatten in dieser Zeit noch einen unsicheren Status: Über ihren weiteren Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland war noch nicht entschieden worden.

Knapp fünf Jahre später werden diese Familien in der im Juni 2017 eröffneten Ausstellung „Nach der Flucht – wie wir leben wollen" erneut in den Blick genommen. Im Zentrum der Schau stehen Videointerviews mit den Flüchtlingen; gefragt wurde nach ihren bisherigen Erfahrungen in Deutschland und nach den Herausforderungen des Neuanfangs. Sind sie in Deutschland angekommen? Welche Möglichkeiten und Chancen haben sie erhalten – und ergriffen? Wo sind sie auf Probleme, an Grenzen gestoßen? Neben den Interviews werden Objekte gezeigt, die für die Flüchtlinge und ihre Zeit des Ankommens von besonderer Bedeutung waren oder noch immer sind. Ausgehend von der individuellen Situation der geflüchteten Familien wird auf allgemeinere Fragen verwiesen, wobei „Bildung", „Arbeit", „Wohnen" und „Asyl" die Themen darstellen.

Die Ausstellung beschränkt sich nicht auf die individuellen Schicksale und Lebens-

NEBEN- / GEGEN- / MITEINANDER – Die Visualisierung verschiedener Formen der Integration in der Ausstellung. Von links nach rechts: Assimilation, Multikulturalität, Interkulturalität, Transkulturalität.

wege, sondern lenkt den Blick auf die Aufnahmegesellschaft. Wie nimmt diese die Flüchtlinge war? Welche Bilder von Geflüchteten vermitteln die Medien, welche Assoziationen werden geweckt? Schlagworte wie „Gefahr", „Opfer", „Fremde" oder „Chance" spielen in diesem Zusammenhang eine Rolle. Die Ausstellung dokumentiert Debatten über Aufnahme oder Abwehr, über Diskriminierung und Integration und thematisiert unterschiedliche Konzepte von Zugehörigkeit. Aber auch vermeintlich „harte Fakten" wie Flüchtlingszahlen werden hinterfragt und der öffentliche Umgang mit ihnen wird kritisch reflektiert.

Familie Tello aus dem Iran vor „ihrem" Ausstellungssegment.

Kennzeichnend für die Ausstellung ist eine Vielzahl von Angeboten zur Interaktion. Unter der Leitfrage „Wie möchtest *Du* gerne leben?" wendet sich die Schau direkt an die Besuchenden, womit besonders – aber nicht ausschließlich – junge Menschen angesprochen werden sollen. So lädt sie die Menschen dazu ein, sich mit dem Thema „Heimat" auseinanderzusetzen – sie können dazu Zeichnungen anfertigen, die dann fotografiert werden und schließlich in einer Dauerschleife auf einem Bildschirm zu sehen sind. An anderer Stelle wird dazu aufgefordert, zu häufigen Fragen Stellung zu nehmen – etwa dazu, ob Einheimische gegenüber Flüchtlingen und Zuwanderern bevorzugt behandelt werden sollten. Das Ergebnis dieser „Umfrage" kann abgerufen werden.

Innovativ und voller origineller Ideen ist die Gestaltung der Ausstellung. So sind an verschiedenen Stellen Ausstellungstexte in Spiegelschrift angebracht, sodass sie nur mithilfe eines kleinen Taschenspiegels zu lesen sind. Dies soll zur Reflexion über unterschiedliche Perspektiven auf ein und denselben Sachverhalt anregen. Eine Sprachwaage verdeutlicht das „Gewicht", das verschiedene Sprachen in der heutigen Welt haben. Aus einem Regal können Wörterbücher genommen und auf die Waage gelegt werden. Wie weit der Zeiger dann ausschlägt, hängt nicht allein von der Zahl der Muttersprachler ab, sondern auch davon, wie viele Menschen weltweit die jeweilige Sprache als Zweitsprache erlernt haben und welche Bedeutung diese in der globalen Politik und Ökonomie hat. Die unterschiedlichen Formen von Integration – Assimilation, Multikulturalität, Interkulturalität und Transkulturalität – werden mittels einer ungewöhnlichen Installation visualisiert: Verschiedenfarbige Textilien werden in vier Varianten mit einem grauen Hintergrund verwoben.

Eine Teilnehmerin füllt im Rahmen des Planspiels „Ankunft in Andersland" einen Asylantrag aus.

Parallel zur Ausstellung wird das Planspiel „Ankunft in Andersland" angeboten, dass sich an Jugendliche ab 16 Jahren richtet. Die Jugendlichen nehmen die Rolle von vor Krieg, politischer Verfolgung oder Armut Geflüchteten ein, die an der Grenze des fiktiven Landes „Alikuby" ankommen. Dort stehen sie vor den Herausforderungen, die das Ankommen in einem fremden Land mit sich bringt: Zunächst gilt es, eine Unterkunft und Arbeit zu finden, es müssen bürokratische Hürden überwunden und das Asylverfahren durchlaufen werden. Manche wollen zudem ihre Familien nachholen, andere benötigen medizinische Versorgung. Parallel dazu müssen die Angekommenen eine neue Sprache erlernen, sich mit dem unbekannten Land und seiner Kultur vertraut machen. Am Ende des Spiels tauschen sich die Teilnehmenden über das Erreichte, über ihre Erlebnisse und Erfahrungen, ihre Erfolge und Schwierigkeiten aus. Davon ausgehend können sie über Fragen der Flüchtlingspolitik und der Aufnahmepraxis im Deutschland der Gegenwart reflektieren.

Ausstellung und Planspiel entstanden erneut in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Bund und wurden von der Senatsverwaltung für Kultur, dem Kulturstaatsministerium, dem Förderverein der Erinnerungsstätte sowie der Bundeszentrale für politische Bildung gefördert. Die Ausstellung wird noch bis zum 31. August 2018 zu sehen sein, ebenso lange sind Anmeldungen für das Planspiel „Ankunft in Andersland" möglich.

Öffnungszeiten der Ausstellung:
Dienstag bis Sonntag 10–18 Uhr
Der Eintritt ist frei.

Kontakt:
Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde
Marienfelder Allee 66-80
D-12277 Berlin
Tel.: 030 75 00 84 00
Fax: 030 75 44 66 34
E-Mail:info-enm@stiftung-berliner-mauer.de
Anmeldungen für das Planspiel:
bildung-enm@stiftung-berliner-mauer.de
www.notaufnahmelager-berlin.de

Kurzportraits der Familien finden sich hier:
www.notaufnahmelager-berlin.de/de/archiv-sonderausstellungen-276,866,2.html. ■

Henrik Bispinck ist Mitglied im Vorstand des Fördervereins Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde und Mitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Ernst-Jürgen Walberg bespricht:

Ernst-Jürgen Walberg, Vorstandsmitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. und bis Ende 2011 Kulturchef von NDR 1 Radio MV in Schwerin schreibt regelmäßig über Neuerscheinungen zu einem aktuellen historischen Thema in unseren Ausgaben der Zeitschrift.

Wenn Geschichte nicht namenlos bleibt …

Erinnerungen, Fotos, Zeitzeugnisse von damals vor Ort heute.

Schwarz-weiß sind die etwa 1.400 Fotografien aus dem NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln in diesem massiven Band, verteilt auf 544 großformatige Seiten mit dem Gewicht eines übergroßen Ziegelsteins, der schwer wiegt, kiloschwer. Der Titel des Buches: „Bilder einer Stadt im Nationalsozialismus. Köln 1933–1945". Diese 1.400 Fotografien aus einem noch immer wachsenden Bestand von um die 125.000 Bildern sind nicht leicht zu *tragen* und schon gar nicht locker zu *ertragen*. Sie bleiben unauslöschlich im Gedächtnis, längst nicht alle natürlich, einzelne nur, ein paar wenige; subjektiv wird diese eigene Auswahl sein und wohl eher unbewusst als bewusst. Sie tauchen immer wieder auf, Tage, Wochen, Monate nach dem ersten Durchblättern, Lesen, Anschauen, Nach-Denken. Sie bestimmen unseren Eindruck von den Vorgängen vor Ort damals, in Köln zwischen 1933 und 1945 (oder irgendwo an den Fronten, wo Kölner gekämpft und fotografiert haben, Zeugen waren, hilflose Zeitzeugen, aktive Täter, Opfer auch). Bilder prägen sich ein, unauslöschlich, so scheint es, offensichtlich jederzeit abrufbar, aufbewahrt im eigenen Gedächtnis für alle Zeiten. Diese zum Beispiel: Am 1. April 1933, dem Tag des Boykotts jüdischer Geschäfte, steht der Kaufmann Richard Stern, dunkler Anzug, weißes Hemd, dunkler Schlips, im Eingang seines Geschäftes am Marsilstein 20. Ein SA-Mann hat sich zwischen Eingang und Schaufenster postiert, lockere Haltung, leichtes Lächeln. Auch Stern lächelt sehr zurückhaltend, nur ein kleines bisschen; am Revers trägt er das Eiserne Kreuz, mit dem er im Ersten Weltkrieg ausgezeichnet worden ist.

„Mir frecke, Hitler och"

Karneval in Köln 1934: Auf einem Pferdewagen dunkle männliche Gestalten, lange schwarze Mäntel, mächtige schwarze Bärte, dicke Augenbrauen, Zylinder oder Bowlerhut, Zigarette in Hand oder Mund und (auf einem Foto daneben) große und sehr krumme Nasen. „Die Letzten ziehen ab" steht über ihnen auf einem Plakat am Wagenende, „Köln – ‚unleserliche Zwischenstation' – Jerusalem" auf einem Plakat an der Wagenseite. Andere Aufnahmen mit solch' unsäglich antisemitischen Narren folgen dann, doch wenigstens eine Ausnahme gibt es: Karl Küpper als „Verdötschter", der als einziger Büttenredner „kritische Distanz zum NS-Regime" gewahrt hat. Die Folgen: Auftrittsverbot und Überwachung durch die Gestapo. Karl Küpper meldet sich freiwillig zur Wehrmacht, lese ich in der Bildunterschrift, freiwillig ohne Anführungsstriche … Ob „Kölns mutigster Jeck" den Krieg überlebt hat? Er hat, nachzulesen u. a. in der 2010 erschienenen Biografie von Fritz Bilz: „Unangepaßt und widerborstig. Der Kölner Karnevalist Karl Küpper."

Das von einem gewaltigen Fackelzug gebildete „flammende Hakenkreuz" auf der Kölner Domplatte anlässlich eines Gauappels Mai 1934; der mit einer NS-Fahne rundum verkleidete Seitenaltar in der evangelischen Antoniterkirche in der Kölner Schildergasse 1935; die NS-Fahnen hoch oben am Kölner Dom 1936; Adolf Hitler in Köln, Hermann Göring in Köln, Joseph Goebbels in Köln oder aus Anlass der Volksabstimmung zum „Anschluss" Österreichs in Größtbuchstaben ein kräftiges „JA" EIN VOLK EIN REICH EIN FÜHRER an der Längsseite eines Rheinschiffes im Kölner Hafen 1938 … Fundstücke … Das Massaker des Kölner Polizeibataillons 309 an der jüdischen Bevölkerung im polnischen Bialystok ist ebenso dokumentiert wie Hinrichtungen in Frontnähe oder das Erhängen zahlloser Zwangsarbeiter am 25. Oktober 1944 in der Kölner Hüttenstraße; einen knappen Monat später werden dort an gleicher Stelle jugendliche Edelweißpiraten aufgehängt. Zu der Zeit liegen große Teile der „Metropole des Westens" bereits in Trümmern. Professionell fotografierte oder einfach nur so geknipste deutsche Geschichte.

„Alles im Arsch" hatte jemand schon 1943 an eine Mauerwand gemalt, noch böser, ironischer im gleichen Jahr an eine Eingangssäule auf gut Kölsch „Mir frecke, Hitler och" = „Wir verrecken, Hitler auch". Und kurz nach Kriegsende reagieren die Amerikaner in Köln mit einem Aushang an der Trümmerecke Hohen-zollernring/Maastricher Straße nicht weniger süffisant mit einem leicht variierten Hitler-Zitat auf Deutsch und Englisch so: „Gebt mir fünf Jahre und ihr werdet Deutschland nicht wiedererken-

Werner Jung (Hg.)
Bilder einer Stadt im Nationalsozialismus. Köln 1933–1945.
Eine Veröffentlichung des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln.

Emons Verlag, Köln 2016
Gebundene Ausgabe, 544 Seiten mit etwa 1.400 Fotografien.
ISBN: 978-3-7408-0014-7 • 29,95 €

nen – Give me five years and you will not recognize Germany again." In seinem so lautstarken wie medienwirksamen „Aufruf an das deutsche Volk" hatte Adolf Hitler im Berliner Sportpalast nur vier Jahre Zeit gefordert, „dann richte und urteile über uns!" Das war am 10. Februar 1933, gerade mal zwölf Jahre zuvor.

Dieser von Werner Jung herausgegebene Bildband des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln gehört in jede Schulbibliothek (nicht nur in Köln!), in jedes historische Seminar und in möglichst viele private Bücherregale … gegen das Vergessen.

„Ich will mich erinnern …"

Wir bleiben beim Thema und in der Zeit, nur vor Ort sind wir ein bisschen weiter südlich. „Nazi-Terror gegen Jugendliche. Verfolgung, Deportation und Gegenwehr in der Region Freiburg." Leise Verse von Erich Fried beschreiben Tenor und Ziel: „Ich will mich erinnern / an alles, was man vergißt, / denn ich kann nicht retten / ohne mich zu erinnern / auch mich nicht und nicht meine Kinder."

Hier sind es Schülerinnen und Schüler, Jugendliche aus Freiburg und dem Freiburger Umland, die bereits zum vierten Male auf Spurensuche gegangen sind: in kleinen Arbeitsgruppen, mit konkretem, genau definiertem Ziel, mit Schautafeln und Texten als handfestem Ergebnis, mit Empathie und Sympathie für die damals oft Gleichaltrigen aus dem historisch gleichen oder zumindest doch ähnlichen Lebensumfeld, auch wenn die Ereignisse von damals viele Jahrzehnte zurückliegen. Das Geschehen in der NS-Zeit, die Vergangenheit war der Anlass für die so entstandene Ausstellung, ihr Ziel aber auch: die Gegenwart. Antisemitismus oder Fremdenhass, Rechtsradikalismus (ob populistisch oder pur), nicht zu tolerierende verbale Entgleisungen in den sozialen Netzwerken oder maßlose Gewalt gegen Sachen und Menschen … es ist hohe Zeit, „aus der Geschichte für die Zukunft zu lernen", wie es im Vorwort der Herausgeberin heißt. Hier ist der Stoff, der dazu taugt; hier wird an Menschen erinnert, deren Geschichte, deren Leben und deren Überleben nachzuerzählen einfach nur wichtig ist … gegen das Vergessen:

Die Jüdin Ilse Adler aus Lichtenau, die sich im Pyrenäenlager Gurs geschworen hatte: „Wenn ich überlebe, werde ich dafür Sorge tragen, daß die Taten nicht vergessen sind." Ilse Adler überlebt.

Der Sinto Anton Reinhardt aus Weiden, der nach einem langen Leidensweg auf der Flucht an einem Karfreitag, am 30. März 1945 von einer Volkssturm-Einheit festgenommen wird; noch in der Nacht des gleichen Tages verurteilt ein improvisiertes Standgericht Anton Reinhardt zum Tode. Er wird misshandelt, er schaufelt sein eigenes Grab, er wird mit einem Genickschuss getötet. Zwei Abschiedsbriefe hat er direkt vor seiner Hinrichtung noch schnell schreiben dürfen: einen an seine Mutter, einen an seine Brüder und Schwestern … „die besten Grüße von eurem Bruder Anton …". Als Anton Reinhardt diese Zeilen in seiner noch etwas krakeligen, ungeübten Kinderschrift schreibt, da ist er gerade 17 Jahre jung.

Flora Baer aus Karlsruhe lebte dort und in Frankfurt, dann in Freiburg, zuletzt in der dortigen „Kreispflegeanstalt"; wie lange die „geringfügig geistesschwache" Frau und Mutter zweier Töchter hier gewesen ist, daran erinnern sich Zeugen im Freiburger „Euthanasie-Prozess" 1947 nicht. Am 18. August 1940 wird Flora Baer mit einem der „grauen Busse" aus der Anstalt abgeholt und nach Grafeneck gebracht. Hier wird sie ermordet. Flora Baer ist 48 Jahre alt.

Nur drei von über vierzig Schicksalen der Juden, der Sinti und Roma, der Zeugen Jehovas, der Homosexuellen, der sogenannten ‚Asozialen', der Opfer von Euthanasie oder der SS-Organisation Lebensborn e.V., von Deserteuren, stillen Helden und Widerständlern in der Region Freiburg … sorgsam mit Zeitzeugenhilfe rekonstruierte persönliche Geschichte und Geschichten, eingebunden in das historische Umfeld, in die zeithistorischen, die politischen und die gesellschaftlichen Veränderungen vor Ort. Und nicht zuletzt ergänzt durch eine Fülle von Material, das den Umgang mit dieser Geschichte und diesen Geschichten vor Ort zusammenfasst, dokumentiert, kritisiert und erinnert.

Wissen Sie noch? 1987 hatte Ralph Giordano sein so faszinierend offenes wie bitter kompromissloses Buch über „Die zweite Schuld oder Von der Last Deutscher zu sein" besonders für die nachfolgenden, „wirklich unschuldigen Generationen" geschrieben und im Nachwort notiert: „Ihnen, diesen Söhnen, Töchtern und Enkeln, ist mein Buch gewidmet." Heute wäre Ralph Giordano stolz auf diese Schülerinnen und Schüler, auf diese jungen Autorinnen und Autoren der Ausstellung und des Kataloges. Er wäre es zu Recht.

Schwerter zu Pflugscharen

Wenn der 100. Todestag von Karl Marx und der 500. Geburtstag von Martin Luther in das gleiche Jahr fallen – und genau so ist das 1983 – dann hat die SED-Führung in der DDR ein Problem. Man ruft das Karl-Marx-Jahr aus und verschweigt Martin Luther? Man bleibt beim Karl-Marx-Jahr und streitet mit der Kirche auf das Heftigste über Martin Luther? Da scheint es außen- und innenpolitisch gebotener: Karl-Marx-Jahr in der DDR und Martin-Luther-Ehrung der DDR, begründet mit dem leicht geschwollenen und überraschenden Hinweis auf Luther als „Wegbereiter der großen geistigen und politischen Auseinandersetzungen, mit denen Deutschland und Europa in die Epoche des Verfalls des Feudalismus … und der ersten bürgerlichen Revolutionen eintraten" (so nachzulesen in Nr. 36/1981 der „Einheit", der Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus). »

Monika Rappenecker (Hg.)
Nazi-Terror gegen Jugendliche.
Verfolgung, Deportation und Gegenwehr in der Region Freiburg.
(Katalog zur Ausstellung)
verlag regionalkultur, Heidelberg/Ubstadt-Weiher 2016
Gebundene Ausgabe, 320 Seiten • ISBN: 978-3-89735-917-8 • 24,80 €

» Da hatte es die Kirche in der DDR ganz offensichtlich leichter, zumal dann, wenn sie den aus diesem Anlass geplanten Kirchentag (seine Losung: „Vertrauen wagen") geschickt und wohlvorbereitet in gleich sieben regionale Kirchentage aufsplitterte, ohne die vom Staat geforderte „Ordnung und Sicherheit" offiziell auch nur in Frage zu stellen oder gar zu gefährden: Erfurt, Rostock, Eisleben, Frankfurt/Oder, Magdeburg, Dresden, Wittenberg – und Wittenberg war ohne Zweifel der überzeugendste von ihnen.

Annette Hildebrandt und Lothar Tautz (Lothar Tautz war damals der für den Wittenberger Kirchentag verantwortliche Kirchentagssekretär und das, obwohl die Staatssicherheit ihn längst im Blick und in ihren Akten hatte …) haben in diesem viel zu schmalen Band alles zusammengetragen, was über die Ereignisse in Wittenberg zu finden war: wechselseitige Vorbereitung und fest geplante (der Kirchentagskongress); nachgeschobene Themen (also gerade auch Veranstaltungen außerhalb der ersten Protokolle, der Begegnungsabend im Lutherhof zum Beispiel); das Personal auf der Kirchenseite, inklusive bestinformierter IM; das Personal auf Seiten der Staatssicherheit, die Publikumserfolge an der Staatssicherheit vorbei, das Umschmieden des Schwertes zur Pflugschar – ein grandioser Medienerfolg damals auch dank eines Kamerateams des ARD-Fernsehens, ein ungeahnt tragfähiges Symbol für die Friedensbewegungen in den Jahren, den Jahrzehnten danach.

Gleich doppelt ist hier nachzulesen, was damals geschehen ist: Hier die zusammenfassende Darstellung der Autoren mit dem zeitlichen Abstand, der zwischendurch wunderbar ironische Einsprengsel ermöglicht; dort die aktuell detaillierte wie zusammenfassende Berichterstattung der Stasi-Berichte im Dokumententeil, mit Witz oder gar Ironie hatte man es hier allerdings nicht. Wen wundert es, Fundgruben sind beide Teile dieses Buches trotzdem. Oder hätten Sie gewusst, dass die abschließende „INFORMATION über den Verlauf des Kirchentages der Evangelischen Landeskirche Anhalt in Wittenberg" in nur neun Exemplaren vorgelegt wurde, Verteiler „1. Hon ecker "? Dass Wittenberg mit dem Kirchentag von der Staatssicherheit zum „Tatort Wittenberg" eingestuft wurde, der für Staatssekretär Klaus Gysi dann gleich der „schlimmste Kirchentag von allen" war? Nicht schlecht: Geschichte pur, persönliche Zwischenrufe inklusive!

Bernauer Straße und drumherum

Allein das Titelbild der von Maria Nooke herausgegebenen „Mauergeschichten von Flucht und Fluchthilfe" mit dem „Fluchtsprung der 77-jährigen Frieda Schulze aus einem Grenzhaus in der Bernauer Straße am 25. September 1961" treibt den (Fernseh-)Zuschauer von damals blitzschnell zurück in diese Vergangenheit und vor Ort: fast so nervös wie damals, ungläubig und fassungslos sowieso: Bilder wie diese mitten in Deutschland? Mit den Sprungtüchern der Feuerwehr dicht an den Häuserwänden, mit den bald zugemauerten Eingängen und Fenstern in Straßenhöhe, in der ersten und der zweiten Etage, mit den Sprüngen aus dem dritten oder dem vierten Stock, mit den Häuserabrissen später dann. Tunnelfluchten, Fluchtversuche über die Wassergrenze, Denkmale für die ersten Toten und die letzten auch, abenteuerlichste Fluchtgeschichten direkt nach dem Mauerbau mit oder ohne Fluchthelfer, doch zumindest von denen war öffentlich kaum die Rede, auch in der alten Bundesrepublik nicht.
Damals Beteiligte, Zeitzeugen haben sich erinnert auf Veranstaltungen der Stiftung Berliner Mauer, in den „Zeitzeugencafés". Sehr sachlich klingen ihre Berichte, der zeitliche Abstand scheint Emotionen in den Hintergrund zu schieben: „Ich hatte immer große Angst …", lese ich oder: „Da mussten wir aufgeben …", wird dort gesagt oder „Damals war das schon sehr beängstigend …". Vielleicht muss das wirklich so sein, Jahre danach, Jahrzehnte später: Daten, Fakten, Hintergründe. Die Gesichter auf den eingestreuten alten Fotos erzählen deutlicher manche andere Seite der Geschichten von damals, die schwerer in Worte zu fassen sind heute. Doch sie gibt es auch in diesen Rückblicken, und dann klingen sie, stelle ich mir vor, so wie damals direkt nach der Flucht durch den Tunnel: „Da habe ich die Leute ins Auto gesetzt. Es war wieder Grabesstille, als ob sie im Zustand einer Schockstarre waren. … Sobald die ersten Reklamen von Coca-Cola, Marlboro oder was es auch immer war, auftauchten, war die Stimmung in dem VW-Bus eine ganz andere, als ob ein Schalter umgelegt wurde. Plötzlich wurde es laut, die haben miteinander gesprochen, sie haben gelacht, haben sich angestoßen. Da haben es die Flüchtlinge erst begriffen: Wir haben es geschafft."

Kultur – Zuflucht oder Freiheit?

Das war 1964. Nur zwölf Jahre später: 1976 wird der Liedermacher Wolf Biermann durch die Staatsführung der DDR ausgebürgert, der Widerstand und die Gegenstimmen der Schriftsteller, der Künstler, der Kulturschaffenden ist beachtlich und nicht mehr unter der politischen Decke zu halten. Noch einmal vierzig Jahre später erinnert eine stark beachtete Ausstellung im Berliner Martin-Gropius-Bau „Gegenstimmen. Kunst in der DDR 1976-1989" an eben diese künstlerischen Gegenstimmen und deren ganz unterschiedliche Intentionen: gegen die SED oder für eine „bessere" DDR, für die Idee des Sozialismus, gegen jede „Gleichschaltung", gegen jede künstlerische sowieso, für Liberalisierung, für Freiheit und für die künstlerische Freiheit erst recht.

Viele Namen von Widerständigen fallen uns ein, von denen, die ausreisen durften und ausgereist sind, von denen, die geblieben sind und bleiben wollten, auch um zu ändern, was wenig später nicht mehr zu ändern war. Als Diskussionspart-

Annette Hildebrandt / Lothar Tautz
Protestanten in Zeiten des Kalten Krieges.
Der Wittenberger Kirchentag zum Lutherjubiläum 1983 im Fokus der Staatssicherheit. (Studienreihe der Landesbeauftragten, Bd. 8)

Mitteldeutscher Verlag, Halle (Saale) 2017
Broschüre, 176 Seiten • ISBN: 978-3-95462-878-0 • 14,95 €

ner sind manche von ihnen im Rahmen der „Gegenstimmen"-Ausstellung der „Deutschen Gesellschaft e. V." auf der Tagung „Geist und Macht" zu sehen und zu hören gewesen: der Filmregisseur Andreas Dresen, die Schriftsteller Thomas Brussig oder Joachim Walther, die Schriftstellerinnen Freya Klier oder Kerstin Hensel, der DDR-Bürgerrechtler Rainer Eppelmann oder der Psychotherapeut und Publizist Hans- Joachim Maaz als einer der Impuls-Vortragenden mit den wohl aktuell spannendsten Thesen. Sein Thema: „Die Mauer – sichtbar und unsichtbar." „Geist und Macht", das ist das Leitmotiv, das Motto. Und so geht es quer durch die nicht nur kulturellen Jahrzehnte und nicht nur in der DDR zwischen 1976 und 1989.

Ein Schwerpunkt: das Jahr 1976 mit dem Veto gegen die kritischen „Berliner Geschichten", herausgegeben von Ulrich Plenzdorf, Klaus Schlesinger und Martin Stade – sie hatten keine Chance, vor 1995 (!) auf den Markt zu kommen; ein zweiter Schwerpunkt: der DDR-Kulturbetrieb und das nicht immer vergebliche Überlebenstraining seiner Akteure; und ein dritter: die Zeit danach – hier haben Kerstin Hensel und Hans-Joachim Maaz die entscheidenden Worte, höchst unterschiedlich und auffallend beide … Ein kleines schmales Buch als Einstieg in ein viel, viel größeres und wichtiges, längst noch nicht aufgearbeitetes oder auch nur gut nacherzähltes Kapitel deutscher (Kultur-)Geschichte. ■

Maria Nooke (Hg.
Mauergeschichten von Flucht und Fluchthilfe.
Begegnung mit Zeitzeugen.
(Veröffentlichungen der Stiftung Berliner Mauer)
Ch. Links Verlag, Berlin 2017 • Broschüre, 128 Seiten
ISBN: 978-3-86153-956-8 • 20,00 €

Andreas H. Apelt/Alesch Mühlbauer (Hg.)
Geist und Macht.
Künstler und Kulturschaffende wider die SED-Diktatur.
Mitteldeutscher Verlag, Halle (Saale) 2017
Broschierte Ausgabe, 240 Seiten
ISBN: 978-3-95462-799-8 • 14,95 €

Ausgegrenzt auch im Nachkriegsdeutschland

Nils Theinert

Im Juli 1933 erließ das nationalsozialistische Regimen das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses". Es war Ausdruck der in Deutschland als „Rassenhygiene" bekannten Lehre des britischen Naturforschers Francis Galton, der bereits in den 1880er Jahren die Idee der „Erbgesundheitslehre" formuliert hatte. Wie Der Historiker Wolfgang Benz schreibt, wurden unter den Bestimmungen des Gesetzes 400.000 Fürsorgeempfänger, Langzeitarbeitslose, Alkoholiker, „Asoziale", Geisteskranke, körperlich Behinderte und andere Menschen zwangssterilisiert. In der nationalsozialistischen Ideologie galten diese Menschen als „Ballastexistenzen". In Schulaufgaben und Propaganda-Filmen propagierte das Regime seine sozialdarwinistische Bevölkerungspolitik. Das Gesetz verkörperte schon zu Beginn des „Dritten Reiches" die sozialdarwinistische und rassistische Ausrichtung der nationalsozialistischen Herrschaft. In bürokratischer Manier hatten Ärzte, Sozialarbeiter und Lehrer die gesetzliche Pflicht Auffälligkeiten und Krankheitsbilder beim Gesundheitsamt anzuzeigen, dass dann nach Erstellung eines Gutachtens die Zwangssterilisation vor dem „Erbgesundheitsgericht" beantragte. Diese Politik sollte in der massenhaften Ermordung erwachsener unheilbar Kranker in der „Aktion T4" ab Oktober 1939 und, nach öffentlichen Protesten seitens der Kirchen, in unauffälligerer Weise in der Kinder-„Euthanasie" und der Ermordung kranker KZ-Häftlinge im Rahmen der „Aktion 14f13" ihre Fortführung finden. Ab 1939 wurden diese Tötungen auch auf die besetzten Gebiete ausgeweitet. Schätzungen gehen von 300.000 Ermordeten aus. Die Erfahrungen und das Personal der „Aktion T4" wurden dann in den Vernichtungslagern bei der Ermordung der Juden angewandt. Wolfgang Benz spricht vom Krankenmord als „Präludium des Judenmords". Nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft sollte die Anerkennung dieses Unrechts noch viele Jahre dauern.

„Das nationalsozialistische Regime herrschte von 1933 bis 1945, die Anerkennung seiner Untaten als NS-Verfolgung durch die west- und gesamtdeutsche Nachkriegsgesellschaft aber brauchte viele Jahrzehnte", schreibt Günter Saathoff, ehemaliges Vorstandsmitglied der Stiftung Erinnerung Ver- »

» antwortung und Zukunft, im Geleitwort des neu erschienen Sammelbandes „Ausgegrenzt! Warum? Zwangssterilisierte und Geschädigte der NS-‚Euthanasie' in der Bundesrepublik Deutschland", der kürzlich im Metropol Verlag erschienen ist. Die Überlebenden dieser Verfolgung hätten deshalb, so Saathoff weiter, zwei Erinnerungen als Erfahrungshintergrund. Zum einen die schreckliche Verfolgung durch die Nationalsozialisten, zum anderen die darauffolgende, mitunter Jahrzehnte währende Verarbeitung des erlittenen Unrechts. „Sie erlebten diese Verarbeitungszeit oftmals als eine Phase fortgesetzter Demütigung durch die Mehrheitsgesellschaft, Politik und Rechtsprechung." Bis in die 1970er Jahre hatten es die ehemaligen Täter, die in teilweise erschreckender personeller Kontinuität immer noch in Ministerien, aber auch Universitäten tätig waren, mit Verweis auf ähnliche Gesetze in anderen Ländern erfolgreich geschafft, der Öffentlichkeit das Bild zu vermitteln, dass die NS-„Euthanasie" kein genuin nationalsozialistisches Verbrechen gewesen war.

Der nun erschienene Sammelband vereint viele Aufsätze renommierter Historiker, Politikwissenschaftlerinnen, aber auch Ärztinnen und Juristen, die sich einzelnen Aspekten dieser langen Geschichte von Verleugnung, Anerkennung und Aufarbeitung aus verschiedensten Perspektiven widmen – sowohl aus politikgeschichtlicher aber auch autobiographischer Sicht der Betroffenen.

Hervorzuheben ist dabei der Aufsatz Andreas Scheulens, der über die lange juristische Geschichte der „Ausgrenzung statt Anerkennung" der Opfer des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" aufmerksam macht. So wurde das Gesetz, nach eingehender Prüfung, durch den Alliierten Kontrollrat nur suspendiert, aber nicht aufgehoben. Nur in einigen Ländern wurde das Gesetz aufgehoben oder ausgesetzt. 1957 führte die Bundesregierung mit Verweis auf ähnliche Gesetze in demokratischen Ländern aus, dass das Gesetz kein typisch nationalsozialistisches Gesetz gewesen sei – dies bedeutete die Aberkennung jeglicher Entschädigung für die Opfer. Wie sehr die Stigmatisierung der Opfer und die Idee der „Volksgesundheit" noch in den Köpfen verankert war, zeigt eine Äußerung des damaligen Bundesfinanzministers Franz-Josef Strauß im November 1967: „Gegen eine Pauschalabfindung spricht überdies noch, daß von dem gesamten Entschädigungsbetrag von fast einer Milliarde DM bis zu 60 % an Geisteskranke, Schwachsinnige oder schwere Alkoholiker gezahlt werden würde." Wie Scheulen deutlich macht, handelte es sich daher nicht um „vergessene" Opfer, sondern von Entschädigungsleistungen bewusst Ausgeschlossene.

Erst 1974 setzte der Bundestag das Gesetz außer Kraft, 1988 stellte er fest, dass es sich bei dem Gesetz um Unrecht gehandelt habe und erst 2007 wurde der Rechtsschein des verfassungswidrigen Gesetzes beendet. Dies hieß endlich, dass es niemals Bestandteil der materiellen Rechtsordnung der Bundesrepublik gewesen war, es sich um „typisches" nationalsozialistisches Unrecht und das erste nationalsozialistische Rassegesetz gehandelt hatte. Wie Scheulen schreibt, berechtigte dies die Opfer zu gleichen Entschädigungsleistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz. 2016 lebten nur noch 135 Zwangssterilisierte und ein „Euthanasie"-Geschädigter, die monatliche Zahlungen erhielten.

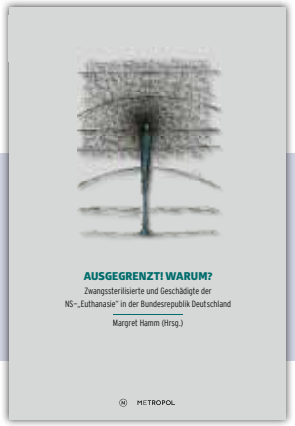
Den Kampf der Opfer um Anerkennung die Erfahrung der Stigmatisierung thematisiert die Herausgeberin und Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Bund der „Euthanasie"-Geschädigten und Zwangssterilisierten (BEZ) in Berlin, Margret Hamm. Die BEZ befindet sich seit einigen Jahren unter dem Dach von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.. Im Aufsatz berichtet sie über die Opfer von Zwangssterilisation und „Euthanasie" und ihre Angehörigen sowie die Arbeit der BEZ. Dabei reflektiert Hamm über ihre langjährige Tätigkeit und die große Frage, warum die Opfer jahrzehntelang ausgegrenzt wurden und politische Entscheidungsträger noch bis weit in die achtziger Jahre auf Gutachter hörten, die selbst NS-Täter gewesen waren. Weiter fragt sie sich, ob eugenische Ideen heute wieder gesellschaftsfähig werden. Beantworten lassen sich diese Fragen mit ihrem Erfahrungsbericht nicht, schreibt sie. „Was dieser Erfahrungsbericht hingegen aufzeigen kann, ist die Tatsache, wie empörend die Geschichte der Ausgrenzung ist und wie gefährlich eine Idee, für die im Dienste der ‚Volksgemeinschaft' Hunderttausende sterilisiert und ermordet wurden."

Einen weiteren interessanten Perspektivenwechsel stellt das Kapitel mit künstlerischen Arbeiten von Opfern der Zwangssterilisation und Angehörigen von „Euthanasie"-Opfern dar, das Arbeiten dreier Künstlerinnen und Künstler vereint, die selbst oder deren Angehörige Opfer der NS-„Euthanasie" waren und ihre Erfahrungen in künstlerischen Arbeiten thematisieren.

Gefördert wurde das Buchprojekt von der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft", der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas und Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. ■

Nils Theinert studiert im Masterstudiengang Public History an der FU Berlin und ist studentischer Mitarbeiter von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Margret Hamm (Hg.)
Ausgegrenzt! Warum? Zwangssterilisierte und Geschädigte der NS-„Euthanasie" in der Bundesrepublik Deutschland
Metropol-Verlag, Berlin 2017
Gebundene Ausgabe, 239 Seiten
ISBN 978-3-86331-335-7 • 19,00 €



Vorstand und Beirat

GESCHÄFTSFÜHRENDER VORSTAND

Prof Dr. Bernd Faulenbach, Vorsitzender, Historiker

Ekin Deligöz, Stellvertretende Vorsitzende, MdB

Eberhard Diepgen, Stellvertretender Vorsitzender, Regierender Bürgermeister von Berlin a.D.

Dr. Irmgard Schwaetzer, Stellvertretende Vorsitzende, Bundesministerin a.D., Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland

Bernd Goldmann, Schatzmeister, ehemaliger Direktor der UBS Deutschland AG, Niederlassung Berlin

Kerstin Griese, MdB

Ernst Klein, Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Dr. Ulrich Mählert, Schriftführer, Zeithistoriker bei der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Prof. Dr. Johannes Tuchel, Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand

VORSTAND

Dieter Althaus, Ministerpräsident von Thüringen a. D., Vizepräsident von Magna International

Dr. Andreas H. Apelt, Bevollmächtigter des Vorstands der Deutschen Gesellschaft e. V.

Erik Bettermann, ehemaliger Intendant der Deutschen Welle

Prof. Dr. Friedhelm Boll, Historiker am Historischen Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung

Tilo Braune, Staatssekretär a. D., Geschäftsführer der Hamburger Gesellschaft zur Förderung der Demokratie und des Völkerrechts e. V.

Prof. Dr. Hansjörg Geiger, Staatssekretär im Bundesministerium der Justiz a. D.

Dr. Alfred Geisel, Vizepräsident des Landtages von Baden-Württemberg a. D.

Iris Gleicke, MdB, Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer

Reinhard Grindel, Präsident des Deutschen Fußball-Bundes

Dr. Norbert Haase, Historiker, ehemaliger Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten

Christoph Heubner, Geschäftsführender Vizepräsident des Internationalen Auschwitz Komitees (IAK)

Dr. Werner Jung, Direktor des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln

Prof. Dr. Alfons Kenkmann, Professor für Geschichtsdidaktik an der Universität Leipzig

Birgit Kipfer, Sprecherin der Regionalen Arbeitsgruppe Baden-Württemberg, Vorstandsvorsitzende der Stiftung „Lernort Demokratie – Das DDR-Museum Pforzheim"

Dr. h.c. Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, ehemalige Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland

Hannelore Kohl, Präsidentin des Oberverwaltungsgerichts und des Landesverfassungsgerichtes in Mecklenburg-Vorpommern a.D.

Dr. Anja Kruke, Leiterin des Archivs der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung

Uta Leichsenring, ehemalige Leiterin der Außenstelle Halle des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen

Winfried Nachtwei, Experte für Friedens- und Sicherheitspolitik, MdB a. D.

Paul Nemitz, Direktor für Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit in der Generaldirektion Justiz der Europäischen Kommission in Brüssel

Dr. Maria Nooke, Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur in Brandenburg

Prof. Dr. Friedbert Pflüger, Direktor des European Centre for Energy and Ressource Security

Prof. Dr. Ernst Piper, Historiker, Verleger

Dr. Melanie Piepenschneider, Leiterin Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung

Ulrike Poppe, ehemalige Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur in Brandenburg

Prof. Dr. h.c. Klaus G. Saur, Verleger

Dieter Schulte, ehemaliger Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Lala Süsskind, ehemalige Vorsitzende des Vorstandes der Jüdischen Gemeinde zu Berlin

Lothar Tautz, Pädagoge und Pastor

Linda Teuteberg, MdB

Dr. h.c. Josef Thesing, ehemaliger stellvertretender Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung

Ernst-Jürgen Walberg, ehemaliger Kulturchef von NDR 1 Radio Mecklenburg-Vorpommern

Arnold Vaatz, MdB, Staatsminister a. D.

Prof. Dr. Gert Weisskirchen, MdB a. D.

EHRENVORSITZENDER

Dr. h.c. Joachim Gauck, Bundespräsident a. D.

BEIRAT

Prof. Dr. Rita Süssmuth, Vorsitzende, Bundesministerin a. D., Präsidentin des Deutschen Bundestags a. D.

Prof. Dr. Hubert Burda, Verleger

Rainer Braam, Unternehmer

Dr. Thomas Goppel, Mitglied des Landtages von Bayern, Staatsminister a. D.

Prof. Dr. Berthold Leibinger, Gesellschafter der Trumpf GmbH & Co. KG

Dr. h.c. Friedrich Schorlemmer, Theologe und Bürgerrechtler

Walther Seinsch, Unternehmer, ehemaliger Vorstandsvorsitzender des FC Augsburg

Barbara Stamm, Präsidentin des Landtages von Bayern

Dr. Monika Wulf-Mathies, Gewerkschafterin, EU-Kommissarin a. D.

GESCHÄFTSFÜHRER

Dr. Michael Parak

EHEMALIGE VORSITZENDE

Wolfgang Tiefensee, 2012 – 2014, Wirtschaftsminister in Thüringen

Dr. h.c. Joachim Gauck, 2003 – 2012, Bundespräsident a. D.

Dr. h.c. Hans Koschnick, 2000 – 2003, Bürgermeister von Bremen a. D.

Dr. Hans-Jochen Vogel, 1993 – 2000, Bundesminister a. D.

DAS SCHWEIGENDE KLASSENZIMMER

68 Internationale Filmfestspiele Berlin
Berlinale Special

AB 1. MÄRZ IM KINO

STUDIOCANAL ARTHAUS akzente zero one film WUNDERWERK ZDF medienboard Berlin-Brandenburg FFA FFF Bayern Deutscher Filmförderfonds Filmförderung Hamburg Schleswig-Holstein Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien Creative Europe MEDIA eQuinoxe EUROPE amazon